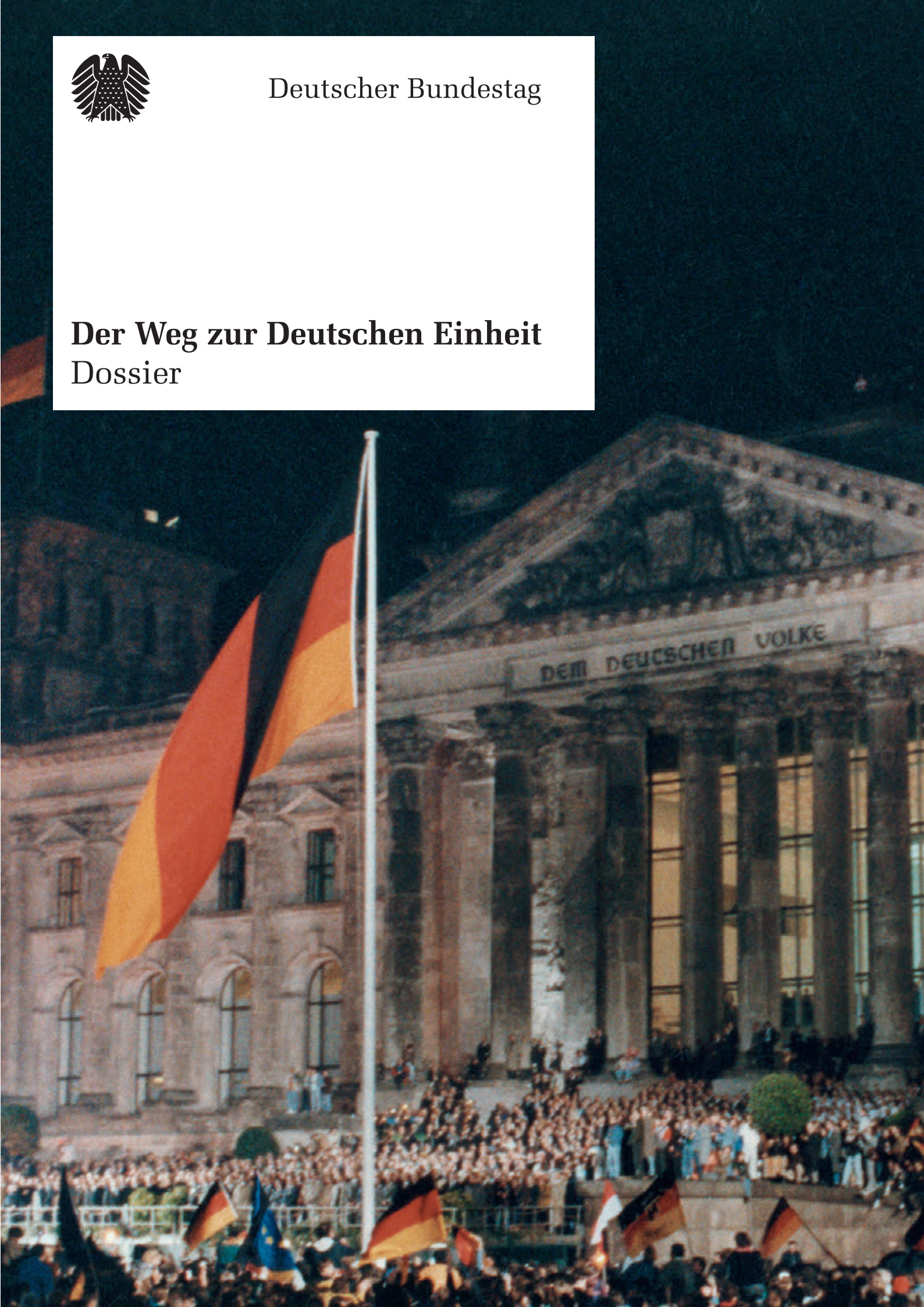
Deutscher Bundestag

Der Weg zur Deutschen Einheit

Dossier



Der Weg zur Deutschen Einheit
Dossier

Inhaltsverzeichnis

4 **Vorwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Wolfgang Schäuble**

7 **Friedliche Revolution in der DDR – Die Selbstbefreiung der Ostdeutschen von der Diktatur**
9 Einleitung
11 Ermutigende Signale aus Osteuropa
13 Wahlfälschung und Konstituierung der Opposition
17 Massenflucht
19 Montagsdemonstrationen. Die Macht der Straße
23 Der Fall der Mauer
25 Der Runde Tisch. Auf dem Weg zu freien Wahlen
28 Literaturverzeichnis

31 **Auf dem Weg zur Deutschen Einheit: Die Rolle der Parlamente**
32 Die einzige frei gewählte Volkskammer der DDR
34 Parlamentarische Leistungsbilanz der 10. Volkskammer
37 Die Ausschüsse „Deutsche Einheit“ in Bundestag und Volkskammer
40 Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom Juli 1990 – Entscheidender Schritt zur Deutschen Einheit
44 Der Beitrittsbeschluss der Volkskammer vom 23. August 1990
46 Verabschiedung des Einigungsvertrages am 20. September 1990
53 Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990

59 **Dokumente und Materialien**
60 „Die Wähler in der DDR bekennen sich zur Einheit“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 1990)
62 „Neuer Ausschuß des Bundestags soll Schritte zur Einheit kontrollieren“ (Die Welt, 25. April 1990)
63 „Das Tor zur Einheit weit aufgestoßen“ (Neue Zeit, 22. Juni 1990)
64 „Bundestag: Geeintes Deutschland ist geistige Herausforderung“ (Neue Zeit, 22. Juni 1990)
65 „In der Knesset nahm Schamir keine Notiz von Israels Gästen. Süssmuth und Bergmann-Pohl werben für die deutsche Einheit“ (General-Anzeiger, 27. Juni 1990)
66 „Ein deutsches Parlament auf Abruf“ (die Tageszeitung, 7. Juli 1990)
68 „Trotz Kritik zeichnet sich eine Zweidrittelmehrheit ab“ (Handelsblatt, 14. September 1990)
69 „Anwälte der Menschen in den neuen Bundesländern“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Dezember 1990)
70 Auszug aus dem Plenarprotokoll vom 28. November 1989 mit der Vorstellung des 10-Punkte-Programms von Bundeskanzler Helmut Kohl
75 Gemeinsame Erklärung der beiden Parlamente zur Garantie der polnischen Westgrenze vom 2. Mai 1990
79 Rede der Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl bei der letzten Sitzung am 2. Oktober 1990
82 Informationen zur Arbeit der 10. Volkskammer

85 **Chronik**

91 **Impressum**

Vorwort des Präsidenten des Deutschen Bundestages Dr. Wolfgang Schäuble

Wir blicken inzwischen auf drei Jahrzehnte Deutsche Einheit zurück. Dass unser Land sie in Freiheit vollenden konnte, wie es das Grundgesetz seit 1949 aufgetragen hatte, ist ein historischer Glückfall – aber kein Zufall. Vielmehr stand die Wiedervereinigung am Ende eines politischen Prozesses, der in Danzig, in Prag, in Ungarn und dem Baltikum mit angestoßen wurde und den Bürger in der ehemaligen DDR mutig mit vorangetrieben haben. Niemand konnte damals absehen, wohin der Weg führen würde. Aber die Einheit ist Wirklichkeit geworden, unser Land ist staatlich zusammengewachsen.

Daran hatten die demokratisch gewählten Parlamente beider deutscher Staaten entscheidend Anteil: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die aus den ersten freien Wahlen vom 18. März 1990 hervorgegangenen Mitglieder der DDR-Volkskammer. Alle demokratischen Kräfte bewegten sich in den stürmischen Monaten des Vereinigungsjahres im Ungewissen. Der Zeitdruck war immens,

die Zukunft voller offener Fragen. An den Runden Tischen hatten zuvor Vertreter der DDR-Bürgerbewegung mit Angehörigen des maroden Regimes engagiert und ideenreich über politische Alternativen diskutiert. Doch so wichtig diese Gremien als Foren des Dialogs waren und dazu beitrugen, dass die Revolution einen friedlichen Verlauf nahm: Die demokratische Legitimität eines gewählten Parlaments hatten sie nicht. Über den Weg zur Einheit entschieden die demokratisch gewählten Volksvertretungen.
Gerade Zeiten des Umbruchs bringen parlamentarische Sternstunden hervor. Die intensiven Debatten um den Weg zur Wiedervereinigung zählen dazu. Der Deutsche Bundestag und die Volkskammer berieten parallel über den Einigungsvertrag. Dass die Abgeordneten in Bonn und Ost-Berlin dem Vertragswerk mit großer Mehrheit zustimmten, bedeutete den Aufbruch in eine neue, gemeinsame Zukunft. Nicht nur der Einigungsprozess erfolgte unter hohem Zeitdruck – auch in den Jahren, die folgten, war das Tempo der Veränderungen mitunter so rasant, dass Verletzungen nicht ausblieben. Nicht alle Wunden dieser Zeit sind verheilt, und wir verstehen heute besser denn je, was Marianne Birthler meinte, als sie einst sagte: „Vierzig Jahre Teilung brauchen vierzig Jahre Heilung.“ Mittlerweile ist eine ganze Generation aufgewachsen, die kein geteiltes Deutschland mehr kennt und der Freiheit und Demokratie selbstverständlich erscheinen. Dennoch verfestigt sich auch in der jungen Generation eine spezifisch ostdeutsche Identität. Der gesamtdeutsche Zusammenhalt ist offensichtlich ebenso wenig selbstverständlich wie Freiheit und Demokratie. Er erfordert unser Engagement, auch 30 Jahre nach der Epochenwende von 1989/90.

Die politischen Schritte zur Deutschen Einheit wurden umfangreich dokumentiert und klug analysiert – in Büchern und Fachaufsätzen, Film- und Rundfunkbeiträgen, bei Tagungen und Konferenzen. Dieses Dossier rückt die besondere Rolle der Parlamente in den Blick. Es greift dabei auf Texte der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, Originaldokumente und historische Aufnahmen aus dem Parlamentsarchiv sowie zeitgenössische Presse-Ausschnitte zurück. Sie lassen eines der spannendsten, intensivsten und schönsten Kapitel der deutschen Geschichte lebendig werden. Gleich welche Herausforderungen die Zukunft für unsere Demokratie bereithält: Was auf dem Weg zur Einheit geleistet wurde, zeigt, wieviel wir gemeinsam erreichen können.

Friedliche Revolution in der DDR – Die Selbstbefreiung der Ostdeutschen von der Diktatur

Am 4. Oktober 1989 veranstalten Oppositionelle unter den Augen der Staatsmacht in der Ost-Berliner Gethsemanekirche eine Mahnwache für inhaftierte Demonstranten.

Seite 6: Bereits seit 1982 fanden in der Leipziger Nikolaikirche am Montag Friedensgebete statt. Die Gebete bekamen stets mehr politische Relevanz und Zulauf auch von Menschen außerhalb des kirchlichen Milieus.

Umschlag-Innenseite: Einen Tag nach dem Mauerfall am 9. November 1989 feiern die Menschen vor und auf der Mauer am Brandenburger Tor. Auf dem Pariser Platz sichern DDR-Grenztruppen den Todesstreifen.

Einleitung[1]

„Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“ Diesen Satz formulierte der Einsatzleiter des Staatssicherheitsdienstes in dem Film „Nikolaikirche“ nach dem Roman von Erich Loest.[2] Ein fiktiver, gleichwohl verblüffender Satz, der das Wesensmerkmal des revolutionären Aufbruchs der Ostdeutschen im Herbst 1989 auf den Punkt bringt. Gewaltfrei brachten die Bürgerinnen und Bürger[3] der DDR die SED-Diktatur zu Fall, drückten die Mauer ein und wählten ein demokratisch legitimiertes Parlament, das den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beschloss und damit den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands öffnete.

Mit der Friedlichen Revolution schrieben die Ostdeutschen ein herausragendes Kapitel der deutschen Freiheitsgeschichte, die nur wenige vergleichbare Daten aufzuweisen hat. Mit Blick auf frühere Erhebungen im kommunistischen Machtbereich mussten die DDR-Bürger auch 1989 davon ausgehen, dass jeder neue Versuch des Aufbegehrens und des kollektiven Widerstands gewaltsam niedergeschlagen wird – wie 1953 der Volksaufstand in der DDR, 1956 die Aufstände in Polen und Ungarn, 1968 der Prager Frühling. Dass die Volkskammer nach der gewaltsamen Niederschlagung des Demokratiebegehrens auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking sich mit der chinesischen Partei- und Staatsführung solidarisierte, bestärkte die vorhandenen Ängste und Sorgen.

Dennoch ist es den Ostdeutschen gelungen, sich selbst von der SED-Diktatur zu befreien. Die Friedliche Revolution und die ersten demokratischen Wahlen in der DDR ermöglichten die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten am 3. Oktober 1990. Sie erfolgte im Einvernehmen mit den vier Siegermächten und allen Nachbarstaaten.

1 Dieser Text basiert auf einem Infobrief der Wissenschaftlichen Dienste vom 4. November 2014 – Autor: Dr. Andreas Trampe

2 Loest (1995), Nikolaikirche. Der zweiteilige Fernsehfilm unter der Regie von Frank Beyer wurde 1995 gedreht. Der Film beleuchtet die Ereignisse des revolutionären Herbstes in Leipzig im Umfeld der Nikolaikirche.

3 Für eine bessere Lesbarkeit nutzen die Texte im Folgenden das generische Maskulinum, das laut Duden beide Geschlechter umfassen kann.

Bereits am 2. Mai 1989 hatte Ungarn begonnen, seine maroden Grenzanlagen nach Österreich abzubauen. Am 19. August nutzen DDR-Bürger eine Friedensdemonstration an der ungarisch-österreichischen Grenze („Paneuropäisches Picknick"), um auf die österreichische Seite zu gelangen.

Ermutigende Signale aus Osteuropa

Ende der 1980er Jahre befand sich die Stimmung in der DDR auf einem Tiefpunkt, der gesellschaftliche und geistige Stillstand im Vergleich mit anderen Ländern war allerorts spürbar. Als Hoffnungsschimmer empfanden viele Ostdeutsche den 1986 verkündeten Erneuerungskurs des sowjetischen Partei- und Staatschefs Michael Gorbatschow. Mit seinem Reformprogramm unter den Leitbegriffen „Glasnost" („Transparenz") und „Perestroika" („Umgestaltung") reagierte er auf die Systemkrise im kommunistischen Herrschaftsbereich. Gorbatschow strebte eine Modernisierung des „real existierenden Sozialismus" an, ohne das System selbst in Frage zu stellen. Dass überhaupt ein sowjetischer Parteivorsitzender erheblichen Reformbedarf im eigenen Machtbereich konstatierte, war für viele Ostdeutsche ein außerordentlicher und ermutigender Vorgang. Sie glaubten, dieses kritische Signal könne von der DDR-Führung nicht ignoriert werden. Doch sie sollten sich täuschen. Die SED-Spitze hatte erkannt, dass echte Reformen den repressiven Partei- und Staatsapparat unweigerlich schwächen würden. Daran hatte sie kein Interesse. Das Politbüro distanzierte sich von Gorbatschows Politik des „neuen Denkens" und reaktivierte totalitäre Verhaltensmuster. Es erhöhte den ideologischen Druck und setzte gleich mehrere sowjetische Filme und eine Zeitschrift, in denen der Stalinismus aufgearbeitet wurde, auf den Index. Auf diese demonstrativ reformfeindliche Politik reagierten viele Ostdeutsche mit Wut und Empörung.

Gorbatschows Öffnungspolitik beinhaltete weitreichende außenpolitische Komponenten. Sie strebte eine Neugestaltung des Verhältnisses der sozialistischen Länder untereinander an und verzichtete auf die „Breschnew-Doktrin", die seit 1968 die eingeschränkte Souveränität und das beschränkte Selbstbestimmungsrecht der Warschauer-Pakt-Staaten festschrieb. Die Bruderparteien sollten künftig selbst über ihre politische Linie entscheiden und die innerstaatlichen Probleme souverän, also eigenverantwortlich lösen.[4] Gorbatschows Politik ermutigte die Reformer in ganz Osteuropa, schließlich wurden militärische Interventionen wie 1953 (Volksaufstand in der DDR), 1956 (Ungarn) oder 1968 (Prager Frühling) immer unwahrscheinlicher. In Polen begann im April und Mai 1988 eine neue Streikwelle der Stahl- und Werftarbeiter. Im Februar 1989 führten die polnische Regierung sowie Vertreter des offiziellen Gewerkschaftsbundes und der noch immer verbotenen Gewerkschaft „Solidarność" („Solidarität") erste Verhandlungen am Runden Tisch, um die zugespitzte Situation zu entschärfen. Wichtigste Ergebnisse waren eine Verfassungsreform und die Wiederzulassung der Gewerkschaft „Solidarität" im April 1989. Im Juni 1989 fanden in Polen die ersten Parlamentswahlen mit teilweise freier Kandidatenaufstellung statt.[5] In Ungarn trat im Mai 1988 der langjährige Parteichef János Kádár zurück, der dieses Amt seit 1956 bekleidet hatte. Ebenfalls im Mai 1989 wurde Imre Nagy, der 1958 in einem Geheimprozess zum Tode verurteilte und hingerichtete Führer des ungarischen Volksaufstandes von 1956, rehabilitiert und feierlich neu bestattet. Im Juni 1989 tagte in Budapest erstmals ein Runder Tisch mit Vertretern der Regierung und Opposition, um über die Auflösung der Kommunistischen Partei, die Ausrufung der Republik und die Durchführung freier Wahlen zu verhandeln. Jedes noch so kleine Anzeichen eines politischen Aufbruchs in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn wurde von den allermeisten Ostdeutschen genau registriert – mit Sympathie und Hoffnung.[6]

4 Kowalczuk (2009), Endspiel, S. 33f.
5 Siehe: Bingen (2009), Polen als Vorreiter des Umbruchs. Link: http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutsch-polnische-beziehungen/39757/polen-als-vorreiter-des-umbruchs?p=1 (Stand: 20. April 2020).
6 Kowalczuk (2009), Endspiel, S. 335f. Zum Vergleich der Umbrüche in der DDR, in Polen, Ungarn, Rumänien und der Tschechoslowakai siehe: Gehler (2009), Die Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa, http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43728/die-umsturzbewegungen-1989?p=all (Stand: 20. April 2020).

Am 7. Juni 1989 versammeln sich etwa 250 bis 300 Angehörige kirchlicher und unabhängiger Basisgruppen in der Ost-Berliner Sophienkirche, um von dort in einem Schweigemarsch gegen den Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen in der DDR Anfang Mai zu protestieren. Die rund 120 kurz nach Verlassen des Kirchengeländes verhafteten Demonstranten werden am nächsten Tag freigelassen.

Wahlfälschung und Konstituierung der Opposition

Die DDR steckte in den 1980er Jahren in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise. Das Versagen der sozialistischen Planwirtschaft strahlte auf alle Lebensbereiche aus: In den Betrieben fehlten Materialien und Ersatzteile, die Innenstädte zerfielen, das spärliche Angebot an Konsumgütern aller Art konnte die Nachfrage nicht befriedigen. Während die SED-Führung unentwegt die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems und der kommunistischen Ideologie propagierte, drohten der DDR Zahlungsunfähigkeit und wirtschaftlicher Zusammenbruch. Auf die gesellschaftliche Stagnation reagierten die Menschen mit wachsender Unzufriedenheit. Sie waren es überdrüssig, sich im Mangel einzurichten, bevormundet zu werden, nicht reisen zu dürfen. Von 1980 bis 1988 stieg die Zahl der Übersiedler, Flüchtlinge (über Drittländer und Grenzanlagen) sowie der freigekauften politischen Häftlinge auf ein dreifaches – von rd. 13.000 auf rd. 40.000.[7] Die Ende der 1980er Jahre deutlich anwachsende Ausreisewelle wurde von den Daheimgebliebenen als Abstimmung mit den Füßen wahrgenommen. Sie illustrierte auf besonders dramatische Weise den Legitimitätsverfall des politischen Systems.[8]
Die vor allem im Schutzraum der Kirchen angesiedelten Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen sahen sich durch die Reformanstrengungen in Moskau, Warschau und Budapest ermutigt. Über Aktionen innerhalb und außerhalb der Kirchen sowie über persönliche Kontakte zu westlichen Journalisten machten sie auf politische Fehlentwicklungen und Widersprüche in der DDR aufmerksam. Die Basisgruppen in den Kirchen leisteten politische Aufklärungsarbeit und beförderten alternatives Denken. Die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ (IFM) strebte mit einem Aufruf vom 11. März 1989 eine landesweite Vernetzung der Gruppen sowie einen verbesserten Informationsaustausch an und forderte bessere Rechtsstrukturen und Garantien für die Einhaltung von Menschenrechten.[9] Mehrere Initiativen diskutierten im Frühsommer über eine Optimierung der

7 Siehe: Ritter / Lapp (1997), Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, S. 167.
8 Zwischen 1949 und 1989 verließen ca. 3,8 Millionen Ostdeutsche die DDR, davon rund 2,7 Mio. zwischen 1949 und dem Mauerbau im August 1961.
9 Initiative Frieden und Menschenrechte, Aufruf vom 18. März 1989. Link: http://www.ddr89.de/ddr89/ifm/IFM22.html (Stand: 20. April 2020).

oppositionellen Arbeit sowie die Schaffung neuer Organisationsformen und -strukturen. Unabhängig voneinander wurde angeregt, „über Vorschläge für die künftige Installierung eines ‚Runden Tisches' nach polnischem Vorbild nachzudenken".[10]

Die Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 machten einmal mehr die Herrschaftsmechanismen der SED-Diktatur kenntlich. Obwohl Wahlen in der DDR keinerlei Einfluss auf die politischen Machtverhältnisse hatten, legte die Staatspartei dennoch größten Wert auf eine möglichst hohe Zustimmungsrate. Schon bei der Nominierung der Kandidaten für die Kommunalwahlen 1989 gab es eine Flut von Eingaben. Kirchliche Gruppen in Berlin und Dresden hatten versucht, eigene Kandidaten auf der Einheitsliste zu platzieren, was ihnen verwehrt blieb. In rund 50 Städten und Gemeinden überwachten Oppositionelle und Bürgerrechtler am Abend des 7. Mai 1989 in Hunderten von Wahllokalen die Auszählung[11]. Sie registrierten einen Anteil an Gegenstimmen im Bereich von 10 bis 20 Prozent, die Wahlbeteiligung betrug meist zwischen 60 bis 80 Prozent. Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Egon Krenz, gab gegen Mitternacht das übliche „amtliche Wahlergebnis" bekannt: 98,85 Prozent Zustimmung zur Einheitsliste, 98,77 Prozent Wahlbeteiligung.

Mit dem Nachweis des systematischen Wahlbetrugs erreichte die gärende politische Krise in der DDR eine neue Dimension. Auch Wählerinnen und Wähler, die dem System bis dahin loyal verbunden waren, fühlten sich hintergangen. Die SED verlor in der Bevölkerung weiter an Ansehen und Einfluss. Die Opposition nutzte dieses Schlüsselereignis, um sich zu formieren und besser zu vernetzen.[12] Neue, landesweit agierende Bürgerrechtsgruppen und politische Vereinigungen traten nach und nach aus dem Schutzraum Kirche heraus, warben um Mitarbeit und forderten gesellschaftliche Reformen.

Am 28. August stellte Markus Meckel in Berlin den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei (SDP) vor, der eine Kampfansage an die SED und ihren Herrschaftsanspruch bedeutete. Die Unterzeichner (Markus Meckel, Martin Gutzeit, Ibrahim Böhme und Arndt Noack) forderten

10 Kowalczuk (2009), Endspiel, S. 356.

11 Allein in den Ostberliner Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Mitte, Friedrichshain registrierte die Staatssicherheit in 131 Wahllokalen verdächtige Personen, die die Auszählung überwachten und Aufzeichnungen anfertigten. In Leipzig kontrollierten Mitglieder kirchlicher Gruppen die Stimmauszählung in 83 Wahllokalen, während Vertreter der nichtkirchlichen Perestroika-Gruppe „Dialog" in 82 von 84 Wahllokalen anwesend waren. Vgl.: Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 40.

12 Neubert (1999), Die Opposition im Jahre 1989 – ein Überblick, S. 429f.

„Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, (…) parlamentarische Demokratie, (…) soziale Marktwirtschaft, (…) Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht".[13]
Am 9./10. September 1989 bildete sich das Neue Forum. Zu den Erstunterzeichnern des öffentlichkeitswirksamen Gründungstextes „Die Zeit ist reif – Aufbruch 89" zählten unter anderen Bärbel Bohley, Katja Havemann, Rolf Henrich, Sebastian Pflugbeil, Jens Reich. Das Neue Forum verstand sich als „politische Plattform" für den als notwendig erachteten „demokratischen Dialog" und rief alle Bürger auf, an der „Umgestaltung unserer Gesellschaft" mitzuwirken.[14]
Am 12. September traten unter anderen Hans-Jürgen Fischbeck, Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß, Ulrike Poppe mit dem Gründungsaufruf der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ) an die Öffentlichkeit. Die Bewegung plädierte für Reformkonzepte „von unten". Der Sozialismus sollte „seine eigentliche, demokratische Gestalt finden", wobei der unterstellte Sozialismusbegriff stark protestantisch-sozialethische Züge trug. Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt kündigte an, bei den nächsten Wahlen mit einer eigenen Liste anzutreten.[15]
Die Gründung der Vereinigung Demokratischer Aufbruch – sozial – ökologisch (DA) wurde am 14. September 1989 bekannt gegeben. Am 1. Oktober legte die Gründungsversammlung eine „Programmatische Erklärung" vor. Ihre vorläufige Konstituierung als Partei erfolgte am 29. Oktober 1989. Der Demokratische Aufbruch hatte schon bald über 10.000 Mitglieder, darunter Rainer Eppelmann, Edelbert Richter, Heino Falcke, Erhard Neubert, Friedrich Schorlemmer.[16]
Seit September 1989 trafen sich in Berlin regelmäßig Vertreter verschiedener Friedenskreise und Bürgerrechtsgruppierungen, um „Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handelns" auszuloten. Am 4. Oktober 1989 verabschiedeten sie eine „Gemeinsame Erklärung", die sich an alle Bürger richtete. In ihr wurde die DDR-Regierung zur Einhaltung der KSZE-Verpflichtungen und der UNO-Menschrechtskonventionen aufgefordert. Weiterhin forderten die Unterzeichner demokratische Wahlen unter UNO-Kontrolle. Geprüft werden solle, „in welchem Umfang wir ein Wahlbündnis mit gemeinsamen eigenen Kandidaten verwirklichen können".[17]

13 Neubert (1997), Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 835. Der Gründungsakt der SDP erfolgte am 7. Oktober 1989 in Schwante. Gründungsmitglied Ibrahim Böhme wurde im März 1990 als langjähriger Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt und aus der Partei ausgeschlossen.
14 Den Aufruf unterzeichneten bis zum 19. September ca. 3.000 Menschen. Vom Ministerium des Innern wurde der Zulassungsantrag des Neuen Forums am 25. September mit der Begründung abgelehnt, es bestünde keine gesellschaftliche Notwendigkeit für eine derartige Vereinigung. Bis Mitte November 1989 unterschrieben 200.000 Bürger den Aufruf, zu diesem Zeitpunkt hatte das Neue Forum 10.000 feste Mitglieder. Erst am 8. November 1989 bestätigte das Innenministerium die offizielle Anmeldung des Neuen Forums.
15 Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 75. Die Vereinigung hatte bis zu 4.000 Mitglieder.
16 Der erste Vorsitzende, Wolfgang Schnur, wurde im März 1990 als langjähriger Informeller Mitarbeiter der Staatssicherheit enttarnt und abgelöst.
17 Gemeinsame Erklärung der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, des Demokratischen Aufbruchs, der Gruppe Demokratischer Sozialistinnen, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR, des Neuen Forums, sowie Vertretern von Friedenskreisen. Vgl.: Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 78.

Etwa 6.000 DDR-Flüchtlinge sind im Herbst 1989 im Garten der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Zeltunterkünften untergebracht.

Massenflucht

Ab dem 2. Mai 1989 begannen ungarische Grenzpolizisten mit dem Rückbau der Grenzbefestigungen und Signalzäune zwischen Österreich und Ungarn. Am 27. Juni trafen sich der ungarische Außenminister Gyula Horn und sein österreichischer Amtskollege Alois Mock an der Grenze nahe Sopron und durchtrennten medienwirksam den Stacheldrahtzaun mit großen Drahtscheren. Ministerpräsident Miklós Németh hatte zuvor Generalsekretär Gorbatschow informiert, der geantwortet haben soll: „Ich sehe da, ehrlich gesagt, gar kein Problem."
Nach dieser symbolischen Grenzöffnung fanden zwischen Ungarn und Österreich zwar weiterhin Grenzkontrollen statt, doch da Ungarn zum 12. Juni 1989 der UN-Flüchtlingskonvention beigetreten war, durfte das Land keine Flüchtlinge mehr ausliefern, denen in der Heimat strafrechtliche Konsequenzen drohten.[18]
Die vom Westfernsehen übertragenen Bilder der Grenzöffnung und erste Berichte über geglückte Fluchten elektrisierten viele Menschen in der DDR. Obwohl die DDR-Behörden im ersten Halbjahr 1989 schon 86.000 offiziellen Antragstellern die dauerhafte Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt hatten, nutzten Tausende Urlauber die Sommerferien, um durch die Lücken im „Eisernen Vorhang" in den Westen zu flüchten. Da die ungarisch-österreichische Grenze aber weiterhin bewacht wurde, warteten Tausende von Fluchtwilligen in provisorisch errichteten Lagern darauf, dass sich neue Ausreisemöglichkeiten ergaben. In die DDR zurückkehren wollten sie nicht. Am 11. September öffnete Ungarn aus humanitären Gründen seine Westgrenze, bis Monatsende flüchteten 34.000 DDR-Bürger über Österreich in die Bundesrepublik.[19]
Inzwischen lehnten die DDR-Behörden neue Anträge auf Urlaubsreisen nach Ungarn ab. Daher flüchteten nun zunehmend mehr Menschen in die bundesdeutsche Botschaft in Prag und hofften, von dort aus in die Bundesrepublik zu gelangen. Schon bald befanden sich mehrere tausend Menschen auf dem Gelände. Regenfälle hatten den Garten der Vertretung in eine Schlammwüste verwandelt, es herrschten katastrophale sanitäre Zustände. Nach Verhandlungen mit Regierungsvertretern der beteiligten und betroffenen Staaten konnte der Außenminister der Bundesrepublik, Hans-Dietrich Genscher, den Wartenden am 30. September die erlösende Botschaft überbringen. Die DDR-Behörden hatten ihrer Ausreise zugestimmt – mit mehreren Sonderzügen der Reichsbahn über das Territorium der DDR. Neben den ca. 6.000 Flüchtlingen in der Prager Botschaft erhielten auch ca. 600 Ostdeutsche, die in der bundesdeutschen Botschaft in Warschau festsaßen, die Genehmigung zur dauerhaften Ausreise in die Bundesrepublik. Später wurde bekannt, dass im Jahre 1989 insgesamt 344.000 Menschen aus der DDR geflüchtet waren.[20]
Die massenhafte Flucht von DDR-Bürgern entwickelte sich 1989 zu einem wesentlichen Faktor und Stimulus der Friedlichen Revolution. Der Verlust von Familienangehörigen, Freunden, Arbeitskollegen, Nachbarn bestürzte all jene Menschen, die nicht gehen wollten, die darauf hofften, das Land öffnen und reformieren zu können. Zugleich empörte sie, mit welcher Blindheit, Arroganz und Häme die DDR-Führung auf die Flucht ihrer Angehörigen und Freunde reagierte. SED-Generalsekretär Honecker erklärte: „Zügellos wird von Politikern und Medien der BRD eine stabsmäßig vorbereitete ‚Heim-ins-Reich'-Psychose geführt, um Menschen in die Irre zu führen und auf einen Weg in ein ungewisses Schicksal zu treiben. (…) Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen."[21]

18 Die DDR bemühte sich umgehend um eine Ausnahmeregelung. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen den Geheimdiensten der DDR und Ungarns wurde an der bis dahin üblichen Praxis der Übergabe von Flüchtlingen aus der DDR an das MfS noch einige Wochen festgehalten. Am 12. Juli 1989 wurde letztmalig ein fluchtwilliger DDR-Bürger von ungarischen Behörden an das MfS übergeben. Siehe: Kowalczuk (2009), Endspiel, S. 346f.
19 Kowalczuk (2009), Endspiel, S. 351.
20 Siehe: Ritter / Lapp (1997), Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, S. 167.
21 Honecker (1989), Sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt, in: Neues Deutschland vom 2. Oktober 1989. Abgedruckt in: Judt (1998), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse, S. 531.

Trotz massiver Drohungen und Gerüchte über den Aufmarsch bewaffneter Kräfte in und um Leipzig kommen am 9. Oktober 1989 über 70.000 Menschen in die Leipziger Innenstadt. Die Demonstration gilt als ein Wendepunkt der Friedlichen Revolution.

Montagsdemonstrationen. Die Macht der Straße

Das Thema Ausreise und Flucht bewegte 1989 die gesamte DDR-Gesellschaft, die Stimmung im Land war aufgeladen. In Leipzig besuchten immer mehr Menschen, die oft schon seit Jahren auf den positiven Entscheid ihres „Antrages auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft“ warteten, die Friedensgebete in Sankt Nikolai.[22] Am 14. März 1989 marschierten im Anschluss an das Friedensgebet ca. 300 Ausreisewillige durchs Stadtzentrum und forderten „Lasst uns raus!“, „Stasi raus!“, „Reisefreiheit statt Behördenwillkür!“. Westliche Kamerateams, die sich anlässlich der Frühjahrsmesse in Leipzig aufhielten, dokumentierten das Ereignis.
Als am 4. September 1989 das erste Friedensgebet nach der Sommerpause stattfand, wollten die Sicherheitskräfte eine vergleichbare „Panne“ unbedingt vermeiden, was ihnen aber nicht gelang. Nach dem Friedensgebet versammelten sich hunderte Demonstranten vor der Nikolaikirche. Sie entrollten Transparente „Für ein offenes Land mit freien Menschen“, „Reisefreiheit statt Massenflucht“ und „Versammlungsfreiheit – Reisefreiheit“. Stasi-Mitarbeiter entrissen ihnen die Losungen, doch sie skandierten „Wir wollen raus! Wir wollen raus!“ und „Freiheit! Freiheit!“. Reformorientierte Demonstranten antworteten, nicht weniger entschlossen, „Wir bleiben hier! Wir bleiben hier!“. Da wegen der Leipziger Herbstmesse wieder westliche Kamerateams in der Stadt waren, liefen diese Bilder abends auch im Fernsehen. Die ARD meldete: „Über 1.000 Demonstranten, zur Hälfte Ausreisewillige, zur Hälfte oppositionelle Gruppen, die bleiben wollen, aber für Reformen im Land auf die Straße gehen und dafür hohe Geldstrafen und (…) Haftstrafen riskieren“, seien versammelt gewesen.[23]

Die Leipziger Kundgebung vom 4. September 1989 gilt als erste „Montagsdemonstration“. Sie markierte den Beginn der Eroberung des öffentlichen Raums als zentralem Aktionsfeld des anwachsenden politischen Protestes in der DDR. Zugleich hatte sie Vorbildcharakter für Hunderte von Demonstrationen, die in den kommenden Wochen und Monaten DDR-weit stattfinden sollten. Die Fernsehbilder aus Leipzig mit ihrer doppelten Botschaft – „Lasst uns raus!“ / „Wir bleiben hier!“ – wirkten wie eine Initialzündung: Widerstand ist möglich, auch und gerade für jene, die sich nicht vertreiben lassen wollen und auf Reformen hoffen.
Am darauffolgenden Montag, dem 11. September, griffen die Staatsorgane brutal durch. Zum Montagsgebet waren über 500 Menschen gekommen. Beim Verlassen der Kirche riefen sie den wartenden MfS-Mitarbeitern und Polizisten zu: „Keine Gewalt!“, „Wir sind keine Rowdys!“, doch diese antworteten mit Schlagstöcken. 89 Demonstranten wurden verhaftet, 22 von ihnen in Schnellverfahren zu hohen Geldstrafen verurteilt. 19 Personen erhielten Haftstrafen bis zu einem halben Jahr. Einige kamen erst fünf Wochen später wieder frei.[24]
Am 18. September kamen schon 2.000 Menschen zum Gottesdienst in die Nikolai-Kirche, mehr als 1.000 Menschen versammelten sich vor der Kirche. Nach dem Friedensgebet am 25. September beteiligten sich ca. 8.000 Menschen an der Montagsdemonstration. Der Protestzug sprengte die Polizeiketten und bewegte sich erstmals hinaus auf den Leipziger Ring. Am 2. Oktober 1989 fand in Leipzig die größte oppositionelle Demonstration seit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 statt. Den bis zu 20.000 Demonstranten standen hochgerüstete Polizeieinheiten gegenüber. Mehrfach versuchte die Staatsmacht, über Lautsprecher auf die Demonstranten einzuwirken. Auf den Satz „Hier spricht die Volkspolizei“ antwortete die Menge immer wieder „Wir sind das Volk!“. Dieser selbstbewusste Satz wurde zum Leitmotto des revolutionären Herbstes 1989.
Ende September, Anfang Oktober 1989 hatte sich die politische Krise im Land weiter zugespitzt. Egon Krenz war nach China gereist und solidarisierte sich mit den Verantwortlichen

22 Begründet wurden die montäglichen Friedensgebete in St. Nikolai im September 1981. In den Jahren 1984-1987 fanden sie eher unregelmäßig statt, im September 1987 reaktivierte Pfarrer Wonneberger die Idee. Zur Geschichte der Friedensgebete in St. Nikolai siehe: Schwabe (1998), „Symbol der Befreiung“. Die Friedensgebete in Leipzig. Link: http://www.archiv-buergerbewegung.de/images/stories/pdf/fg-schwabe.pdf (Stand: 20. April 2020).
23 Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 85f. Lindner selbst spricht von 800 Teilnehmern, ebd., S. 103.
24 Siehe: Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hrsg.), „Leipzig“. Link: www.jugendopposition.de/index.php?id=214 (Stand: 20. April 2020).

des Pekinger Massakers vom 3./4. Juni 1989.[25] Diese Reise verstärkte bei den reformorientierten Kräften die Befürchtung, dass auch die SED bereit sein könnte, friedlichen Protest gewaltsam niederzuschlagen.
Nachdem bekannt wurde, dass die seit dem 30. September aus Prag kommenden Züge mit Botschaftsflüchtlingen auf ihrem Weg in die Bundesrepublik durch Dresden fahren würden, versammelten sich vom 3. bis 5. Oktober 1989 anfangs 2.000, später 20.000 Demonstranten am Dresdner Hauptbahnhof. Einheiten der Bereitschafts-, Transport- und Volkspolizei räumten das Gelände mit Gummiknüppeln. Daraufhin flogen Steine. Polizeihunde, Wasserwerfer und Tränengas wurden eingesetzt, dann rückten Armeeeinheiten an. Sieben Hundertschaften der Kampfgruppen sowie zwei Bataillone der 7. Panzerdivision standen bereit; Bürgerkriegsstimmung lag in der Luft.
Am späten Nachmittag des 7. Oktober versammelten sich auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin Dutzende Menschen, um wie an jedem 7. eines Monats gegen den Wahlbetrug vom 7. Mai 1989 zu protestieren. Der kleine Demonstrationszug wollte zum Palast der Republik marschieren, wo an diesem Tag ein festlicher Staatsakt zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung stattfand. Passanten schlossen sich dem Zug spontan an, der schnell auf mehrere tausend Menschen anwuchs. Eine ihrer Forderungen lautete „Keine Gewalt!“. Die Polizei drängte die Menge ab in Richtung Prenzlauer Berg. In der dortigen Gethsemanekirche beteiligten sich zu diesem Zeitpunkt Hunderte von Menschen an einer Bittandacht für inhaftierte Oppositionelle aus Leipzig. Polizisten, MfS-Einheiten und Kampfgruppen riegelten den Bezirk hermetisch ab und gingen mit großer Brutalität gegen Demonstranten, Kirchenbesucher und unbeteiligte Passanten vor. Viele der 1.200 polizeilich „Zugeführten“ erlebten physische und psychische Folter.[26] Die Bilder der Gewalteskalation am 40. Jahrestag der DDR gingen um die ganze Welt.
Angesichts des brutalen Vorgehens der Staatsmacht am 7. Oktober fürchteten die Leipziger Bürger, dass die Staatsmacht auf ihre Montagsdemonstration am 9. Oktober mit einer „chinesischen Lösung“ reagieren könnte. Schon am 6. Oktober hatte ein Kampfgruppenkommandeur in der Leipziger Volkszeitung gedroht, „diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand!“[27]
Trotz massiver Drohungen und angstmachender Gerüchte über den Aufmarsch bewaffneter Kräfte in und um Leipzig kamen am 9. Oktober über 70.000 Menschen in die Leipziger Innenstadt. Ihr Wunsch nach Veränderungen war größer als ihre Angst. In vier Kirchen fanden Friedensgebete statt, anschließend setzte sich die Menschenmenge in Bewegung und demonstrierte auf dem gesamten Innenstadtring – vorbei an der Bezirksbehörde der Staatssicherheit und am Sitz der Volkspolizei, am Leipziger Rathaus und am Gebäude der SED-Bezirksleitung. „Keine Gewalt!“ lautete die tausendfach gerufene Forderung des Tages. Sie richtete sich an die bewaffneten Kräfte, aber auch an die Demonstranten selbst.[28] Die unerwartete Dimension des ebenso entschlossenen wie friedlichen Demonstrationszuges setzte alle polizeilichen und militärischen Planungen außer Kraft, der befürchtete Einsatzbefehl wurde nicht erteilt. Die Einsatzkräfte hatten offenbar erkannt, dass „jeder Versuch eines gewaltsamen Einschreitens (…) unabsehbare Folgen haben musste“.[29] Die bewaffneten Kräfte kapitulierten angesichts des Muts, der Entschlossenheit und Disziplin der Leipziger Demonstranten. Der damalige Volkskammer-Präsident Horst Sindermann erklärte wenige Monate später „Wir sind vom Volk davongejagt worden, nicht von einer ‚Konterrevolution‘. (…) Der gewaltfreie Aufstand passte nicht in unsere Theorie. Wir haben ihn nicht erwartet, und er hat uns wehrlos gemacht.“[30]
Der 9. Oktober 1989 markiert das wichtigste Datum im Kalender der Friedlichen Revolution in der DDR. An diesem Tag wurde das Gewaltmonopol der SED gebrochen, der Verfall des Regimes war in Gang gesetzt. Am 9. Oktober befreiten sich die Ostdeutschen von ihrer Angst vor dem Regime,

25 In der Nacht des 3./4. Juni 1989 wurden Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking, dem Tiananmen-Platz, mit einem blutigen Militäreinsatz der chinesischen Volksbefreiungsarmee beendet. Tausende Menschen wurden verletzt, Hunderte getötet. Das SED-Politbüro und die DDR-Volkskammer bekundeten der chinesischen Regierung umgehend ihre Zustimmung.
26 Kowalczuk (2009), Endspiel, S. 391f. Am 7. Oktober gab es in über 20 weiteren Städten Protestkundgebungen, die gewaltsam aufgelöst wurden. In Plauen gingen an diesem Tag zwischen 10.000-20.0000 Menschen auf die Straße und erzwangen ein Gespräch mit dem Bürgermeister. Nach Auflösung der Demonstration kam es zu etwa 60 Verhaftungen. Ebd., S. 398.
27 Siehe: Leserbrief des Kampfgruppenkommandeurs Günter Lutz vom 6. Oktober 1989, in: Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 101. Von der Einheit dieses Kommandeurs erschienen am Abend des 9. Oktober nur 52 Prozent der Mitglieder zum Dienst, siehe: Ahbe (2014), Und wenn sie auf uns schießen?, S. 7. Link: http://www.zeit.de/2014/42/montagsdemo-leipzig-ddr (Stand: 20. April 2020).
28 Appelle in den Kirchen, Flugblattaktionen und ein über den Stadtfunk verbreiteter „Aufruf der Leipziger Sechs“ (Dirigent Kurt Masur, Kabarettist Bernd-Lutz Lange, Theologe Peter Zimmermann sowie die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Kurt Meyer, Jochen Pommert, Roland Wötzel) mahnten am 9. Oktober alle Beteiligten, sich friedfertig und besonnen zu verhalten. An der Eingangsseite der Nikolaikirche appellierte ein Transparent „Leute – heute keine Gewalt! Reißt euch zusammen und laßt die Steine liegen!“ Jedem war bewusst, dass der kleinste Eskalations-schritt eine schlimme Kettenreaktion auslösen könnte. Vgl.: Ahbe (2014), Und wenn sie auf uns schießen?, S. 5. http://www.zeit.de/2014/42/montagsdemo-leipzig-ddr (Stand: 20. April 2020).
29 Niemetz (2014), Einen neuen „17. Juni“ verhindern, S. 133.
30 Sindermann (1990), Wir sind keine Helden gewesen, Interview mit dem Spiegel vom 7. Mai 1990. Link: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498194.html (Stand: 20. April 2020). Diese Äußerung inspirierte Erich Loest zu dem eingangs zitierten Satz „Wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“ In seinem Drehbuch für den Spielfilm „Nikolaikirche“ legte Loest dieses Resümee einem hochrangigen Stasi-Offizier in den Mund.

sie wurden sich ihrer Macht und Stärke bewusst.[31] Nach diesem Tag gab es landesweit keine gewaltsamen Auseinandersetzungen mehr zwischen Polizei und Demonstranten. Erst mit der bestandenen Mutprobe vom 9. Oktober lässt sich die Revolution in der DDR tatsächlich als „friedliche" Revolution charakterisieren, denn bis zu diesem Tag hatte die Staatsmacht erhebliche Gewalt gegen demonstrierende Bürger ausgeübt.[32]

Der Erfolg der Leipziger Demonstranten ermutigte die Menschen in der ganzen Republik. In immer mehr Städten fanden Kundgebungen statt, entstanden Aktionsbündnisse für die politische und gesellschaftliche Erneuerung. Unter dem Druck der Protestbewegung verstärkten sich auch innerhalb der SED-Führung die Auseinandersetzungen und Konflikte, die Partei reagierte mit ersten Zugeständnissen. Am 18. Oktober 1989 musste Staatsratsvorsitzender und Parteichef Honecker seine Ämter an Egon Krenz abgeben, der aber als Vertreter des alten Systems nicht ansatzweise in der Lage war, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen. An den nächsten Leipziger Montagsdemonstrationen beteiligten sich immer mehr Bürger. Am 30. Oktober kamen 300.000, am 6. November fast 500.000 Menschen. Die Demonstranten in Leipzig und vielen anderen Orten der Republik stellten offen die Machtfrage („SED, gib Deine Führung ab, sonst werden hier die Leute knapp!"), forderten weitere Rücktritte von Spitzenfunktionären und Chefideologen („Die Karre steckt zu tief im Dreck, die alten Kutscher müssen weg!", „Schnitzlers Visage bringt alle in Rage!"), die Zulassung des Neuen Forums („Krenzt das Neue Forum nicht aus!"), Reisefreiheit („Visafrei von Rostock bis Shanghai!"), freie Wahlen („Wenn freie Wahlen sind in Sicht, verlassen wir die Heimat nicht!").[33] Die größte Massendemonstration in der DDR-Geschichte fand am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz statt. Über 500.000 Teilnehmer forderten die in der Verfassung formal benannten Rechte auf Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit ein.[34] Die gesamte Kundgebung, auf der unter anderen neben Heiner Müller, Christa Wolf und Tobias Langhoff auch Bürgerrechtler wie Marianne Birthler und Jens Reich sowie einige SED-Funktionäre sprachen (und kräftig ausgepfiffen wurden), wurde live im DDR-Fernsehen übertragen, was zuvor undenkbar gewesen wäre. Diese Öffnung und Neuorientierung der staatlichen Medien dokumentierte auf eindrucksvolle Weise die beginnenden Veränderungsprozesse in der DDR-Gesellschaft.

Auch nach dem 9. Oktober flüchteten jeden Tag ca. 10.000 Menschen aus der DDR, das Land drohte auszubluten. Mit dem am 6. November 1989 vorgelegten, aber für die Bürger völlig inakzeptablen Entwurf eines neuen Reisegesetzes brachte sich die DDR-Regierung selbst den Todesstoß bei. Der Entwurf zeigte, dass die Regierung unfähig war, das Wesen der dramatischen Umbruchprozesse im Land zu verstehen. Der Gesetzesentwurf wurde auf Protestkundgebungen im ganzen Land empört abgelehnt, am 7. November lehnte ihn auch die Volkskammer als unzureichend ab. Noch am selben Tag trat die DDR-Regierung unter Willi Stoph geschlossen zurück.

31 In vielen Rückblicken wird genau dieser Punkt hervorgehoben. Wolfgang Thierse sagte mit Blick auf den 9. Oktober 1989: „Das war der Tag der Entscheidung. Was wir alle durch Leipzig gewonnen haben, war nicht weniger als der Sieg über die Angst, die halbe Macht der Diktatur." Siehe: Thierse (2005), Rede am 9. Oktober 2005 in der Nikolaikirche Leipzig. Lothar de Maizière erklärte, am 9. Oktober 1989 fiel die „Mauer der Angst". Siehe: Maizière (2014), Interview mit dem Deutschlandfunk am 2. November 2014.

32 Vgl. Niemetz (2014), Einen neuen „17. Juni" verhindern, S. 136. Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 180.

33 Eine Übersicht über alle 1989 in Leipzig gezeigten Losungen findet sich in: Schneider / Lindner (1990), Leipziger Demontagebuch: Demo – Montag – Tagebuch.

34 Kowalczuk bezweifelt, dass an der Demonstration tatsächlich 500.000 Menschen teilgenommen haben. Angesichts der zur Verfügung stehenden Stellfläche auf dem Alexanderplatz und den angrenzenden Straßen erscheint ihm eine Teilnehmerzahl von über 200.000 Menschen als unrealistisch. Siehe: Kowalczuk (2009), Endspiel, S. 451f.

Der DDR-Regierungssprecher Günther Schabowski antwortet am 9. November 1989 kurz vor 19 Uhr auf die Frage, ab wann die neuen Regelungen für Reisen ins westliche Ausland in Kraft treten würden: „(…) sofort, unverzüglich (…) über alle Grenzübergangsstellen“.

Seite 21: Auf der größten, nicht staatlich organisierten Demonstration in der Geschichte der DDR kommen am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz hunderttausende Menschen zusammen, um für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit einzutreten.

Der Fall der Mauer

Vom 6. bis 9. November 1989 tagte in Berlin das Zentralkomitee der SED. Es beschloss die Zulassung der Oppositionsgruppen und befasste sich erneut mit der Überarbeitung des umstrittenen Reisegesetzentwurfs. Beschlossen wurde eine Regelung für Reisen ins westliche Ausland und die ständige Ausreise aus der DDR. Genehmigungen dafür sollten von den zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter „kurzfristig“ und „ohne Voraussetzungen“ erteilt werden. Als Regierungssprecher Günter Schabowski am 9. November kurz vor 19 Uhr in einer Pressekonferenz die Frage gestellt bekam, ab wann diese Regelung in Kraft treten würde, antwortete er, „sofort, unverzüglich (…) über alle Grenzübergangsstellen“.[35] Schon wenige Minuten später verbreitete sich diese Nachricht über Radio und Fernsehen, die Zeitangabe „ab sofort“ wurde wörtlich genommen. Tausende Menschen strömten in der gleichen Nacht zu den Grenzübergangsstellen nach West-Berlin und zur Bundesrepublik, wo entsprechende Anweisungen allerdings nicht vorlagen. Am Ost-Berliner Grenzübergang Bornholmer Straße forderten Tausende Menschen „Tor auf! Tor auf!“. Die Grenzbeamten ließen zunächst einzelne Personen durch und stempelten ihre Personalausweise so ab, als gingen sie für immer. Doch der friedliche Druck auf den Grenzübergang wurde größer und größer, so dass sich der diensthabende Kommandeur in eigener Verantwortung entschied, die Schlagbäume in der Mauer zu öffnen. Der Inbegriff der Gewaltherrschaft war gefallen, ein weiteres Mal hatte die Staatsmacht vor dem eigenen Volk kapituliert. Jubelnd strömten Tausende DDR-Bürger nach West-Berlin.[36] Wenig später wurden auch alle anderen innerstädtischen Grenzübergangsstellen geöffnet. Menschen aus beiden Stadthälften versammelten sich in dieser „Wahnsinnsnacht“ zu spontanen Freudenfeiern. Auch entlang der innerdeutschen Grenze wurden die ostdeutschen Nachbarn an den folgenden Tagen mit Sekt und Freudentränen empfangen, überall lagen sich wildfremde Menschen in den Armen.
28 Jahre lang hatte die SED-Führung die gegen die eigene Bevölkerung gerichteten Sperranlagen ausgebaut und perfektioniert – mit Betonplattenwänden, Metallgitterzäunen, Beobachtungstürmen, Panzersperren, Kfz-Gräben, Hundelaufanlagen, Lichttrassen, Selbstschussanlagen und Minen. Schon zehn Tage nach dem Mauerbau, am 24. August 1961, fielen die ersten tödlichen Schüsse an der Berliner Grenze, sie galten dem 24-jährigen Günter Litfin. Der letzte Flüchtling, der an der Mauer erschossen wurde, war der 21-jährige Chris Gueffroy. Er starb am 5. Februar 1989. Hunderte von Menschen verloren bei Fluchtversuchen aus der DDR ihr Leben. Der 9. November 1989, der Tag des Mauerfalls, beendete dieses menschenverachtende Grenzregime – und besiegelte zugleich den Untergang der SED-Herrschaft. Damit eröffneten sich völlig neue Optionen für Deutschland und Europa. Die in der DDR stationierten 338.000 sowjetischen Soldaten waren auch am 9. November (wie schon am 9. Oktober) in den Kasernen geblieben, Präsident Michael Gorbatschow hatte Wort gehalten.[37]
Alt-Bundeskanzler Willy Brandt, der zur Zeit des Mauerbaus 1961 Regierender Bürgermeister von Berlin gewesen war und später durch seine neue Ostpolitik den Entspannungsprozess zwischen Ost und West befördert hatte, brachte am darauffolgenden Abend in einer Rede vor dem Schöneberger Rathaus seine Freude zum Ausdruck. Seine Worte trafen die Stimmung und die Hoffnung vieler Menschen in der DDR: „Es ist sicher, dass nichts im anderen Teil Deutschlands wieder so werden wird, wie es war. (…) Und ich denke, dass diese Volksbewegung im anderen Teil Deutschlands ihre Erfüllung nur in wirklich freien Wahlen finden kann.“[38] Noch auf der Rathaustreppe diktierte Brandt einem Journalisten seinen berühmt gewordenen Satz ins Mikrofon: „Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört.“[39]
Bundeskanzler Helmut Kohl erinnerte an gleicher Stelle an die vielen Mauertoten und würdigte den Kampf der Ostdeutschen um Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, freie und geheime Wahlen: „Unsere Landsleute sind dabei, sich diese Freiheiten selbst zu erkämpfen, und sie haben dabei unsere volle Unterstützung.“[40]

35 Hertle (1995), Der 9. November 1989 in Berlin, S. 840.
36 Als kurz nach 20 Uhr die Nachricht vom Mauerfall die im Bonner Wasserwerk tagenden Abgeordneten des Deutschen Bundestages erreichte, wurde die Sitzung unterbrochen. Die Abgeordneten applaudierten und sangen spontan die Nationalhymne.
Siehe: Chorgesang im Bundestag am 9. November 1989.
Link: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/kw45_mauerfall/337756
(Stand: 20. April 2020).

37 Satjukov (2008): Der düstere Feind, Zeit Online.
Link: http://www.zeit.de/2008/16/A-Besatzer
(Stand: 20. April 2020).
Hinzu kamen 207.400 Zivilangestellte und Familienangehörige. Erst mit Abzug der Truppen (1994) wurde bekannt, dass die Sowjetarmee im Jahr 1989 auf dem Territorium der DDR über insgesamt 1.026 Objekte mit etwa 36.000 Gebäuden verfügte, davon 777 geschlossene Areale. Ebd., S. 2f.
38 Brandt (1989), Rede vor dem Rathaus Schöneberg, 10. November 1989.
Link: https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Rede_Willy_Brandt_Rathaus_Schoeneberg_1989.pdf
(Stand: 20. April 2020).
39 Dieser Satz fiel nicht in der Rede, sondern in einem Interview, das Brandt der Berliner Morgenpost am 10. November 1989 gegeben hat.
Siehe: Rother (o.J.), Link: https://willy-brandt.de/wp-content/uploads/heft_08_waechst_zusammen.pdf
(Stand: 20. April 2020).
40 Kohl (1989), Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin am 10. November 1989.
Link: https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kundgebung-vor-dem-schoeneberger-rathaus-468762
(Stand: 20. April 2020).

Am 7. Dezember 1989 finden erstmals Gespräche am Runden Tisch im Ost-Berliner Dietrich-Bonhoeffer-Haus statt. Der Einladung des Sekretariats des Bundes Evangelischer Kirchen und des Sekretariates der Berliner Bischofskonferenz waren insgesamt zwölf Parteien, politische Gruppierungen und Organisationen gefolgt.

Der Runde Tisch. Auf dem Weg zu freien Wahlen

Nachdem die Mauer gefallen war, blickten viele DDR-Bürger ganz neu auf die politischen Perspektiven des eigenen Landes. Die „alte“ DDR wollte kaum jemand erhalten, doch was sollte, was konnte an ihre Stelle treten?

Der Mauerfall beschleunigte den Zerfall der SED und ihrer Strukturen. Funktionäre legten ihre Ämter nieder, hunderttausende Mitglieder verließen in den folgenden Wochen die Partei. Die alten Blockparteien, die über große politische Apparate und eigene Medien verfügten, mühten sich, möglichst schnell ein demokratisches Profil zu entwickeln – und machten sich die Forderungen der oppositionellen Gruppen zu eigen. Die oppositionellen Gruppen und Parteien festigten nach und nach ihre Strukturen und traten überall im Lande ungehindert in Erscheinung. Aber auch sie mussten neue politische Antworten auf die plötzlich veränderte, offene Situation finden und sich neu orientieren – unter ungleich schwierigeren finanziellen und technisch-organisatorischen Bedingungen als die Blockparteien. Parallel entstanden im ganzen Land zahlreiche neue Bürgerinitiativen und Vereinigungen, die sich mit einer Flut von Erklärungen, Vorschlägen und Forderungen in die gesellschaftspolitische Diskussion einbrachten.[41]

Nach Grenzöffnung und Errichtung immer neuer Grenzübergangsstellen veränderten sich die Kundgebungen. Der Mauerfall hatte neue politische Optionen eröffnet. Plötzlich schien sogar eine Annäherung der beiden deutschen Staaten möglich zu sein, was lange Zeit kaum jemand zu hoffen wagte. Schon bald spalteten sich die Kundgebungsteilnehmer in Befürworter und Gegner einer Wiedervereinigung. Die Befürworter einer schnellen Wiedervereinigung setzten sich durch.

Am 13. November 1989 trat die Volkskammer zusammen und wählte aus ihren Reihen ein neues Präsidium, Hans Modrow wurde neuer Ministerpräsident. Die neue Regierung, die sich überwiegend aus SED-Mitgliedern zusammensetzte[42], kündigte Reformen in Politik, Wirtschaft, Bildungswesen und Verwaltung an.

Doch mit Bekanntwerden von Skandalen und Korruptionsfällen, in die SED-Funktionäre verwickelt waren, stieg in der Bevölkerung der Unmut über die Partei und ihre Funktionäre. Am 1. Dezember strich die Volkskammer einstimmig den Führungsanspruch der SED aus der DDR-Verfassung, am 3. Dezember traten das Politbüro und das Zentralkomitee zurück, am 6. Dezember verlor Egon Krenz auch sein Amt als Staatsratsvorsitzender. Führende ehemalige Spitzenfunktionäre wie Erich Honecker, Willy Stoph, Erich Mielke, Horst Sindermann, Alexander Schalck-Golodkowski und andere wurden aus der Partei ausgeschlossen, später leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen sie ein.[43]

Auf Vorschlag der Bürgerbewegungen trat am 7. Dezember 1989 erstmals ein Zentraler Runder Tisch zusammen, dessen Einberufung mehr als nur einen symbolischen Sieg der Opposition bedeutete.[44] Vertreter der Bürgerbewegung hatten endlich Gelegenheit, den Verlauf des notwendigen Demokratisierungsprozesses mitzubestimmen und zu kontrollieren. Der Zentrale Runde Tisch tagte insgesamt 16 Mal, seine letzte Sitzung fand am 12. März 1990 statt. Sein großes Vorbild war der Runde Tisch in Polen, der einen politischen Dialog mit den alten Machthabern zur Vorbereitung demokratischer Wahlen und damit eine legale Machtübernahme durch neue politische Kräfte ermöglicht hatte.[45]

Am Zentralen Runden Tisch versammelten sich 19 Vertreter oppositioneller Gruppierungen und neuer Parteien[46] sowie 19 Vertreter der in der Volkskammer vertretenen Parteien und Massenorganisationen[47], Kirchenvertreter moderierten die Gespräche.[48] Die Teilnehmer stellten in ihrer ersten Sitzung klar, dass der „Rundtisch keine parlamentarische oder Regierungsfunktion ausüben“ könne. Er wolle Vorschläge zur Überwindung der politischen Krise erarbeiten und verstehe sich „als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle in unserem Land“.

41 Neubert (1997), Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 877ff.

42 Die Modrow-Regierung hatte 28 Mitglieder, 17 von ihnen gehörten der SED an.

43 Siehe: Fahnenschmidt (2000), DDR-Funktionäre vor Gericht. Die Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption im letzten Jahr der DDR und nach der Vereinigung.

44 Neben dem Zentralen Runden Tisch in Berlin arbeiteten fünfzehn Runde Tische in den Bezirken, mehr als 200 Runde Tische in den Kreisen sowie zahllose lokale und thematische Runde Tische. Siehe: Weil (2011), Verhandelte Demokratisierung, S. 13.

45 Der Runde Tisch in Polen tagte vom 6. Februar bis 5. April 1989 und hatte Modell- und Symbolcharakter für den Demokratisierungsprozess in mehreren osteuropäischen Ländern.

46 Neues Forum, SDP/SPD, Demokratischer Aufbruch, Demokratie Jetzt, Grüne Partei, Grüne Liga, Initiative Frieden und Menschenrechte, Unabhängiger Frauenverband, Vereinigte Linke.

47 SED/PDS, NDPD, DBD, LDPD, FDGB, CDU, VdgB und ein Vertreter des sorbischen Runden Tisches (ohne Stimme). Die Blockparteien hatten inzwischen die Mitgliedschaft im „Demokratischen Block“ aufgekündigt. Die CDU (Ost) nutzte die Arbeit am Runden Tisch, um sich von der SED-PDS zu distanzieren und ein eigenständiges politisches Profil zu entwickeln. Siehe: Süß (2011), Zentraler Runder Tisch und alte Parteien, S. 147-155.

48 Der ersten Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 7. Dezember 1989 waren seit 4. Oktober 1989 wöchentliche Treffen einer „Kontaktgruppe“ vorausgegangen. Dieser Kontaktgruppe gehörten Vertreter jener Gruppierungen an, die in Anschluss an die „Gemeinsame Erklärung“ vom 4. Oktober „Möglichkeiten gemeinsamen politischen Handels“ ausloteten. Siehe: Lindner (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, S. 78.

Geplant sei, seine Tätigkeit „bis zur Durchführung freier, demokratischer und geheimer Wahlen fortzusetzen“.[49] Den Bürgerrechtlern war bewusst, nicht durch freie und geheime Wahlen legitimiert zu sein. Aber sie wollten die Vorbereitung demokratischer Wahlen keinesfalls den alten Kräften allein überlassen, die ja ebenfalls kein Mandat durch freie und geheime Wahlen hatten. Der Runde Tisch war ein Instrument der Selbstbefreiung, er hatte die Aufgabe, das zentralistische Machtmonopol der SED und ihres Staatssicherheitsdienstes aufzubrechen und demokratische Willensbildung zu ermöglichen – und zwar in einem dialogischen, gewaltfreien Verfahren.
Über die Verhandlungen am Runden Tisch versuchten die Bürgerrechtsgruppen Kontrolle über das Handeln der Regierung zu bekommen. Sie forderten Informationen über die tatsächliche Lage im Land ein und bestanden darauf, über wichtige Gesetzesvorhaben informiert zu werden, bevor diese von der Regierung in die Volkskammer eingebracht wurden.

Bereits in seiner ersten Sitzung befasste sich der Runde Tisch mit der Vorbereitung freier Wahlen, legte einen Wahltermin fest (6. Mai 1990) und beauftragte eine Arbeitsgruppe mit der Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs.
Ein zentrales Verhandlungsthema war die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes. Ministerpräsident Modrow hatte ihn am 17. November 1989 in das Amt für Nationale Sicherheit überführt, was aus Sicht der Bürgerrechtler einer bloßen Umbenennung gleichkam. Am 7. Dezember forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit unter ziviler Kontrolle, doch die Modrow-Regierung entschied, den gesamten Sicherheitsbereich neu zu organisieren. Sie wollte das Amt formal auflösen und es durch einen „Nachrichtendienst“ und einen „Verfassungsschutz“ ersetzen. Der Runde Tisch kritisierte das Vorhaben heftig und beharrte weiter auf Offenlegung der MfS-Strukturen.
Am 11. Januar 1990 demonstrierten etwa 20.000 Menschen vor der Volkskammer gegen das MfS und sein Nachfolgeamt sowie gegen die geplanten Neugründungen. Einen Tag später erklärte Ministerpräsident Modrow, auf jegliche Nachfolgeorganisationen für das MfS zu verzichten.
Für den 15. Januar 1990 hatte das Neue Forum zu einer Demonstration vor der noch immer funktionstüchtigen Geheimdienst-Zentrale in der Berliner Normannenstraße aufgerufen. Zehntausende Menschen folgten diesem Aufruf und besetzten mehrere Gebäude.[50] Noch in der Nacht konstituierte sich nun auch in Ost-Berlin ein Bürgerkomitee zur Auflösung des Geheimdienstes und zur Sicherung der noch nicht vernichteten Unterlagen, Berichte und Beweismittel.[51]

49 Siehe: Thaysen (1990), Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? S. 50f.

50 Die Demonstranten gelangten in mehrere Gebäude, aber nicht in Führungsbereiche. Kowalczuk (2009), S. 512f.

51 Seit dem 4. Dezember besetzten Bürger Bezirks- und Kreisämter des Amtes für Nationale Sicherheit, z.B. in Erfurt, Leipzig, Suhl und Rostock. Sie wollten verhindern, dass Geheimdienstmitarbeiter Beweismaterial vernichten, was aber nur zum Teil gelang. Auch in den kommenden Monaten wurden MfS-Akten in großem Umfang vernichtet, zum Teil sogar mit Zustimmung des Zentralen Runden Tisches. So konnte sich die „Hauptverwaltung Aufklärung“ des MfS bis zum 30. Juni 1990 weitgehend selbst auflösen und Akten schreddern. Außerdem wurden alle MfS-Magnetbandspeicher physisch zerstört. Kowalczuk (2009), S. 515ff.

Im Januar 1990 verschärfte sich die innenpolitische Lage im Land, die Modrow-Regierung konnte die Problemfülle kaum noch bewältigen. Noch immer reisten täglich tausende Menschen in die Bundesrepublik aus, es drohten Versorgungsnöte und soziale Spannungen. Diese schwierige Situation nahm der Zentrale Runde Tisch am 28. Januar zum Anlass, den geplanten Termin für die Volkskammerwahlen vom 6. Mai auf den 18. März 1990 vorzuziehen. Außerdem entsprach das Gremium dem Wunsch von Ministerpräsident Modrow, eine „Regierung der Nationalen Verantwortung" zu bilden.[52] Die am Zentralen Runden Tisch vertretenen Oppositionsgruppen entsandten ab 5. Februar 1990 acht Vertreter in Modrows Kabinett, wo sie als Minister ohne Geschäftsbereich Sitz und Stimme im Ministerrat erhielten.[53]

Diese Entscheidung war nicht unumstritten, bedeutete doch die Einbindung der Opposition in die Regierungsarbeit eine Aufwertung des Modrow-Kabinetts. Die neuen Minister repräsentierten eine Politik, die sie weder zu verantworten hatten, noch beeinflussen konnten.[54]

Im Ergebnis ist es dem Zentralen Runden Tisch gelungen, den Demokratisierungsprozess voranzutreiben und unumkehrbar zu machen sowie die repressiven Strukturen des SED-Staates zu zerschlagen. Zudem hat er die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Ostdeutschen erstmals nach knapp sechs Jahrzehnten und zwei Diktaturen an freien demokratischen Wahlen teilnehmen können.

Die Wahl zur 10. Volkskammer am 18. März 1990 markierte im Kalender der Friedlichen Revolution eine Zäsur: Sie beendete die revolutionäre Phase und eröffnete die parlamentarische.

Das Ergebnis der ersten freien und zugleich letzten Volkskammerwahl war ein klares Votum für die möglichst rasche Wiederherstellung der Deutschen Einheit und die zügige Einführung der sozialen Marktwirtschaft. Der 3. Oktober 1990, der Tag der Deutschen Einheit, setzte den Schlusspunkt unter die Friedliche Revolution. Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärte an diesem Tag, dass die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung vollendet werde, so wie es das Grundgesetz beschrieben habe. In seiner Festrede beim Staatsakt würdigte er die Selbstbefreiung der Ostdeutschen: „'Wir sind das Volk!', mit diesen vier einfachen und großen Worten wurde ein ganzes System erschüttert und zu Fall gebracht. In diesen Worten verkörperte sich der Wille der Menschen, das Gemeinwesen, die res publica, selbst in die Hand zu nehmen. So wurde die Friedliche Revolution in Deutschland wahrhaft republikanisch. Dass sie nach beinahe sechzig Jahren bitterer Unterdrückung erfolgte, macht sie nur um so erstaunlicher und glaubwürdiger. Demokraten hatten sich zusammengefunden, mit dem Ziel der Freiheit und der Solidarität, beides in einem ein Auftrag für uns alle."[55]

52 Thaysen spricht hier von „einer Art ‚kategorischem Imperativ' des Mitmachens". „Der ‚Nötigung', um der Gewaltfreiheit und der Existenzsicherung willen Mitverantwortung und also auch Mithaftung zu übernehmen, waren alle, war jeder leicht auszusetzen. Die situationsbedingte Variante dieser Nötigung lautete jetzt: Entweder vorgezogene Wahlen, oder wir erleben über-haupt keine Wahlen; entweder wir gehen alle in die Regierung, oder wir gehen gemeinsam unter!"
Siehe: Thaysen (1990), Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? S. 93.

53 Siehe: Weil (2014), Die Runden Tische in der DDR 1989/90, S. 59f.

54 Am 13./14. Februar 1990 weilte Ministerpräsident Modrow mit seinem Kabinett in Bonn, wo er – auch legitimiert vom Zentralen Runden Tisch – um eine Solidarhilfe von 10-15 Milliarden DM bat. Bundeskanzler Kohl lehnte diese Forderung ab, um nicht den Wahlkampf von Hans Modrow und der SED-PDS zu unterstützen.
Siehe: Kowalczuk (2009), Endspiel, S. 523ff.; Thaysen (1990), Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb des Volk? S. 139f.

55 Weizsäcker (1990), Ansprache des Bundespräsidenten beim Staatsakt zum „Tag der Deutschen Einheit" am 3. Oktober 1990, http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1990/10/19901003_Rede.html (Stand: 20. April 2020).

Literaturverzeichnis[56]

Ahbe, Thomas (2014), Und wenn sie auf uns schießen?, in DIE ZEIT, 42/2014, vom 9. Oktober 2014, S. 7.
Link: http://www.zeit.de/2014/42/montagsdemo-leipzig-ddr (Stand: 20. April 2020).

Bingen, Dieter (2009), Polen als Vorreiter des Umbruchs.
Link: http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutsch-polnische-beziehungen/39757/polen-als-vorreiter-des-umbruchs?p=1 (Stand: 20. April 2020).

Brandt, Willy (1989), Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin am 10. November 1989.
Link: https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2017/08/Rede_Willy_Brandt_Rathaus_Schoeneberg_1989.pdf (Stand: 20. April 2020).

Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hrsg.), „Leipzig".
Link: www.jugendopposition.de/index.php?id=214 (Stand: 20. April 2020).

Bundeszentrale für politische Bildung und Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (Hrsg.), „Republikflucht".
Link: www.jugendopposition.de/index.php?id=4798 (Stand: 20. April 2020).

Chorgesang im Bundestag am 9. November 1989.
Link: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/kw45_mauerfall/337756 (Stand: 20. April 2020).

Fahnenschmidt, Willi (2000), DDR-Funktionäre vor Gericht. Die Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption im letzten Jahr der DDR und nach der Vereinigung. Berlin: Verlag Arno Spitz.

Gehler, Michael (2009), Die Umsturzbewegungen 1989 in Mittel- und Osteuropa, http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43728/die-umsturzbewegungen-1989?p=all (Stand: 20. April 2020).

Gemeinsame Erklärung der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, des Demokratischen Aufbruchs, der Gruppe Demokrati-scher Sozialistinnen, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR, des Neuen Forums, sowie Vertretern von Friedenskreisen vom 4. Oktober 1989, abgedruckt in: Lindner, Bernd (2010), S. 78.

Hertle, Hans-Hermann (1995), Der 9. November 1989 in Berlin, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enque-te-Kommission, Bd. VII/1: Widerstand, Opposition, Revolution, Frankfurt: Nomos Verlagsgesellschaft.

Honecker, Erich (1989), Sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt, in: Neues Deutschland vom 2. Oktober 1989, abge-druckt in: Judt, Matthias (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltags-zeugnisse, Berlin: Christoph Links Verlag.

Initiative Frieden und Menschenrechte, Aufruf vom 18. März 1989.
Link: http://www.ddr89.de/ddr89/ifm/IFM22.html (Stand: 20. April 2020).

Kohl, Helmut (1989), Rede vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin am 10. November 1989.
Link: https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kundgebung-vor-dem-schoeneberger-rathaus-468762 (Stand: 20. April 2020).

Kowalczuk, Ilko-Sascha (2009), Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München: Verlag C. H. Beck.

Lindner, Bernd (2014), Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche, in: Aus Politik und Zeitge-schichte, 64. Jahrgang, 24-26/2014, S. 33-39.
Link: http://www.bpb.de/apuz/185602/begriffsgeschichte-der-friedlichen-revolution-eine-spurensuche?p=all (Stand: 20. April 2020).

56 Das Verzeichnis führt nur die im Text zitierte Literatur auf.

Lindner, Bernd (2010), Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Loest, Erich (1995), Nikolaikirche, Leipzig: Linden-Verlag.

Lutz, Günter (1989), Leserbriefs des Kommandeurs einer Kampfgruppeneinheit vom 6. Oktober 1989, abgedruckt in Lindner (2010).

Maizière, Lothar de (2014), Interview mit dem Deutschlandfunk am 2. November 2014. Link: http://www.deutschlandfunk.de/lothar-de-maiziere-die-mauer-ist-wegdemonstriert-worden.868.de.html?dram:article_id=302025 (Stand: 20. April 2020).

Neubert, Erhard (1999), Die Opposition im Jahre 1989 – ein Überblick, in: Kuhrt, Eberhard in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig (Hrsg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen: Leske und Buderich. Neubert, Erhardt (1997), Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin: Christoph Links Verlag.

Niemetz, Daniel (2014), Einen neuen „17. Juni“ verhindern. Volkspolizei-Bereitschaften und „Kampfgruppen der Arbei-terklasse“ im Herbst 1989, in: Rüdiger Wenzke (Hrsg.): „Damit hatten wir die Initiative verloren“ Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90, Berlin: Christoph Links Verlag.

Ritter, Jürgen, Lapp, Peter Joachim (1997): Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, Berlin: Christoph Links Verlag.

Rother, Bernd (o.J.): „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ – Oder: Warum Historiker Rundfunkarchive nutzen sollten. Link: https://willy-brandt.de/wp-content/uploads/heft_08_waechst_zusammen.pdf (Stand: 20. April 2020).

Satjukov, Silke (2008): Der düstere Feind, Zeit Online. Link: http://www.zeit.de/2008/16/A-Besatzer (Stand: 20. April 2020).

Schneider, Wolfgang; Lindner, Bernd (1990), Leipziger Demontagebuch: Demo – Montag – Tagebuch, Leipzig, Weimar: Gustav Kiepenheuer Verlag.

Schwabe, Uwe (1998), „Symbol der Befreiung“. Die Friedensgebete in Leipzig. Link: http://www.archiv-buergerbewegung.de/images/stories/pdf/fg-schwabe.pdf (Stand: 20. April 2020).

Sindermann, Horst (1990), Wir sind keine Helden gewesen, Interview mit dem Spiegel, 7. Mai 1990. Link: http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498194.html (Stand: 20. April 2020).

Süß, Walter (2011), Zentraler Runder Tisch und alte Parteien, in: Gutzeit, Martin; Heidemeyer, Helge; Tüffers, Bettina (Hrsg.): Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/1990, Düsseldorf: Droste Verlag.

Thaysen, Uwe (1990), Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen: West-deutscher Verlag.

Thierse, Wolfgang (2005), Rede am 9. Oktober 2005 in der Nikolaikirche Leipzig. Link: http://www.thierse.de/reden-und-texte/reden/rede-leipziger-nikolaikirche-2004/ (Stand: 20. April 2020).

Weil, Francesca (2014), Die Runden Tische in der DDR 1989/90, Berlin: Bundesstiftung Aufarbeitung.

Weil, Francesca (2011), Verhandelte Demokratisierung. Die Runden Tische der Bezirke 1989/90 in der DDR, Göttingen: V&R unipress.

Weizsäcker, Richard von (1990), Ansprache des Bundespräsidenten beim Staatsakt zum „Tag der deutschen Einheit“ am 3. Oktober 1990. Link: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1990/10/19901003_Rede.html (Stand: 20. April 2020).

WAHL '90

am 18. März 1990 zur Volkskammer

400 Abgeordnete der Volkskammer werden über Listen von Parteien, politischen Vereinigungen oder Listenvereinigungen gewählt.

•

Die Wähler dürfen nur mit **einem** Kreuz die Liste ihrer Wahl kennzeichnen.

•

Die Wahl ist geheim. Es besteht die **Pflicht** zur Benutzung der Wahlkabine.

•

Wer sich am Wahltag nicht an seinem Hauptwohnsitz aufhält, kann beim zuständigen Rat einen Wahlschein beantragen. Er darf dazu einen Vertreter bevollmächtigen. Mit dem Wahlschein darf sie/er in jedem Stimmbezirk der DDR an der Wahl teilnehmen.

•

Die Wahllokale sind von 7.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet, in Ausnahmefällen ab 5.00 Uhr.

•

Die Auszählung der Stimmen erfolgt ab 18.00 Uhr **öffentlich**.

Nutzen Sie die Chance, mit Ihrer Stimme die Liste Ihres Vertrauens zu wählen und bei der öffentlichen Auszählung anwesend zu sein!

Wahlkommission der DDR

Auf dem Weg zur Deutschen Einheit: Die Arbeit der Parlamente

Die einzige frei gewählte Volkskammer der DDR[1]

Mit den ersten freien DDR-Volkskammerwahlen am 18. März 1990 gelang gut vier Monate nach dem Fall der Berliner Mauer der friedliche Machtwechsel zu einer parlamentarischen Demokratie. Die ursprünglich auf Mai terminierte Wahl war wegen der wachsenden Unruhe in der Bevölkerung vorgezogen worden. Die Wahlbeteiligung betrug 93,4 Prozent. Als Siegerin ging – entgegen den Voraussagen der Demoskopen – mit 48 Prozent die Allianz für Deutschland hervor, die sich aus der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA) zusammensetzte. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) kam auf 21,9 Prozent. Es folgten die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) mit 16,4 Prozent, der Bund Freier Demokraten mit 5,3 Prozent und Bündnis 90 mit 2,9 Prozent.
Bei der nach einem reinen Verhältniswahlrecht ohne Sperrklauseln durchgeführten Wahl bekamen zudem fünf weitere Parteien bzw. Listenverbindungen Mandate in der Volkskammer. Am 12. April 1990 wählte die Volkskammer den CDU-Politiker Lothar de Maizière zum ersten demokratisch legitimierten DDR-Ministerpräsidenten.
Der Wahlausgang vom 18. März 1990 wurde als deutliches Votum der Bevölkerung für einen schnell zu vollziehenden deutschen Einigungsprozess gewertet. Drei Viertel der Stimmen waren auf Parteien entfallen, die einen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes befürworteten. Dagegen war das Wahlergebnis für zuvor maßgebliche Akteure der Friedlichen Revolution enttäuschend: Lediglich sechs Prozent der Stimmen waren auf Parteien und Gruppen entfallen, die aus der oppositionellen Bürgerbewegung hervorgegangen waren. Nur 2,9 Prozent der Wähler stimmten für das Bündnis 90, den Zusammenschluss von Neuem Forum, Demokratie Jetzt und der Initiative Frieden und Menschenrechte.
In den kommenden sechs Monaten bewältigten die neu gewählten 409 Abgeordneten ein beeindruckendes Arbeitspensum. Obwohl sie zunächst weder über ausreichende Büroausstattungen verfügten noch von einer funktionierenden Parlamentsverwaltung unterstützt wurden, hielten sie 38 Sitzungen ab. Sie berieten und verabschiedeten dabei 164 Gesetze und 93 Beschlüsse. In dem Wiedervereinigungsprozess sorgten die Abgeordneten dafür, dass die Perspektiven und Interessen der ostdeutschen Bevölkerung bei den Beratungen eingebracht und vertreten wurden. Zu den wichtigsten Gesetzen gehörten:

- das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Juni 1990.
- das Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990, mit dem die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gebildet wurden. Damit war eine wichtige Voraussetzung für einen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes geschaffen.
- das Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit vom 24. August 1990.
- das Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 20. September 1990, der auf mehr als 900 Seiten die Modalitäten des Beitritts der DDR regelte.

1 Aktueller Begriff der Wissenschaftlichen Dienste vom 11. März 2015 – Autorin: Natalie Weis

Zwar gab es ein spannungsgeladenes Verhältnis zwischen den meisten Parteien und Bürgerbewegungen und der ehemaligen SED, die bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 unter ihrem neuen Namen PDS - Partei des Demokratischen Sozialismus angetreten war. Doch zeichneten sich die Abgeordneten der Volkskammer durch ein stark ausgeprägtes Bestreben zum parteiübergreifenden Konsens aus. Bundestagspräsident Norbert Lammert würdigte anlässlich des 20. Jahrestages der Volkskammerwahl das erste und einzige frei gewählte Parlament der DDR: „Die 10. Volkskammer ist sicher nicht nur eines der fleißigsten, sondern auch eines der wirkungsmächtigsten Parlamente in der deutschen Demokratie- und Parlamentarismusgeschichte gewesen. (…) Dass die Abgeordneten dabei um Dialog und Konsens bemüht waren, erschien westlichen Beobachtern oft als ungewöhnlich.“

Die Abgeordneten der Volkskammer ließen keineswegs alle Vorlagen der Regierung unverändert passieren. So ergänzten sie den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR um ein Staatsziel, den Schutz der Umwelt. Selbstbewusst schalteten sie sich in die Regierungsverhandlungen zur Übernahme des Stasi-Unterlagen-Gesetzes in den Einigungsvertrag ein. Dabei setzten sie eine Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag durch, nach der der Deutsche Bundestag nach der Wiedervereinigung ein Gesetz zum Umgang mit den Stasi-Akten schaffen und einen „Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR“ einsetzen sollte.
In einer Sondersitzung in der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990 beschloss die Volkskammer mit 294 Stimmen, bei 62 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen, den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 GG zum 3. Oktober 1990. Am 2. Oktober 1990 fand die letzte Sitzung der Volkskammer statt. Am 4. Oktober trat der Deutsche Bundestag erstmals als gesamtdeutsches Parlament im Reichstagsgebäude in Berlin zusammen. Unter den Abgeordneten waren 144 vormalige Mitglieder der Volkskammer. Diese im Einigungsvertrag festgehaltene Regelung galt nur bis zur Konstituierung eines neuen Bundestages, für den Wahlen auf den 2. Dezember 1990 anberaumt waren.

Quellen: Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009. Trampe, Andreas: 25 Jahre Friedliche Revolution in der DDR. Die Selbstbefreiung der Ostdeutschen von der Diktatur. Infobrief WD 1 – 3010 – 160/14 vom 4. November 2014 http://www.bundestag.btg/ButagVerw/W/Ausarbeitungen/Einzelpublikationen/Ablage/2014/25_Jahre_Friedli_1415365826.pdf
Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt/Main, 1999

Wahlkundgebung der „Allianz für Deutschland“: Die spätere Wahlsiegerin setzte sich aus der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA) zusammen.

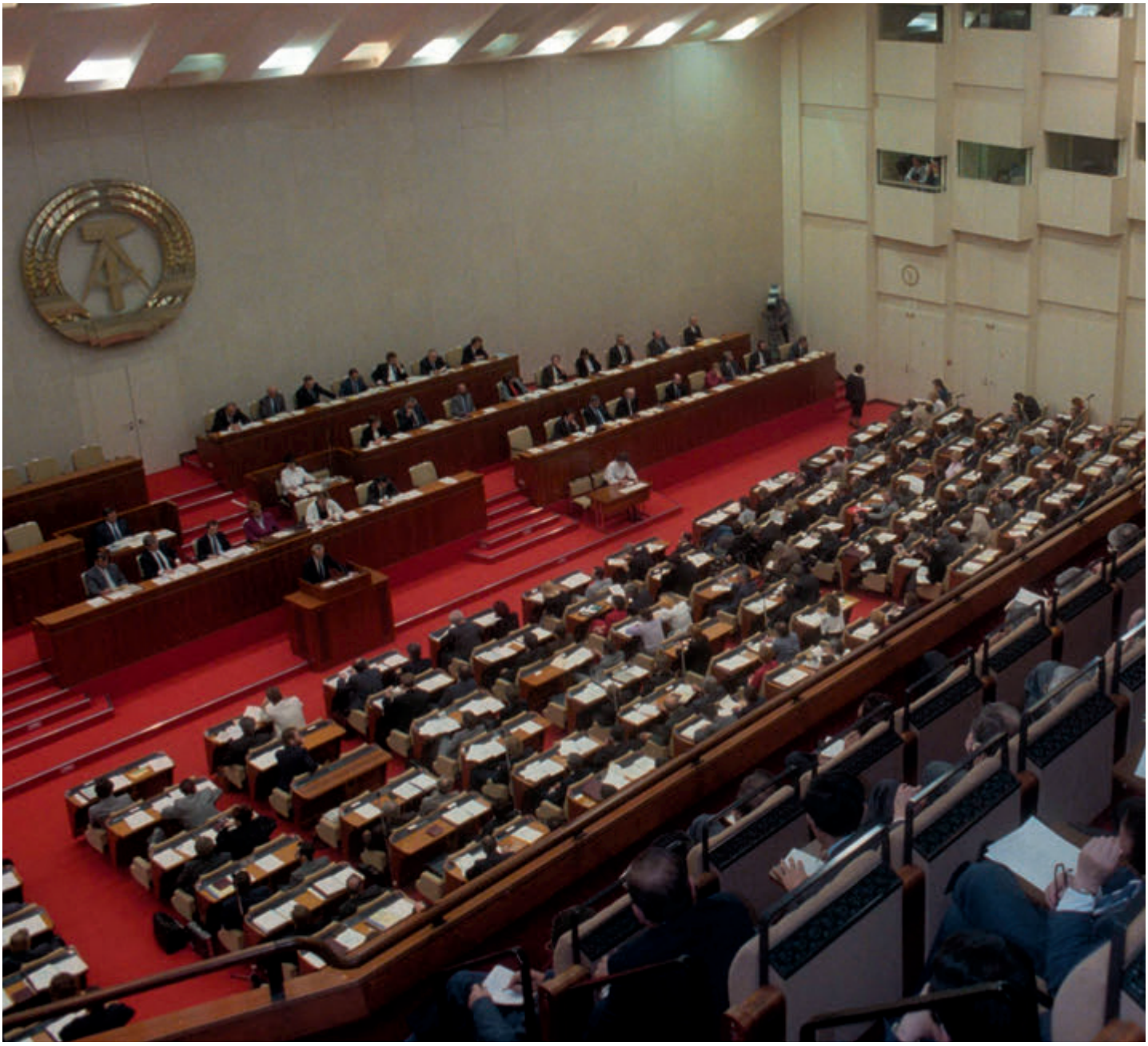
Seite 30: Plakat zur ersten und einzigen freien Volkskammerwahl am 18. März 1990.

Parlamentarische Leistungsbilanz der 10. Volkskammer[2]

Mit den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 änderte sich der Charakter des Parlamentes der Deutschen Demokratischen Republik grundlegend: War die Volkskammer unter der SED-Diktatur ein Scheinparlament gewesen, das bis zur Friedlichen Revolution im Herbst 1989 mit nur einer einzigen Ausnahme einstimmig die Entscheidungen der Partei- und Staatsführung nachvollzogen hatte, so wandelte sie sich nun zu einer demokratischen Volksvertretung, die mit einem enormen Arbeitspensum den Weg zur deutschen Einheit gestaltete.
Als sich die 10. Volkskammer am 5. April 1990 im „Palast der Republik“ konstituierte und die CDU-Abgeordnete Sabine Bergmann-Pohl zu ihrer Präsidentin wählte, fand sie eine parlamentarische Infrastruktur vor, die gemessen an ihrer neuen Funktion als zentrales Organ der Legislative vollkommen unzureichend war. Bis zur Friedlichen Revolution hatten sich die Volkskammerabgeordneten, die ihr Mandat ehrenamtlich ausübten, nur zwei- bis dreimal im Jahr zu Plenartagungen zusammengefunden. Eine Parlamentsverwaltung, die die Abgeordneten bei ihrer parlamentarischen Arbeit unterstützte, war unter der SED-Diktatur entbehrlich und nur für die Bereiche eingerichtet worden, in denen die Volkskammer repräsentative Pflichten zu erfüllen hatte.

Bei der Konzeption des „Palastes der Republik“ hatte man in den 1970er Jahren zudem die Idee eines Kulturhauses zugrunde gelegt, das sowohl die Funktionen eines öffentlichen Volks- als auch eines repräsentativen Staatspalastes erfüllen sollte. Dementsprechend stand der Volkskammer nur ein Teil des Gebäudes zur Verfügung. Im anderen Teil waren ein Theater, eine Bowlingbahn und eine Reihe gastronomischer Einrichtungen untergebracht worden. Die Volkskammerabgeordneten konnten im „Palast der Republik“ nur eine sehr geringe Anzahl von Funktionsräumen nutzen. Eigene Büros waren für sie nicht eingerichtet worden. Lediglich der Präsident der Volkskammer konnte über ein Arbeitszimmer verfügen. Um der Raumnot abzuhelfen, übernahm die frei gewählte Volkskammer zum 1. April 1990 große Teile des Hauses des SED-Zentralkomitees. Doch auch nach der Erweiterung der Räumlichkeiten mussten sich die Abgeordneten und ihre persönlichen Mitarbeiter ein Büro teilen.

2 Aktueller Begriff der Wissenschaftlichen Dienste vom 15. März 2010 – Autor: Stefan Schmidt



Die Abgeordneten der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer absolvieren in nur sechs Monaten ein enormes Arbeitspensum: In 38 Sitzungen beraten und verabschieden sie mehr als 150 Gesetze und knapp 100 Beschlüsse.

Um Wohnungen für die Parlamentarier zu schaffen, die zu den Sitzungen der Volkskammer nach Berlin anreisten, wurde ein Wohnheim des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg als Abgeordnetenhotel eingerichtet. Anfänglich teilten sich in ihm zwei Abgeordnete ein Zimmer. Trotz dieser widrigen Arbeitsbedingungen haben die Abgeordneten der 10. Volkskammer ein enormes Arbeitspensum absolviert. Insgesamt kam die frei gewählte Volkskammer zu 38 Sitzungen zusammen, die nahezu vollständig durch das Fernsehen und den Hörfunk übertragen wurden. Die längste Tagung war die 37. Volkskammersitzung, die um 7.10 Uhr begann und um 23.30 Uhr endete. In ihrer nur sechsmonatigen Legislaturperiode verabschiedete die 10. Volkskammer mehr als 150 Gesetze und fasste rund 100 Beschlüsse. Zu ihnen gehörten am 17. Juni 1990 die neuen Verfassungsgrundsätze der DDR, mit denen die sozialistischen Elemente der alten Verfassung außer Kraft gesetzt wurden und sich die DDR als „freiheitlicher, demokratischer, sozialer und ökologischer Rechtsstaat“ konstituierte; am 21. Juni 1990 das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, mit dem die DDR das währungs-, wirtschafts- und sozialpolitische System der BRD übernahm; am 22. Juli 1990 das Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik, mit dem die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gebildet wurden; am 24. August 1990 das „Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit“; und am 20. September 1990 das Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands, der auf rund 1000 Seiten die Modalitäten des Beitritts der DDR regelte. In einer Sondersitzung in der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990 beschloss die Volkskammer mit 294 Stimmen, bei 62 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 GG zum 3. Oktober 1990.
Im parlamentarischen Verfahren lehnte sich die 10. Volkskammer eng an den Deutschen Bundestag an. Sieht man von dem spannungsreichen Verhältnis der Parteien und Bürgerbewegungen zur ehemaligen SED ab, die bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 unter ihrem neuen Namen „PDS - Partei des Demokratischen Sozialismus“ angetreten war und 16,4 Prozent der Stimmen errungen hatte, so zeichnete sich die Volkskammer durch ein stark ausgeprägtes Bestreben zum parteiübergreifenden Konsens aus. Falls es ihr erforderlich schien, stellte die Volkskammer auch ihre Eigenständigkeit gegenüber der Regierung unter Lothar de Maizière (CDU) selbstbewusst unter Beweis. So verabschiedete sie im Gegensatz zu dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR ein Gesetz, das auch den Schutz der Umwelt zum Staatsziel erhob. Aufmerksam verfolgte die Volkskammer zudem die Verhandlungen der Regierungen der BRD und DDR zur Übernahme des Stasi-Unterlagen-Gesetzes in den Einigungsvertrag und setzte schließlich eine Zusatzvereinbarung durch, mit der eine weitgehende Bindung des künftigen gesamtdeutschen Gesetzgebers an die Grundsätze des Volkskammergesetzes gewährleistet werden sollte.

Quellen: Peters, Gunnar, Ungleiche Parlamente – 11. Bundestag und 10. Volkskammer (1990), in: Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung 6 (2009), S. 69–85.
Rödder, Andreas, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.

Die Ausschüsse „Deutsche Einheit“ in Bundestag und Volkskammer[3]

Nach der Friedlichen Revolution und den ersten freien Wahlen in der DDR kamen im Frühjahr und Sommer 1990 erstmals Abgeordnete aus Ost und West in zwei parallelen Ausschüssen zusammen, um gemeinsam den Prozess der Wiedervereinigung mitzugestalten. Jeweils 39 Volksvertreter berieten in knapp fünf Monaten vor dem 3. Oktober 1990 in den gleichnamigen Ausschüssen „Deutsche Einheit“ in der 10. Volkskammer und im 11. Deutschen Bundestag sowohl grundlegende Fragen als auch vertragliche Details zur bevorstehenden Wiedervereinigung.
Bereits zwei Wochen vor der Konstituierung des Ausschusses im Deutschen Bundestag am 11. Mai 1990 hatte die Volkskammer einen „Koordinierungsausschuss für Deutsche Einheit“ eingesetzt. Schließlich einigten sich die beiden Parlamentspräsidentinnen Sabine Bergmann-Pohl und Rita Süssmuth, jeweils gleich starke Ausschüsse in Ost und West zu bilden. Zudem übernahmen die Präsidentinnen den Vorsitz der Gremien, die prominent besetzt waren: Zu den Mitgliedern des Ost-Berliner Ausschusses gehörten unter anderem Günther Krause (CDU/DA), Reinhard Höppner (SPD), Gregor Gysi (PDS) und Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen). Im größten Ausschuss des 11. Deutschen Bundestages saßen unter anderem Alfred Dregger (CDU/CSU), Hans-Jochen Vogel (SPD), Otto Graf Lambsdorff (FDP) und Antje Vollmer (Die Grünen).

Als die Abgeordneten in Ost-Berlin und Bonn im Mai 1990 die Beratungen in den jetzt gleichnamigen Ausschüssen „Deutsche Einheit“ begannen, standen die Regierungsverhandlungen des ersten Staatsvertrages zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bereits kurz vor dem Abschluss. Mit dem Vertrag sollte die sozialistische Planwirtschaft der DDR von der sozialen Marktwirtschaft abgelöst und die D-Mark eingeführt werden. Der erste Staatsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sollte die anhaltende Massenabwanderung der DDR-Bürger in den Westen eindämmen und war zugleich ein wesentlicher Schritt zur Wiedervereinigung.
Bei der Sitzung des Volkskammer-Ausschusses am 9. Mai 1990 kritisierten die Abgeordneten ihre mangelnde Einbindung in die Verhandlungen. Man beschloss, für die nächsten Sitzungen Mitglieder der Regierung und Experten einzuladen, um weitere Informationen zum Stand der Vertragsberatungen zu erhalten. Auch in Bonn bemängelte die Opposition den Zeitdruck bei den Beratungen. Die Mitglieder des Bundestags-Ausschusses hörten in ihrer ersten Sitzung am 11. Mai 1990 Berichte von Kanzleramtschef Rudolf Seiters und Bundesbankchef Hans Tietmeyer. Die Regierung verwies auf den Druck der Ereignisse, der schnelles Handeln erfordere. Der Gesetzentwurf zum Staatsvertrag wurde zur Mitberatung an 19 Fachausschüsse des Bundestages überwiesen. In der Volkskammer gaben 23 mitberatende Ausschüsse ihr Votum ab.
Am 23. Mai 1990 kamen die Abgeordneten des Volkskammer- und Bundestagsausschusses zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung in Bonn zusammen. Bundeskanzler Helmut Kohl machte bei seiner Begrüßung der Ost-Berliner Abgeordneten deutlich, dass die Dynamik der Ereignisse auch ihn überrascht habe. Umso wichtiger sei nun die Einhaltung des Zeitplans.

3 Aktueller Begriff der Wissenschaftlichen Dienste vom 21. Mai 2015 – Autorin: Natalie Weis

Oben: Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth (CDU/CSU, Mitte) und Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl (CDU, rechts) haben jeweils den Vorsitz der Ausschüsse „Deutsche Einheit“ inne. Links die stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses Hertha Däubler-Gmelin (SPD).

Rechts: Jeweils 39 Abgeordnete aus Ost und West treffen sich am 23. Mai 1990 in Bonn zu der ersten gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse „Deutsche Einheit“.

In getrennten Sitzungen, die allein im Bonner Ausschuss insgesamt knapp 30 Stunden umfassten, beschäftigten sich die Abgeordneten mit den Details des Vertrages, bevor ihn beide Parlamente in Ost und West schließlich am 21. Juni 1990 jeweils mit großer Mehrheit verabschiedeten. Einen Tag zuvor hatten sich die Abgeordneten beider Ausschüsse in einer zweiten gemeinsamen Sitzung in Ost-Berlin auf einen Entschließungsentwurf zur Garantie der polnischen Westgrenze geeinigt. Bei der Sitzung hatten die Parlamentarier intensiv den Wortlaut der Entschließung diskutiert, die die „Unverletzlichkeit der (…) Grenze jetzt und in der Zukunft“ festhielt. Erstmals seit der Teilung Deutschlands hatten Volksvertreter aus Ost und West einen gleichlautenden Beschluss erarbeitet, der von beiden Parlamenten mit großer Mehrheit verabschiedet wurde.
Von Juli bis September 1990 tagten die Ausschüsse „Deutsche Einheit“ trotz der parlamentarischen Sommerpause jeweils zehn weitere Male, um sich – erneut unter großem Zeitdruck – mit den Gesetzentwürfen zum Wahlvertrag und dem Einigungsvertrag zu befassen. Nach langwierigen Verhandlungen einigte man sich nicht nur auf den 2. Dezember 1990 als Termin, sondern auch auf ein Gesetz, das auf die Besonderheiten der kleineren politischen Gruppierungen in der DDR Rücksicht nahm, ohne eine zu große Zersplitterung des künftigen Parlaments zuzulassen.

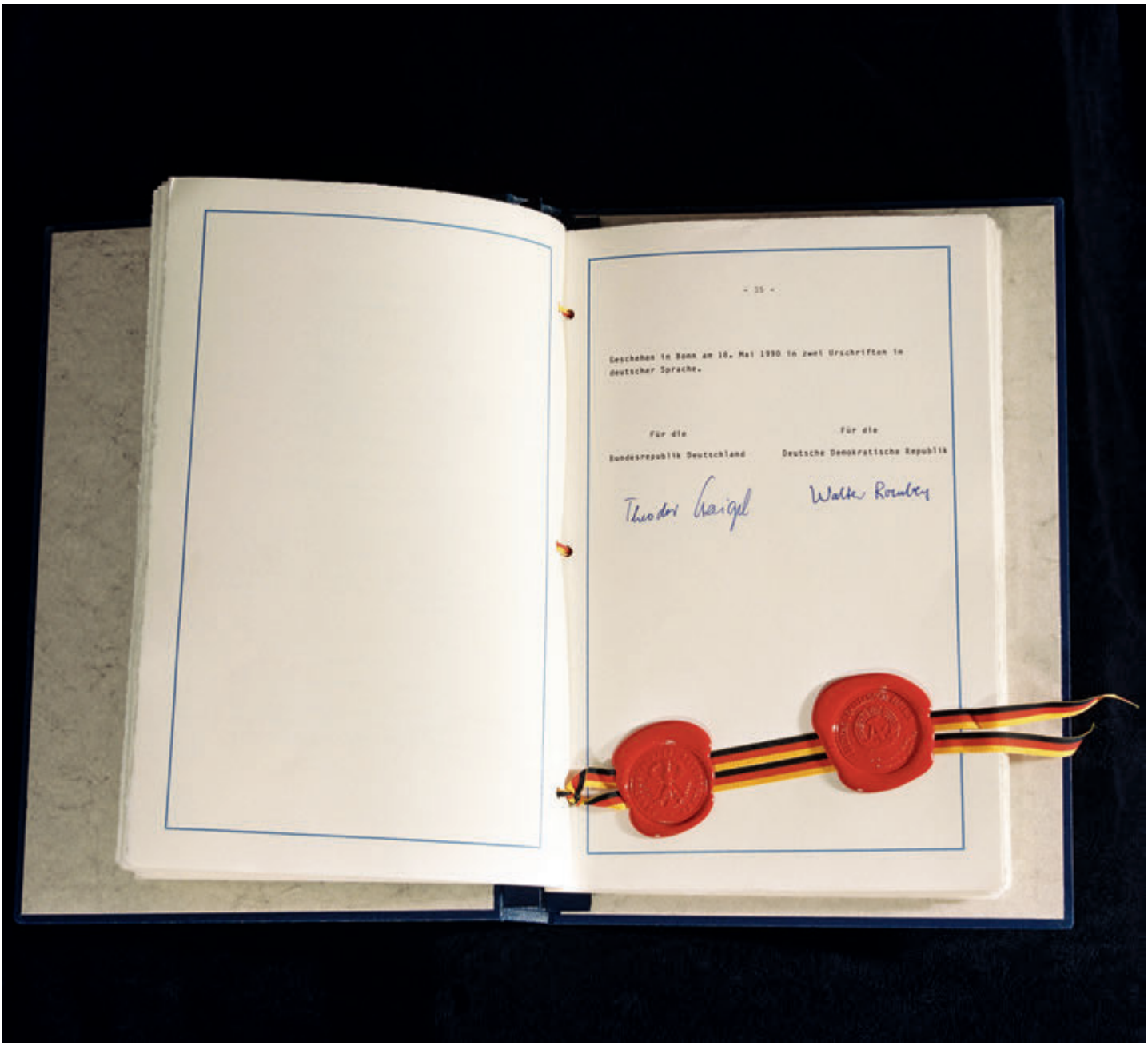
Die letzte große Aufgabe der Ausschüsse „Deutsche Einheit“ war die parlamentarische Beratung des Gesetzes zum Einigungsvertrag, der nach der wirtschaftlichen, sozialen und Währungseinheit nun auch den Übergang zu einer staatlichen Einheit gestalten sollte. Beide Ausschüsse hielten bereits während der Regierungsverhandlungen intensiven Kontakt zu den Verhandlungsführern in Ost und West. Die umfassende Bedeutung des Gesetzes machte die Mitberatung fast aller Ausschüsse in Bundestag und Volkskammer notwendig. Schließlich verabschiedeten beide Parlamente am 20. September 1990 mit großen Mehrheiten das Gesetz zum Einigungsvertrag. Während der Beratungen waren viele Änderungswünsche aufgegriffen worden. Letztlich umfasste das Vertragswerk 45 Artikel, drei umfangreiche Anlagen sowie eine ergänzende Vereinbarung vom 18. September 1990.
Die zeitgenössische Bewertung des Bundestagsausschusses war höchst unterschiedlich: Die Opposition nannte ihn bei der Einsetzung im Plenum am 10. Mai 1990 „ein parlamentarisches Planschbecken“, das zu spät eingesetzt worden sei und zu wenig Befugnisse habe. Die Regierung hingegen befand, der Ausschuss sei „weder ein Superausschuss noch ein Oberparlament“. Man müsse vielmehr „in den nächsten Wochen viel Arbeit unter enormem Zeitdruck leisten“. In der Presse wurde das Gremium als „parlamentarische Urzelle eines späteren gesamtdeutschen Gesetzgebers“ bezeichnet.
Eine wissenschaftlich fundierte Analyse der Arbeit der Ausschüsse „Deutsche Einheit“ steht noch aus. Nach vierzig Jahren Trennung trugen die Mitglieder der beiden Gremien jedoch zweifellos trotz aller Schwierigkeiten wesentlich dazu bei, den Prozess der Wiedervereinigung unter großem zeitlichen und politischen Druck parlamentarisch zu gestalten.

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 1. Juli 1990 – Entscheidender Schritt zur Deutschen Einheit [4]

Die am 1. Juli 1990 in Kraft getretene Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Mit diesem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wurde in der DDR nicht nur die D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel eingeführt, sondern auch die sozialistische Planwirtschaft durch die soziale Marktwirtschaft abgelöst. Die DDR übernahm außerdem das gesamte westdeutsche Sozial- und Rentensystem und große Teile des westdeutschen Rechtssystems. Zugleich entfielen die bisherigen Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze endgültig. Dieser Schritt beruhte vor allem auf politischen Erwägungen, denen Vorrang vor wirtschafts- und währungspolitischen Bedenken gegeben wurde. Bis heute ist die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion Gegenstand kontroverser Diskussionen.
Von Oktober 1989 bis Januar 1990 waren über 300.000 Menschen von der DDR in die Bundesrepublik Deutschland übergesiedelt. Im Januar 1990 wuchs der Strom der Übersiedler stark auf täglich mehr als 2.000 Menschen an. Bei einer Fortsetzung dieser Wanderungsbewegung drohte der DDR der Verlust vieler dringend benötigter Fachkräfte. Zudem zeichnete sich eine nur begrenzte Aufnahmekapazität der westdeutschen Gemeinden ab. Vor diesem Hintergrund beschloss die Bundesregierung am 7. Februar 1990, der DDR Verhandlungen über eine baldige Wirtschafts- und Währungsunion anzubieten. Kern war die Einführung der D-Mark. Dies entsprach der zunehmend geäußerten Forderung bei Demonstrationen in der DDR: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr." Die D-Mark wurde als Symbol für Wohlstand und Freiheit gesehen.
In seinem Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989 hatte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) noch eine schrittweise Annäherung mit konföderativen Strukturen angestrebt. Angesichts der dramatisch zugespitzten Lage schienen nunmehr aber auf Jahre angelegte wirtschaftliche Reformprozesse und Stufenpläne unrealistisch. Im Frühjahr 1990 rechnete die Bundesregierung allerdings noch damit, dass allein durch die anstehenden Verhandlungen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges eine bis zu zweijährige Übergangszeit von der Wirtschafts- und Währungsunion bis zur staatlichen Einheit notwendig sein würde.
Bei den vom 20. Februar bis zum 13. März 1990 geführten Expertengesprächen zur Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion, die später noch um eine Sozialunion erweitert wurde, gab es vor allem bei der Währungsumstellung unterschiedliche Auffassungen. Die DDR-Vertreter forderten eine 1:1-Umstellung der Geldbestände sowie der Löhne und Renten. Westdeutsche Experten befürchteten bei diesem Wechselverhältnis dagegen eine Inflation und den Zusammenbruch vieler DDR-Unternehmen, da dann die Lohnhöhe weit über der Produktivität läge. Auch nach der Volkskammerwahl in der DDR vom 18. März 1990 und der Bildung einer großen Koalition der siegreichen Allianz für Deutschland aus CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA) mit der SPD und dem Bund Freier Demokraten blieb diese Frage zwischen der

4 Aktueller Begriff der Wissenschaftlichen Dienste vom 22. Juni 2015 – Autor: Michael Haese

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU/CSU), Mitte, nimmt am 23. Mai 1990 an der gemeinsamen Beratung der Ausschüsse „Deutsche Einheit“ in Bonn teil.



Reproduktion der Unterschriftenseite des Vertrages über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, der zum 1. Juli 1990 in Kraft tritt.

Bundesregierung und der neuen DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) zunächst strittig. Der Zentralbankrat, das oberste Organ der Bundesbank, sprach sich Ende März 1990 für einen grundsätzlichen Wechselkurs von 2:1 aus, um das Inflationsrisiko für die D-Mark und das Arbeitsplatzrisiko für die DDR möglichst gering zu halten.
Am 25. April 1990 begannen die offiziellen Gespräche und Verhandlungen über den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der westdeutschen Delegation unter Leitung von Bundesbankdirektor Hans Tietmeyer und der DDR-Regierungskommission unter Leitung des Parlamentarischen Staatssekretärs Günther Krause (CDU). In fünf Gesprächsrunden bis zum 13. Mai 1990 sowie anschließenden Verhandlungen der Finanzminister und Regierungschefs wurde eine relativ schnelle Einigung auf den 38 Artikel umfassenden Staatsvertrag erreicht. Am 18. Mai 1990 wurde er von Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) und DDR-Finanzminister Walter Romberg (SPD) unterzeichnet. Am 21. Juni 1990 erfolgte die Verabschiedung im Deutschen Bundestag und der Volkskammer mit jeweils großer Mehrheit.
Bei der Währungsunion wurde eine Umstellung von Löhnen, Gehältern, Renten und Mieten im Verhältnis 1:1 vereinbart. Dieser Kurs galt mit einer Staffelung nach Alter auch für Bargeld und Guthaben: für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr 2.000 DDR-Mark, vom 15. bis zum vollendeten 59. Lebensjahr 4.000 DDR-Mark und für Personen vom 60. Lebensjahr an 6.000 DDR-Mark. Für Beträge oberhalb dieser Grenzen, Guthaben von Firmen mit Sitz in der DDR und Schulden wurde ein Tauschkurs von 2:1 festgelegt.

Die Wirtschaftsunion enthielt die Ausrichtung des Wirtschaftssystems der DDR auf Privateigentum, freie Preisbildung, die Privatisierung staatlicher Betriebe, die Abschaffung staatlicher Monopole und den Abbau staatlicher Subventionen. Die Sozialunion sah die Einführung der Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Unfallversicherung sowie der Sozialhilfe nach westdeutschem Muster vor. Auch die Tarifautonomie, die Mitbestimmung und der Kündigungsschutz wurden garantiert. Außerdem übernahm die Bundesrepublik Deutschland für eine Übergangszeit den Ausgleich des defizitären Staatshaushalts der DDR und sagte eine Anschubfinanzierung für die Renten- und Arbeitslosenversicherung zu.
Obwohl nach dem Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion viele DDR-Unternehmen sich nicht im Wettbewerb mit ihrer westdeutschen und internationalen Konkurrenz behaupten konnten, so sind doch die meisten Experten heute der Ansicht, dass es keine realistische politische Alternative gab. Auch wäre ein anderer Wechselkurs bei der Währungsumstellung von der Bevölkerung in der DDR wohl nicht akzeptiert worden. Die Zusammenführung unterschiedlicher Wirtschaftssysteme mit unterschiedlichen Währungen in kürzester Zeit erwies sich als schwierige Aufgabe, für die nicht auf frühere Erfahrungen zurückgegriffen werden konnte. Außerdem erschwerten fehlende, mangelhafte oder gefälschte Daten eine realistische Einschätzung der offensichtlich überbewerteten Wirtschaftskraft der DDR.

Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Juli 1990. Deutsche Bundesbank. Frankfurt am Main.
Grosser, Dieter. Verhandlungen zur Deutschen Einheit: Ökonomischer Prozeß. In: Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999. Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.). Bonn 1999. S. 804-817.
Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Internetseite der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Abrufbar unter http://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/ministerium-fuer-finanzen/wirtschafts-waehrungs-und-sozialunion/ (Stand: 15. Juni 2015)

Der Beitrittsbeschluss der Volkskammer vom 23. August 1990[5]

In der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990 beschloss die 10. DDR-Volkskammer in einer dramatischen Sondersitzung „den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990". Dabei ging die Volkskammer explizit davon aus, dass die Verhandlungen über den Einigungsvertrag bis dahin abgeschlossen und die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen geregelt seien sowie die Bildung der neuen Bundesländer soweit fortgeschritten sein würde, dass am 14. Oktober 1990 Landtagswahlen durchgeführt werden konnten.

Auseinandersetzungen über die Herstellung der Deutschen Einheit

Der Beitrittsbeschluss der letzten DDR-Volkskammer beschleunigte noch einmal die ohnehin schon seit Frühjahr 1990 in atemberaubendem Tempo voranschreitende Entwicklung in Richtung Deutsche Einheit. Spätestens die Volkskammerwahl vom 18. März 1990 hatte mit ihrem überragenden Wahlsieg für die Befürworter einer schnellen Vereinigung aller Welt klar vor Augen geführt, dass eine Wiedervereinigung der beiden 41 Jahre lang getrennten deutschen Staaten in greifbare Nähe gerückt war. Das Wahlergebnis bedeutete auch eine Vorentscheidung in der Frage über die staatsrechtliche Form der Wiedervereinigung: Die neuen Regierungsparteien sprachen sich in ihrer Koalitionsvereinbarung für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 GG aus, demzufolge das Grundgesetz in anderen Teilen Deutschlands nach deren Beitritt in Kraft zu setzen sei. Sie verwarfen damit den unter anderem von zahlreichen Bürgerrechtlern präferierten Vorschlag, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nach Artikel 146 GG, also erst mit Inkrafttreten einer vom gesamten deutschen Volk beschlossenen Verfassung, zu realisieren. In seiner ersten Regierungserklärung vor der Volkskammer führte der neu gewählte DDR-Ministerpräsident de Maizière (CDU) am 19. April 1990 aus: „Der Wählerauftrag, dem die Regierung verpflichtet ist, fordert die Herstellung der Einheit Deutschlands in einem ungeteilten, friedlichen Europa. Diese Forderung enthält Bedingungen hinsichtlich Tempo und Qualität. Die Einheit muss so schnell wie möglich kommen, aber ihre Rahmenbedingungen müssen so gut, so vernünftig, so zukunftsfähig sein wie nötig. […] Beide Anliegen, Tempo und Qualität, lassen sich am besten gewährleisten, wenn wir die Einheit über einen vertraglich zu vereinbarenden Weg gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes verwirklichen."

Ringen um den Beitrittstermin

Obwohl seit der Volkskammerwahl vom März 1990 feststand, dass die deutsche Einheit kommen würde, gingen alle maßgeblichen Akteure zunächst noch davon aus, dass sich der Vereinigungsprozess noch ein bis zwei Jahre hinziehen werde. Die sich verschärfende Krise der DDR-Wirtschaft und der zunehmende Verfall der inneren Ordnung der DDR im Frühjahr/Sommer 1990 sowie nicht zuletzt der sehnliche Wunsch der DDR-Bevölkerung nach einer raschen Vereinigung trugen jedoch erheblich zur Beschleunigung der Entwicklung bei. Der zügige Abschluss der innerdeutschen Verhandlungen über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, die am 1. Juli 1990 in Kraft

5 Aktueller Begriff der Wissenschaftlichen Dienste vom 22. August 2010 – Autor: Wilhelm Weege

Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU), links im Bild, Verteidigungsminister Rainer Eppelmann (CDU), Mitte, und Innenminister Peter-Michael Diestel (CDU), rechts, verfolgen die dramatische Sondersitzung der Volkskammer in der Nacht zum 23. August 1990.

trat, sowie die bald darauf, am 6. Juli 1990, aufgenommenen Regierungsgespräche über den Einigungsvertrag waren untrügliche Anzeichen dafür, dass die staatliche Vereinigung doch früher stattfinden würde, als zunächst angenommen worden war.
Schon seit längerem hatte es Spekulationen und Auseinandersetzungen um das genaue Datum der Vereinigung und der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl gegeben. Am 17. Juni 1990 stellte die Fraktion der DSU (Deutsche Soziale Union) in der Volkskammer überraschend den Antrag auf „Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland mit dem heutigen Tag“. In der anschließenden tumultartigen Debatte gelang es Ministerpräsident Lothar de Maizière und SPD-Fraktionschef Richard Schröder nur mit Mühe, den Antrag, für den sich eine Mehrheit abzeichnete, zu verhindern. Ein übereilter Beitrittsbeschluss noch vor Abschluss der nationalen und internationalen Verhandlungen sollte wegen der nicht kalkulierbaren Folgen für den weiteren Verlauf des Einigungsprozesses unter allen Umständen vermieden werden.

Die Sondersitzung der Volkskammer vom 22./23. August 1990

Nachdem sich die Lage der DDR-Wirtschaft trotz der Milliarden-Unterstützung aus dem Westen im Sommer 1990 weiter dramatisch verschlechtert hatte und die Gefahr eines Zusammenbruchs nicht mehr ausgeschlossen werden konnte, drängte die Regierung de Maizière ebenso wie andere politische Kräfte seit Anfang August auf die Festlegung eines frühen Vereinigungstermins. Da die von verschiedenen Seiten vorgeschlagenen Termine den Einheitsprozess insgesamt zu belasten drohten, beantragte de Maizière am Abend des 22. August 1990 eine sofortige Sondersitzung der Volkskammer zur Beschlussfassung über den Termin der Deutschen Einheit. Nach einer hitzigen, mehrfach unterbrochenen und bis in die frühen Morgenstunden des 23. August andauernden Debatte beschloss die Volkskammer schließlich in namentlicher Abstimmung mit 294 Ja-Stimmen bei 62 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zum 3. Oktober 1990. Volkskammerpräsidentin Bergmann-Pohl würdigte das Abstimmungsergebnis wie folgt: „Ich glaube, das ist ein wirklich historisches Ereignis. Wir haben uns die Entscheidung alle sicher nicht leicht gemacht, aber wir haben Sie heute in Verantwortung vor den Bürgern der DDR in der Folge ihres Wählerwillens getroffen. Ich danke allen, die dieses Ergebnis im Konsens über Parteigrenzen hinweg ermöglicht haben.“ Unter dem Jubel und begeisterten Applaus der meisten Abgeordneten gab PDS-Chef Gysi sein Bedauern über den Beschluss zu Protokoll: „Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober 1990 beschlossen.“
Nur wenige Tage später, am 31. August 1990, wurden in Ost-Berlin die Verhandlungen über den „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ (Einigungsvertrag) mit der Unterzeichnung des Vertragswerks durch Bundesinnenminister Schäuble und DDR-Staatssekretär Krause formell abgeschlossen. Am 20. September 1990 stimmten Volkskammer und Bundestag, einen Tag später auch der Bundesrat, dem Einigungsvertrag zu, womit die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung des Volkskammerbeschlusses vom 23. August 1990 gegeben waren.

Quellen: Stephan Eisel (2005). Der Beitrittsbeschluss der DDR-Volkskammer. In: Historisch-Politische Mitteilungen. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
Schröder, Richard; Misselwitz, Hans (Hrsg). Mandat für deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz. Opladen 2000.

Verabschiedung des Einigungsvertrages am 20. September 1990[6]

20. September 1990: Zwei Parlamente beraten an diesem Tag über dasselbe Gesetz, das „Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag“. Ohne Zustimmung der beiden deutschen Parlamente kann der Einigungsvertrag nicht in Kraft treten, es gäbe keine Wiedervereinigung. Den Einigungsvertrag hatten drei Wochen zuvor die Verhandlungsführer der zwei deutschen Staaten – Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause – unterzeichnet. Sowohl der Bundestag als auch die Volkskammer müssen dem Vertrag, der auch viele Grundgesetzänderungen vorsieht, nun mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmen.
Um 9.02 Uhr beginnt der Bundestag in Bonn seine Sitzung. Die Volkskammer in Berlin kommt um 11.45 Uhr zur abschließenden Beratung über das Gesetz zum Einigungsvertrag zusammen. Beide Parlamente hatten einen Ausschuss Deutsche Einheit eingesetzt, der eine Beschlussempfehlung abgibt.
Die Vorsitzende des Einheitsausschusses der Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl, erklärt vor der Volkskammer: „Wie der Beschlussempfehlung zu entnehmen ist, hat sich der Ausschuss Deutsche Einheit mehrfach mit dem Vertrag befasst und der Verhandlungsdelegation der DDR Vorschläge zu Ergänzungen und Veränderungen übermittelt. Wenn auch nicht alle Forderungen erfüllt sind und nicht allen Wünschen entsprochen werden konnte, ist der Ausschuss dennoch der Meinung, dass der nunmehr vorliegende Vertrag eine solide Grundlage und ein tragfähiges Gerüst für das weitere Zusammenwachsen beider Teile Deutschlands im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses sein wird.“ Der Ausschuss empfiehlt also die Zustimmung zum Gesetz und damit die Zustimmung zum Einigungsvertrag.
Die Abgeordneten der Volkskammer stimmen ab: 299 Abgeordnete stimmen für den Vertrag. 80 Abgeordnete aus den Reihen der PDS und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen stimmen dagegen. Ein Abgeordneter enthält sich. Die Nachricht erreicht den Bundestag in Bonn. Hier verkündet Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger während der Sitzung das Ergebnis - die Abgeordneten der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP applaudieren. Der nächste Redner, Wolfgang Weng (FDP), bemerkt: „Jetzt liegt es wirklich nur noch an uns. Ich glaube, es muss uns bewusst sein, dass sich die große Stunde der deutschen Einheit tatsächlich nähert.“

6 Aus der Online-Serie: Wegmarken der Deutschen Einheit. Autorin: Kirsten Menzel – https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/31315553_wegmarken_einheit10/202600

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages stimmen am 20. September in Namentlicher Abstimmung über den Einigungsvertrag ab.

Vor der namentlichen Abstimmung geben einige Bundestagsabgeordnete persönliche Erklärungen dazu ab, warum sie wie abstimmen werden. Denn es gibt auch im Bundestag Gegenstimmen zum Einigungsvertrag. Der Abgeordnete Manfred Carstens (CDU/CSU) erklärt zum Beispiel: „Der alleinige Grund für meine Ablehnung ist die im Einigungsvertrag vereinbarte Abtreibungsregelung." Die Grünen kritisieren unter anderem die fehlende Mitwirkung des Volkes am Einigungsprozess und den Umgang mit den Stasi-Akten.
Bei der namentlichen Abstimmung im Bundestag stimmen 440 Abgeordnete für den Einigungsvertrag. Die 47 Gegenstimmen stammen aus der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und von 13 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion. Drei Abgeordnete enthalten sich. „Das Gesetz ist damit angenommen", verkündet Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth.
Die Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der SPD erheben sich und singen die Nationalhymne. Die Abgeordneten der Grünen verlassen den Plenarsaal. Süssmuth sagt: „Ich denke, der Deutsche Bundestag hat mit dieser Abstimmung seine Beratungen zu einem Vertrag von einzigartiger Bedeutung für die Zukunft unseres Landes abgeschlossen." Sie dankt allen, „die sich für das Zustandekommen dieses Vertrages eingesetzt und daran mitgewirkt haben".

Einen Tag später, am 21. September 1990, stimmt auch der Bundesrat dem Gesetz einstimmig zu. Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker unterzeichnet das Gesetz am 23. September 1990. Am 3. Oktober tritt der Einigungsvertrag in Kraft.
Die Parlamente mussten gleichzeitig zum Einigungsvertrag auch über die sogenannte Vereinbarung vom 18. September 1990 abstimmen. Darin ging es um den Umgang mit den Stasi-Akten. Die DDR-Volkskammer hatte am 24. August 1990 das „Gesetz zur Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Akten" des Ministeriums für Staatsicherheit (Stasi) beschlossen. Bürgerrechtler der DDR forderten, dass ein solches Gesetz zum Umgang mit den Stasi-Akten auch in den Einigungsvertrag aufgenommen werden sollte.
Nachdem dies jedoch nicht geschah und der Plan bestand, die Akten 30 Jahre lang ins Bundesarchiv zu sperren, kamen Proteste auf. Am 4. September 1990 besetzten Bürgerrechtler die Räume der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin und traten in den Hungerstreik.
Am 18. September 1990 vereinbarten Wolfgang Schäuble und Günther Krause schließlich eine Zusatzklausel zum Einigungsvertrag zum Umgang mit den Stasi-Akten. Hierin wurde festgeschrieben, dass der Bundestag nach der Wiedervereinigung ein entsprechendes Gesetz schafft.

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU/CSU) gibt in der Namentlichen Abstimmung zum Einigungsvertrag seine Stimmkarte ab.

Der SPD-Vorsitzende und Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (links) und der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt während der Debatte zur Verabschiedung des Einigungsvertrages.

Im Bonner Plenarsaal des Alten Wasserwerks beraten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages den Einigungsvertrag.
Es spricht unter anderem Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP). Nach der neunstündigen Debatte wird der Vertrag mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit verabschiedet.

Rund 900 Seiten hat der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“. Der Einigungsvertrag wurde am 20. September 1990 sowohl im Deutschen Bundestag als auch in der Volkskammer verabschiedet.

Zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres können die ostdeutschen Wähler – wie hier in Leipzig – am 2. Dezember 1990 ihre Stimme abgeben.

Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990[7]

Am 2. Dezember 1990, rund sechs Wochen nach der deutschen Vereinigung, fanden erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg Wahlen zu einem gesamtdeutschen Parlament statt: Über 60 Millionen Wahlberechtigte – etwa 46,5 Millionen in den alten, gut 11 Millionen in den neuen Bundesländern sowie circa 2,5 Millionen in der nun geeinten Hauptstadt Berlin – waren zur Wahl des 12. Deutschen Bundestages aufgerufen. Sie hatten die Wahl zwischen insgesamt 25 Parteien und Listenverbindungen. Nach der DDR-Volkskammerwahl vom 18. März, den DDR-Kommunalwahlen vom 6. Mai und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern vom 14. Oktober war die Bundestagswahl vom 2. Dezember für die ostdeutschen Wähler bereits die vierte freie Wahl des Jahres 1990.

Zur Frage des Wahltermins

Als sich im Frühsommer 1990 abzeichnete, dass es zu einer baldigen Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten kommen werde und über deren Modalitäten zunehmend die politische Agenda bestimmte, war schon bald die Frage des Termins für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl Gegenstand heftiger politischer und staatsrechtlicher Diskussionen. Dabei ging es vor allem um die Frage, ob eine gesamtdeutsche Wahl innerhalb des Zeitraums durchgeführt werden könnte, der nach Artikel 39 Abs. 1 GG für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag vorgeschrieben war. Zunächst wurde davon ausgegangen, dass eine Verlängerung der Legislaturperiode des 11. Deutschen Bundestages erforderlich sei, so dass die Wahl im März 1991 – zwei bis drei Monate nach dem laut Verfassung letztmöglichen Wahltag, dem 13. Januar 1991 – stattgefunden hätte. Erst Anfang August 1990 wurde eine Verkürzung der Legislaturperiode und ein möglichst früher Termin für die gesamtdeutschen Parlamentswahlen erwogen, nachdem DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière den 14. Oktober 1990 ins Spiel gebracht hatte. Am 13. August 1990 legte Bundespräsident Richard von Weizsäcker dann den Termin für die gesamtdeutschen Wahlen auf den 2. Dezember 1990 fest.

7 Aktueller Begriff der Wissenschaftlichen Dienste vom 3. Dezember 2010 (aktualisierte Fassung vom 15. Juni 2015) – Autor: Alexander Kropp

Am 3. Oktober um 0 Uhr wird vor dem Reichstagsgebäude die deutsche Fahne gehisst. Hunderttausende Menschen feiern die Wiedervereinigung.

Diskussion um die Wahlmodalitäten

Ein weiteres Problem betraf die wahlrechtliche Behandlung des Beitrittsgebiets. Mit der Unterzeichnung des Wahlvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am 3. August 1990 wurden die wahlrechtlichen Grundlagen für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen geschaffen. Die gesetzlich vorgegebene Mandatszahl des Bundestages wurde von 496 um 160 Sitze auf 656 Mandate erhöht. Neben den Ostdeutschen durften nun erstmals auch die West-Berliner Abgeordnete für den Deutschen Bundestag wählen. Das auf das Gebiet der ehemaligen DDR und Gesamt-Berlin übertragene Bundeswahlgesetz sah eine im gesamten Wahlgebiet gültige Fünfprozent-Sperrklausel vor. Über diese einheitliche Sperrklausel kam es zum politischen Streit, der mit dem Gang der Linken Liste/PDS, der Partei DIE GRÜNEN und der Partei Die Republikaner vor das Bundesverfassungsgericht endete. Dieses entschied, dass die Fünfprozent-Klausel aus Gründen der Chancengleichheit nicht einheitlich auf das gesamte Wahlgebiet angewendet werden dürfe. Der Bundestag änderte daraufhin am 5. Oktober 1990 das Bundeswahlgesetz: Für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 galt nun, dass Parteien und politische Vereinigungen nur dann in den Deutschen Bundestag einziehen konnten, wenn sie entweder in den Ländern der alten Bundesrepublik einschließlich West-Berlins oder in der ehemaligen DDR einschließlich Ost-Berlins jeweils die Fünfprozent-Hürde überwanden. Darüber hinaus war es gemäß den Bestimmungen des alten Bundeswahlgesetzes weiterhin möglich, dass eine Partei oder Listenverbindung in den Bundestag einziehen konnte, wenn es ihr gelang, mindestens drei Direktmandate zu erringen.

Am 4. Oktober 1990 kommen in Berlin die Abgeordneten des ersten gesamtdeutschen Bundestages zur konstituierenden Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen. Dem ersten gesamtdeutschen Parlament der Nachkriegszeit gehören 144 ehemalige Volkskammerabgeordnete an.

Seite 58: Ausschnitt aus dem Rede-Manuskript von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU/CSU) zur Vorstellung seines 10-Punkte Programms im Plenum des Deutschen Bundestages am 28. November 1989.

Die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 und ihre Ergebnisse

Die Direktkandidaten wurden in 328 Wahlkreisen, davon 80 neuen Wahlkreisen in Ostdeutschland und Gesamt-Berlin, bestimmt. Dieselbe Anzahl von Abgeordneten wurde über die Landeslisten der insgesamt 25 Parteien und Listenverbindungen gewählt. Knapp 47 Millionen Wahlberechtigte gaben ihre Stimme ab, was einer Wahlbeteiligung von 77,8 Prozent entsprach. Sechs Parteien bzw. Listenverbindungen zogen in den 12. Bundestag ein. Klarer Sieger der Wahl waren die Parteien der amtierenden Regierungskoalition. Die von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl angeführten Unionsparteien aus CDU und CSU kamen gemeinsam auf 43,8 Prozent Stimmenanteil. Diese führten gemeinsam mit den Freidemokraten, die auf 11 Prozent der Stimmen kamen, die bisherige christlich-liberale Koalition fort. Die SPD stellte mit 33,5 Prozent die stärkste Oppositionsfraktion im ersten gesamtdeutschen Bundestag. Die westdeutschen Grünen verpassten mit einem Stimmenanteil von 4,8 Prozent im Wahlgebiet West (bundesweit 3,8 Prozent) den Einzug in das Parlament, während ihre ostdeutsche Partnerorganisation von Bündnis 90 / Grüne mit einem Stimmenanteil von 6,2 Prozent im Wahlgebiet Ost (bundesweit 1,2 Prozent) in den Bundestag einzogen. Die PDS profitierte ebenfalls von der getrennten Anwendung der Sperrklausel und wurde mit 11,1 Prozent in Ostdeutschland (bundesweit 2,4 Prozent) zweitstärkste Oppositionspartei im neuen Parlament. Der 12. Deutsche Bundestag, dem aufgrund von Überhangmandaten insgesamt 662 Abgeordnete angehörten, trat am 20. Dezember 1990 unter Leitung von Alterspräsident Willy Brandt (SPD) zu seiner konstituierenden Sitzung im Berliner Reichstagsgebäude zusammen.

Wahlergebnis der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag vom 2. Dezember 1990

	Wahlergebnis in Prozent nach Wahlgebiet			Mandate
	Bund	West	Ost	
CDU/CSU *davon*	43,8	44,3	41,8	319
CDU	36,7			268
CSU	7,1			51
SPD	33,5	35,7	24,3	239
FDP	11,0	10,6	12,9	79
Die Grünen (West)	3,8	4,8		
Bündnis 90 / Grüne (Ost)	1,2		6,2	8
PDS / Linke Liste	2,4	0,3	11,1	17
Sonstige	2,1	4,3	3,7	

Quellen: Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009. Schindler, Peter: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Bd. I. Baden-Baden 1999 Stern, Klaus (Hrsg.): Einigungsvertrag und Wahlvertrag. München 1990 http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/fruehere_bundestagswahlen/btw1990.html (Stand 22.06.2015)

Einschub Seite 38

Fünftens: Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich konföderative und später föderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln.

Dies setzt zwingend demokratisch legitimierte Regierungen in beiden Staaten in Deutschland voraus. Dabei können wir uns bald folgende Institutionen vorstellen:

- einen gemeinsamen Regierungsausschuß zu ständigen Konsultation und politischen Abstimmung,

- gemeinsame Fachausschüsse,

- ein gemeinsames parlamentarisches Gremium.

Die innerdeutsche Politik ist bisher eine Politik der kleinen Schritte, des Dialogs und der Milderung der Folgen der Teilung gewesen. Diese Politik kann unter der Voraussetzung der demokratischen Legitimierung zu einer neuen Dimension geöffnet werden. Zu einer neuen Dimension, die vom Dialog und der Kooperation zu formen.

Dokumente und Materialien

Die Wähler in der DDR bekennen sich zur Einheit

Allianz für Deutschland weit vorn / SPD schwach / Die alte SED stärker als erwartet / Hohe Beteiligung

F.A.Z. FRANKFURT, 18. März. Die in der „Allianz für Deutschland“ zusammengeschlossenen Parteien haben die ersten freien Wahlen in der DDR gewonnen. Nach Hochrechnungen der beiden westdeutschen Fernsehanstalten erhielt allein die ehemalige Blockpartei CDU zwischen 40 und 42 Prozent der Stimmen. Die mit ihr verbündete Deutsche Soziale Union (DSU) erhielt nach diesen Berechnungen etwas mehr als sechs Prozent, der Demokratische Aufbruch (DA), der dritte Bündnispartner der Allianz, etwa ein Prozent. Die SPD, die bis kurz vor der Wahl als Favorit galt, konnte nur etwa 21 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Die PDS, die Nachfolgeorganisation der früheren Staatspartei SED, kam auf ein Ergebnis von etwa 16 Prozent. Das liberale Parteienbündnis „Bund Freier Demokraten“ erhielt etwa fünf Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 90 Prozent. Nach dem Stand der Hochrechnungen um 21.30 Uhr blieb die Allianz knapp unter der absoluten Mehrheit der 400 Volkskammersitze. Auf die CDU entfielen danach zwischen 160 und 169 Sitze, auf die DSU 25 bis 27, auf den Demokratischen Aufbruch 4. Die SPD konnte mit 84 bis 90, die PDS mit 62 bis 66 Sitzen rechnen.

Der Vorsitzende der Ost-CDU, de Maizière, führte den Wahlsieg darauf zurück, daß es der CDU gelungen sei, als erneuerte Partei glaubwürdig aufzutreten. In dem Wahlergebnis zeigten sich „wahnsinnige Erwartungen“ an die CDU, aber auch an die Bundesrepublik. De Maizière lehnte es ab, sich über Koalitionsmöglichkeiten und Personalfragen zu äußern. Sein Stellvertreter Korbella sagte, eine christlich-liberale Koalition sei „in den Bereich des Möglichen“ gerückt. Der DSU-Vorsitzende Ebeling sagte, die Allianz habe mit der absoluten Mehrheit erreicht, was sie wollte. Zur Frage nach einer möglichen Koalition mit der SPD äußerte er sich ausweichend. Er könne darüber nicht allein entscheiden. Der Vorsitzende des Demokratischen Aufbruchs, Eppelmann, äußerte die Erwartung, seine Partei werde „ein farbiger Tupfer in der Allianz“ sein. DDR-Ministerpräsident Modrow sagte über das Abschneiden seiner Partei, der PDS, jetzt sei „eine gute Oppositionsarbeit möglich“. Der PDS-Vorsitzende Gysi zog aus dem Wahlergebnis seiner Partei den Schluß, die Wähler belohnten die Erneuerung, die PDS habe an Glaubwürdigkeit gewonnen. Der aus der SED ausgetretene Dresdner Oberbürgermeister Berghofer äußerte sich enttäuscht. Das Ergebnis entspreche nicht seinen Erwartungen. Es mache jedoch deutlich, welche Argumente überzeugt hätten. Daraus werde für die bevorstehenden Kommunalwahlen viel zu lernen sein. Enttäuscht über das Ergebnis äußerte sich auch der Vorsitzende der DDR-SPD, Böhme: „Das Ergebnis macht uns nicht glücklich.“ Doch sei er davon überzeugt, daß die SPD ihren Platz in der Demokratie der DDR einnehmen werde. Die Wahlen zur Volkskammer seien der „erste Einstieg in die Demokratie“. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen und bei den Landtagswahlen würden sich die Wähler „anders entscheiden“. Böhme lehnte es ab, für das unerwartet schlechte Abschneiden seiner Partei die Unterstützung durch westliche Politiker im Wahlkampf verantwortlich zu machen: „Lafontaine hat uns nicht geschadet.“ Eher habe man die DDR-SPD „von Anfang an zu hoch gehandelt“. In der Erwartung, seine Partei werde gut abschneiden, hätten manche Wähler nicht für sie gestimmt. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Meckel führte die Niederlage seiner Partei unter anderem auf „problematische Züge“ zurück, die der Wahlkampf in den letzten Wochen angenommen habe. Eine Rolle habe auch die „Unerfahrenheit“ der Wähler gespielt. Die SPD werde die Herausforderung des Wahlergebnisses annehmen und eine „starke Opposition“ sein, die in dem Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vor allem auf sozialen Gesichtspunkten und der europäischen Einbindung beharren werde.

Bundeskanzler Kohl nannte die erste freie Wahl in der DDR ein historisches Ereignis. Sie sei durch die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR möglich geworden.

Mitgeholfen hätten jedoch auch die Freunde in der westlichen Allianz, vor allem die Amerikaner, die nie das Ziel der deutschen Einheit aus den Augen verloren hätten, und ebenso Gorbatschows Politik der Perestrojka. Die Deutschen in der DDR hätten sich in der Wahl gegen jede Form des Extremismus entschieden, sagte Kohl. Den Kommunisten sei eine „klare Absage“ erteilt worden. Aus dem Wahlergebnis werde auch deutlich, daß die Deutschen in der DDR einen Weg einschlagen wollten, der zusammen mit der Bundesrepublik zu einem vereinten Deutschland mit einer freiheitlichen Verfassung und sozialer Marktwirtschaft führe.

Kohl appellierte an diejenigen, die noch ein Übersiedeln in die Bundesrepublik erwögen, nach diesem Wahlergebnis zuhause zu bleiben und am Aufbau der DDR zu arbeiten. „Wir wollen ihnen helfen.“ Das Wahlergebnis sei auch eine „glückliche Stunde“ für den Vorsitzenden der CDU. Er hoffe, sagte Kohl, daß die Parteien der

Frankfurter Allgemeine, 19.03.1990
Deutscher Bundestag - Pressedokumentation

Allianz in Zukunft ihren „originären Beitrag“ in der Politik leisteten und daß es bald zu einer gemeinsamen Fraktion in der Volkskammer komme.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und mögliche Kanzlerkandidat Lafontaine führte den Wahlsieg der CDU auf den Wunsch der Menschen in der DDR zurück, möglichst schnell den gleichen Wohlstand wie in der Bundesrepublik zu erlangen. Sie hätten denjenigen gewählt, der in diese Richtung die meisten Versprechungen gemacht habe, das sei Bundeskanzler Kohl gewesen. Der sei jetzt mit hohen Erwartungen konfrontiert, man müsse sehen, ob er seine Versprechungen erfülle. Er, Lafontaine, sei immer zurückhaltend gewesen, er habe sich immer geweigert, im Wahlkampf „unhaltbare Versprechungen“ zu machen.

Der FDP-Vorsitzende Lambsdorff sagte, wenn die drei Parteien des liberalen Bündnisses getrennt aufgetreten wären, wäre das Ergebnis schlechter ausgefallen. Zur Frage einer möglichen Koalition mit der konservativen Allianz wollte Lambsdorff nicht Stellung nehmen.

Der Generalsekretär der westdeutschen CDU, Rühe, nannte das Wahlergebnis einen „Sieg der Demokratie“ und einen Sieg des Bundeskanzlers. Kohl habe „Leben in die Allianz“ gebracht. Der bayerische Ministerpräsident Streibl sieht im Wahlergebnis eine „Entscheidung gegen den Sozialismus“. Der Wahltag werde als einer der schönsten Tage in die Geschichte Deutschlands eingehen. Kanzleramtsminister Seiters sagte, wenn sich das Ergebnis bestätige, seien alle Voraussetzungen gegeben, um zu einer schnellen Regierungsbildung zu gelangen. Nun seien schnelle Schritte in Richtung auf eine Währungsunion und die Einheit möglich. Der Wahlsieg sei aber auch ein Sieg Kohls, „den er verdient hat“.

Die zahlreichen ausländischen Beobachter, darunter auch die des Europarates, die Wahllokale in Berlin und anderen Teilen der DDR kontrollierten, bescheinigten der Wahlkommission ein korrektes Verfahren. Die Spitzenpolitiker der DDR-Parteien, darunter Ministerpräsident Modrow und der Vorsitzende der DDR-SPD, Böhme, gingen zumeist schon am Vormittag in ihre Wahllokale.

Böhme wurde am Morgen von Hunderten Journalisten so dicht belagert, daß er Mühe hatte, überhaupt zur Stimmabgabe zu kommen. Für die 30 Meter von der Haustür bis zum Wahllokal brauchte er mehr als zehn Minuten, berichtete die Agentur. Sein Stellvertreter Meckel ging nach eigenen Worten zum ersten Mal seit Jahren wieder wählen.

Im Gegensatz zu früheren Wahlen gab es kein Melde- und Informationssystem über die stündliche Wahlbeteiligungsquote im Tagesablauf. „Die Leute haben sich damals darüber lustig gemacht“, sagte ein Sprecher der Wahlkommission in Dresden. Viele Wähler erinnerten sich daran, daß bei den letzten – manipulierten – Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 von der Nachrichtenagentur ADN die Wahlbeteiligung schon in den Mittagsstunde mit 94 Prozent angegeben wurde.

Die Wahlkommission der DDR hatte vor der ersten freien Volkskammerwahl nach eigenen Angaben keinerlei überprüfbare Hinweise dafür, daß Spitzenkandidaten verschiedener Parteien und politischer Vereinigungen – so wie der frühere Vorsitzende des „Demokratischen Aufbruch“, Rechtsanwalt Schnur – informelle Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes gewesen seien. Kurz vor der Volkskammerwahl wies sie damit entsprechende Behauptungen des „Neuen Forum“ zurück. Die Bürgerbewegung hatte die Wahlkommission aufgefordert, sich nach dem Wahltag für alle in die Volkskammer gewählten Kandidaten Gewißheit darüber zu verschaffen, „ob sie ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit waren“. Sie verwies auf die Bestimmung des Wahlgesetzes, daß jeder gewählte Kandidat innerhalb von sieben Tagen nach Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses darüber entscheiden muß, ob er die Wahl annehmen will oder nicht. Jeder Belastete könne also noch seine Wahl ablehnen. Von Rechtsanwalt Schnur, der nach seinem Rücktritt von der Wahlkommission nicht mehr als Spitzenkandidat für seine Partei im Wahlkreis 7 (Halle) gestrichen werden konnte, wird allgemein erwartet, daß er auf das Mandat verzichtet, falls er gewählt wird.

Die Wahlkommission wies auch den von einigen Gruppierungen in Thüringen geäußerten Verdacht zurück, ehemalige Angehörige des Staatssicherheitsdienstes, die Inhaber mehrerer verschiedener Ausweise seien, könnten mit diesen Ausweisen mehrfach zur Wahl gehen und so Wahlfälschung begehen. Ein solcher Verdacht entbehre jeglicher Grundlage. Wählen könne nur, wer im Wählerverzeichnis stehe. Wie ein Sprecher des Ministeriums für innere Angelegenheiten mitteilte, hat es zwischen dem 1. und dem 14. März in der DDR 598 Kundgebungen und Demonstrationen mit rund 1,2 Millionen Teilnehmern gegeben. Nach Angaben der DDR-Nachrichtenagentur ADN hat die PDS für ihren Wahlkampf 5,5 Millionen Mark ausgegeben. Aus eigenen Mitteln brachten die SPD der DDR 0,5 Millionen, die CDU 1,5 Millionen, das „Bündnis 90“ eine Million, die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) 0,25 und die Vereinigte Linke 0,2 Millionen Mark auf. Die finanziellen Mittel in Höhe von mehreren Millionen Mark, die von den Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD und FDP für ihre Partner in der DDR im Wahlkampf zur Verfügung gestellt wurden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Frankfurter Allgemeine, 19.03.1990
Deutscher Bundestag - Pressedokumentation

Neuer Ausschuß des Bundestags soll Schritte zur Einheit kontrollieren

Rita Süssmuth als Vorsitzende / Keine Einigung über Weg zu gesamtdeutschen Wahlen

WRÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Das Bemühen, die Schritte zur Vereinigung beider deutscher Staaten auch parlamentarisch zu begleiten und zu kontrollieren, hat die Bonner Koalition bewogen, die Einrichtung eines neuen Ausschusses des Bundestages zu betreiben. Ein entsprechender Beschluß wurde gestern im Koalitionsgespräch von CDU/CSU und FDP gefaßt. Der „Ausschuß für deutsche Einheit“, so sein Titel, soll als Vorsitzenden die Präsidentin des Bundestages, Rita Süssmuth, oder, falls sie im Mai in die Landesregierung in Hannover eintritt, ihren Nachfolger erhalten. Nach dem im Bonner Parlament üblichen Zugriffsverfahren ist bei der Benennung des nächsten Ausschußvorsitzenden die CDU/CSU-Fraktion an der Reihe.

Nach Informationen der WELT ist die Opposition von den Absichten der Koalition, den neuen Ausschuß zu schaffen, vorher nicht unterrichtet worden. Die SPD-Fraktion hatte die Einrichtung eines gemeinsamen Gremiums von Bundestag und Bundesrat zur Begleitung der deutschen Einheit gefordert. Dies wird von der Koalition jedoch aus verfassungsrechtlichen Gründen abgelehnt. Im Grundgesetz sei das nicht vorgesehen, hieß es. Die Information der Bundesländer sei Aufgabe der Bundesregierung. Die Tätigkeit des innerdeutschen Aussschusses des Bundestages soll von dem neuen Ausschuß, der vor allem die im Zusammenhang mit der deutschen Einigung zwischen beiden Staaten zu schließenden Verträge federführend beraten soll, nicht beeinträchtigt werden. Der neue Ausschuß habe dagegen „Querschnittsaufgaben“.

In der gestrigen Koalitionsrunde ist auch die Frage nach dem verfassungsrechtlich besten Weg zu gesamtdeutschen Wahlen erörtert worden. Entscheidungen sind in der als „freimütig“ bezeichneten Diskussion nicht gefallen. Eine „kleine Arbeitsgruppe“ der Koalition wurde beauftragt, die möglichen Alternativen zuverlässig zu analysieren. Vorherrschend war die Tendenz, eine Verlängerung der Legislaturperiode des amtierenden Bundestages nicht zu betreiben. Widerstand dagegen kam vor allem von der CSU. Auch die vorzeitige Auflösung des am 2. Dezember zu wählenden Bundestages mit Hilfe des vorzeitigen Rücktritt des Bundeskanzlers halten Koalitionskreise für verfassungsrechtlich bedenklich.

Als möglichen Weg sieht man am ehesten eine noch vom amtierenden Bundestag mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu verabschiedende Bestimmung, welche die vorzeitige Auflösung des neuen Bundestages erlauben soll. Dafür aber ist die Bereitschaft der SPD notwendig.

Die Bonner Koalition möchte sich noch in dieser Woche mit den Fraktionen von SPD und Grünen über die Gestaltung der Feier zum 17. Juni absprechen. Die Union strebt eine gemeinsame Veranstaltung von Bundestag und Volkskammer an. Aber vorher schon soll sich die Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Parlamenten entwickeln. Die CDU/CSU-Fraktion hat vorgeschlagen, daß alle Gremien von Bundestag und Volkskammer im Bedarfsfalle gemeinsame Sitzungen veranstalten.

Gestern trafen in Bonn am Rande des Geburtstagsempfangs von Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Präsidentinnen beider deutscher Parlamente zusammen. Rita Süssmuth und Sabine Bergmann-Pohl verabredeten eine engere Kooperation beider Volksvertretungen und kamen überein, daß aus Bonn Unterstützung für Ost-Berlin beim Aufbau einer parlamentarischen Verwaltung kommen soll.

Beratungen in Volkskammer und Bundestag

Das Tor zur Einheit weit aufgestoßen

DDR-Parlament für Staatsvertrag – Erklärung zu Polens Westgrenze

Berlin (W. F./K. B. – NZ). Der von vielen mit Hoffnung erwartete, aber auch mit Ängsten bedachte 1. Juli steht vor der Tür. Diese wurde mit der Annahme des Gesetzes zur Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion weit aufgestoßen. Dem Vertragswerk zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik stimmten die Abgeordneten der in der Volkskammer vertretenen Regierungsparteien in namentlicher Abstimmung mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu.

Zuvor nahm das Parlament die gemeinsame Erklärung von Bundestag und Volkskammer zur Festschreibung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens mit großer Mehrheit an.

(Siehe Seite 2)

Sechs Abgeordnete stimmten dagegen, acht enthielten sich der Stimme. In dem Dokument wird betont, daß beide Seiten die Unverletzlichkeit der Grenzen jetzt und in Zukunft anerkennen und sich zur uneingeschränkten Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des anderen verpflichten. Weiter heißt es: „Beide Seiten erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.“ Die sechs DSU-Abgeordneten begründeten ihre Ablehnung vor dem Parlament damit, daß es aus ihrer Sicht keinen wiederholten. Erklärungsbedarf zur Oder-Neiße-Grenze gebe. Außerdem forderten sie die verfassungsrechtliche Anerkennung der deutschen Minderheit in Polen.

Die Aussprache zum Staatsvertrag eröffnete der Abgeordnete Förster (SPD), der für den federführenden Ausschuß Deutsche Einheit eine Stellungnahme abgab. Trotz Für und Wider hätten die 24 beratenden Ausschüsse dem Staatsvertrag zugestimmt. Angesichts der kurzen Zeit, in der dieses historische Vertragswerk entstand, bedürfe es noch der Klärung von Fragen der Privatisierung, sozialer Leistungen, der Umweltunion und der Kultur. In zwei Anlagen zum Vertrag, die diesen nicht in Frage stellen, werden den Regierungen Lösungsvorschläge unterbreitet.

DDR-Chefunterhändler Günther Krause (CDU) würdigte den Vertrag als entscheidenden Schritt zur deutschen Einheit. Er erwarte eine „Gründerwelle“ mit stetigem Wirtschaftswachstum, die gewährleiste, daß es keinem schlechter gehe und sich die Tür zum Wohlstand für alle Bürger öffne.

Für die SPD begründete der Fraktionsvorsitzende Schröder das Ja seiner Partei. Sie wollten und wollen den Weg zur deutschen Einheit mit den Schritten Sozialunion, Währungsunion und Wirtschaftsunion gehen. Der Staatsvertrag biete dafür eine solide Grundlage. Er hob die Absicht seiner Partei hervor, den Weg zur deutschen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu gehen, dazu seien jedoch noch eine Rechtsangleichung, weitere Abstimmung

(Fortsetzung auf Seite 2)

Das Tor zur Einheit weit aufgestoßen

(Fortsetzung von Seite 1)

im 2+4-Prozeß und eine abgeschlossene Länderbildung erforderlich.

Wie nicht anders zu erwarten, votierte die PDS gegen das Vertragswerk. Parteivorsitzender Gysi bekannte sich zwar zur grundlegenden Bedeutung des Abkommens, bemängelte jedoch das nicht gleichberechtigte Zusammengehen, die Nichteinklagbarkeit der Rechte der DDR, die Entmündigung der Parlamente und sprach von der Gefahr, daß die DDR zum bloßen Absatzmarkt und Billiglohnland würde. Anfragen von seiten der Parlamentarier zu seinen Visionen ließ er nicht zu. Vielmehr beschuldigte er die jetzige Regierung, für die Folgen des „Urknalls“, mit dem er das Vertragswerk verglich, verantwortlich zu sein.

Die nachfolgenden Redner mußten noch einmal darauf verweisen, daß nicht Bonn und die jetzige Regierung für die Ursachen verantwortlich sind, sondern eine verfehlte Politik der alten SED-Führung, was Gregor Gysi anscheinend übersehen hatte.

Nach dreistündiger Aussprache stimmten die Abgeordneten namentlich mit farbigen Karten ab. Dabei galt blau für ja, rosa für nein und weiß für Stimmenthaltung. In der gläsernen Wahlurne befanden sich 302 blaue Karten, 82 rosa Karten und eine weiße. Damit wurde das Vertragswerk mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit angenommen. Mit stehenden Ovationen für diesen Entscheid und Glückwünschen für den „Macher“ von DDR-Seite, Günther Krause, begrüßten die Abgeordneten das Ergebnis. Somit steht der nächsten Etappe der deutschen Einheit, der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nichts mehr im Wege.

Im Verlauf der Tagung stimmten die Abgeordneten nach zum Teil sehr kontroversen Diskussionen weiteren gesetzlichen Novellierungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu. Dazu gehören das Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der BRD, das sogenannte Mantelgesetz, sowie die Gesetze über die Errichtung und das Verfahren der Schiedsstellen für Arbeitsrecht, zur Sicherung und Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft und ein Sozialhilfegesetz. Außerdem wurden das Gesetz zur Änderung des Gewerbegesetzes, das Rentenangleichungsgesetz sowie ein Planstellengesetz im öffentlichen Dienst behandelt.

Aufgrund kontroverser Auffassungen sowie einer Reihe von Ergänzungen und Zusätzen konnte nicht wie ursprünglich in der Tagesordnung vorgesehen das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Arbeitsgesetzbuches verabschiedet werden. Es wurde an den Rechtsausschuß der Volkskammer zurücküberwiesen und soll auf einer der nächsten Tagungen in dritter Lesung behandelt und verabschiedet werden. Hauptstreitpunkt war hierbei das Recht auf Arbeit, das die Opposition gern gesetzlich verankert wüßte, während Sprecher der Regierungskoalition wiederholt betonten, daß solch ein Recht unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht realisierbar sei und somit zwangsläufig ein Mythos bleiben müßte.

Bundestag: Geeintes Deutschland ist geistige Herausforderung

Bonn (NZ/dpa/ADN). Mit dem eindringlichen Appell an alle Abgeordneten des Bundestages, dem Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zuzustimmen, leitete Bundeskanzler Helmut Kohl gestern die abschließende Beratung des Staatsvertrags mit der DDR ein. In seiner Regierungserklärung zum Auftakt der voraussichtlich 13stündigen Debatte sagte Kohl, der Vertrag weise den Weg zur deutschen Einheit, und wer diese Wegweisung nicht akzeptiere, der wolle den Weg zur Einheit nicht. „Wer den Staatsvertrag ablehnt, stößt unsere Landsleute in der DDR zurück."

Zu der Frage der Oder-Neiße-Grenze, die Bundestag und Volkskammer in einer Entschließung als endgültig anerkennen wollen, meinte Kohl: „Wir stehen heute vor einer ganz klaren Wahl: Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur Einheit."

Auf die äußeren Aspekte des deutschen Einigungsprozesses eingehend, bezeichnete es Kohl als eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Eine „politische Schlüsselaufgabe" ist es nach den Worten des Bundeskanzlers, in einer „gemeinsamen Willenserklärung" der NATO-Verbündeten das Verhältnis zu den Staaten des Warschauer Paktes „zukunftsgewandt zu gestalten und einem gesamteuropäischen Gewaltverzicht den Weg zu bereiten." Deshalb habe er vorgeschlagen, daß die Mitglieder beider Bündnissysteme im KSZE-Rahmen einen Nichtangriffspakt erwägen sollten. Ein solcher Vertrag solle dann allen anderen KSZE-Teilnehmern zum Beitritt offen stehen.

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth betonte in der Debatte über den Staatsvertrag mit der DDR und die Erklärung zur Oder-Neiße-Grenze die gemeinsame Absicht von Bundestag und Volkskammer, die Polen-Entschließung zu verabschieden. Darin werde die künftige deutsche Regierung beauftragt, für die völkerrechtlich gültige Form zu sorgen.

In ihrer Eigenschaft als Präsidentin des Ausschusses Deutsche Einheit bat Frau Süssmuth sowohl die Gegner der Grenzentschließung in der Bundesrepublik als auch die Polen um Vertrauen. Den Opfern auf beiden Seiten nütze nicht die Konfrontation sondern allein die Verständigung.

Die Bitte um Vertrauen innen und außen zog sich als roter Faden durch die Ausführungen der Bundestagspräsidentin. Frau Süssmuth ging auch auf das Verhältnis der Deutschen in den beiden Teilen ihres Vaterlandes ein und stellte fest, daß die eigentliche Herausforderung der deutschen Einheit „eine geistige"

(Fortsetzung auf Seite 2)

Geeintes Deutschland als Herausforderung

(Fortsetzung von Seite 1)

sei, in der um das innere Bewußtsein der Zusammengehörigkeit noch gerungen werden müsse. Das Leben in Deutschland werde sich vollständig verändern, denn die Einheit stehe unmittelbar bevor.

Der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel betonte, seine Partei bekenne sich „in beiden Teilen unseres Landes zur deutschen Einheit". Der Streit mit der Bundesregierung, so Vogel, gehe nicht um das Ziel, sondern um den Weg. Er unterstrich die Bedenken des Saarländischen SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, wonach die Schutz- und Anpassungsmaßnahmen für die DDR im Staatsvertrag nicht ausreichten.

Vogel forderte erneut eine Volksabstimmung über die künftige Verfassung, auch wenn die Vereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes vollzogen werde. Die Bundesrepublik müsse sich jetzt auch darüber klar werden, „was die Einheit ihr – und nicht nur der DDR – an Wandlungen und Verwandlungen abverlangt".

Ohne die endgültige Regelung der Oder-Neiße-Grenze könne es keinen Frieden in Europa geben, sagte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der „mit innerer Bewegung" diesen bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Friedenssicherung darlegte. Besonders würdigte er „die befreiende Politik Gorbatschows", die den Weg zu den Menschenrechten geöffnet habe. Der Bundesaußenminister setzte sich erneut für die volle Einbeziehung der Sowjetunion in die europäischen Prozesse ein.

An die Adresse der Deutschen gewandt, warnte Genscher vor dem Entstehen von „zwei Neidgemeinschaften". Die Frage sei, ob die Deutschen in der Bundesrepublik bereit seien, sich auf die Menschen in der DDR einzustellen, die bisher die Last getragen hätten.

Die Fraktionssprecherin der Grünen, Antje Vollmer, brachte vier Gründe gegen den Staatsvertrag vor und verwahrte sich entschieden dagegen, Gegner des Staatsvertrages als Gegner der deutschen Einheit zu diskriminieren.

„In der Knesset nahm Schamir keine Notiz von Israels Gästen. Süssmuth und Bergmann-Pohl werben für die deutsche Einheit“ (General-Anzeiger, 27. Juni 1990)

In der Knesset nahm Schamir keine Notiz von Israels Gästen

Süssmuth und Bergmann-Pohl werben für die deutsche Einheit

Von unserem Korrespondenten Ekkehard Kohrs

Jerusalem. Rita Süssmuth, Präsidentin des Deutschen Bundestages, und Sabine Bergmann-Pohl, Präsidentin der Volkskammer der DDR, werben in Israel für die deutsche Einheit. Sie treffen auf ein Land in der politischen Krise.

Israels Hauptstadt Jerusalem, seit mehr als 4 000 Jahren bewohnt, den Gläubigen dreier Weltregionen heilig, 500 000 Einwohner. Ganz in der Nähe liegt auf dem „Berg der Erinnerungen“ Yad Vashem, die Gedenkstätte für die Opfer der Nazi-Verbrechen. Der Zugang führt durch die „Allee der Gerechten“.

Hier entlang geht Sabine Bergmann-Pohl, deren Staat 40 Jahre lang – so der Knesset-Abgeordnete und Vorsitzende der israelisch-deutschen Freundschaftsgruppe, Saleman Shoval – das „anti-israelischste Regime im Ostblock war“. Konrad Weiß, DDR-Bürgerrechtler und Volkskammer-Abgeordneter, sagt: „Der geistige Holocaust ging in der DDR weiter.“

Zum erstenmal wird ein offizieller Vertreter der DDR, die aktiv den arabischen Terrorismus unterstützt hat, im Museum mit dem Grauen konfrontiert, drei Stunden lang. Im „Zelt des Gedenkens“ sind die Namen der Vernichtungslager im Gebiet der heutigen Bundesrepublik und der DDR in schwarzen Lettern in den Boden eingelassen. Ein Kinderchor singt. Dann werden Kränze niedergelegt.

Die Gedenkstätte für 1,5 Millionen ermordete Kinder betreten Rita Süssmuth und Sabine Bergmann-Pohl ohne Kamerabegleitung. Fünf Kerzen vervielfältigen durch ungezählte Spiegel millionenfach ihr Licht, während in dem finsteren Saal die Namen und das Alter jüdischer Kinder aus einem Lautsprecher tönen.

Auch Katharina Overath aus Lohmar im Rhein-Sieg-Kreis und Vera Lagrange aus Ost-Berlin legen in der Gedenkhalle Blumen nieder. Sie haben während des Krieges Juden versteckt. Saleman Shoval ehrt sie als „Gerechte unter den Völkern“.

Später Akzent der Versöhnung

Katharina Overath und ihre Eltern retteten die Familie Bernauer vor dem KZ Theresienstadt. Karola Metzger, geborene Bernauer, wohnt in Troisdorf. Frau Overath pflanzt in Yad Vashem einen Baum. Sie sagt, mit Tränen in den Augen: „Ich danke allen, daß ich diesen Baum pflanzen durfte.“ Sabine Bergmann-Pohl weint.

In der Knesset sitzen 22 der 120 Abgeordneten in dem schmucklosen Plenarsaal, als der amtierende Präsident Dan Tichon die Bonner Delegation in hebräisch begrüßt. Er erinnert an Worte von Helmut Kohl und den Besuch des Bundespräsidenten. Nur einmal wurde hier Beifall geklatscht: Beim Besuch des später ermordeten ägyptischen Präsidenten Anwar el Sadat.

Nach Tichon redet Ministerpräsident Jitzhak Schamir zu irgendeinem Tagesordnungspunkt. Die Gäste aus Bonn nimmt er nicht zur Kenntnis. Die DDR will schnell diplomatische Beziehungen zu Israel. Ein sehr später Akzent der Versöhnung. Um Geld geht es auch, um Wiedergutmachung.

Probleme hat der Likud-Chef und Premier der neuen national-religiösen Koalition genug. Dem Land droht eine internationale Isolierung wegen der angestrebten Eleminierung der Intifada, des palästinensischen Aufstandes in den besetzen Gebieten. Zum Thema Intifada sagt der Knesset-Abgeordnete Mordechai Virshubski von der Bürgerrechtsbewegung, geboren 1930, zu Rita Süssmuth: „Die Unterdrückung eines anderen Volkes entfernt uns von der Völkerfamilie.“ Der weißbärtige Rabbi Menachem Porush spricht dagegen von der „Aufwiegelung der PLO“.

Zwei Limousinen, zwei Stander

Beide sind Mitglieder der isrealisch-deutschen Freundschaftsgruppe unter Vorsitz des Abgeordneten Saleman Shoval, der 1930 in Danzig geboren wurde und 1938 nach Israel emigrierte. In diesem Kreis spricht nur der Parlamentarier Yoash Psiddon etwas deutlicher die Befürchtung an, daß nach der Schwächung der Sowjetunion ein wiedervereinigtes Deutschland automatisch sehr viel Macht hinzugewinnen werde.

Rita Süssmuth nimmt das Wort vom mächtigen Deutschland auf und plädiert anstelle von Hegemonie für mehr Partnerschaft. Auch gegenüber Staatspräsident Herzog, Außenminister Levi und Ministerpräsident Schamir spricht sie über die Existenzsicherung Israels einerseits und die Koexistenz andererseits.

Die protokollarische Pikanterie lösen die Israelis elegant. Beide Damen bekommen ihr eigenes Auto. An beiden Limousinen die jeweiligen Stander. Sabine Bergmann-Pohl ist zwar auch DDR-Staatsoberhaupt, mangels diplomatischer Beziehungen ist sie hier aber nur die Nummer 2. So bei der Kranzniederlegung am Mahnmal vor der Knesset.

Einen ganz besonderen Koffer haben 20 Jugendliche aus der DDR und der Bundesrepublik, die ebenfalls mit der Luftwaffen-Boeing gekommen waren, nach Israel mitgebracht. Der Gepäckträger wunderte sich über das Gewicht. Im Koffer waren Bruchstücke der Berliner Mauer, gedacht als symbolisches Geschenk für israelische Jugendliche und beschafft über das DDR-Innenministerium.

Die Jugendlichen – 17 bis 24 Jahre alt – und Repräsentanten der deutschen Länder, geschichts- und englischkundig, sowie musisch sollten sie sein, begegnen jungen Israelis im Katznelson-Gymnasium in Kfar Fava, fahren in den Kibbuz Nir Eliahu und baden am Strand von Herzliya. Nordrhein-Westfalen „repräsentiert“ Markus Woelke (18) vom Meckenheimer Konrad-Adenauer-Gymnasium.

Ein deutsches Parlament auf Abruf

Zielstrebig arbeitet die Volkskammer ihrer Auflösung entgegen

Aus Berlin Petra Bornhöft

Der Abgeordnete Peter Thietz ist ein ruhiger Mann. Stundenlang sitzt der stellvertretende Ost-FDP-Chef in der hinteren Mitte der Volkskammer. Schweigend, regungslos, gelegentlich in Papierbergen blätternd. „Bewußter als im Parlament“, meint der 56jährige Patentingenieur, „kann man den Prozeß der deutschen Einheit nicht miterleben“. Waren es früher Familie, Kleingarten und Klavierunterricht, die nach Feierabend sein geregeltes Leben bestimmten, so ist es jetzt „das Gemeinwohl Deutschlands, das man stets im Auge behalten muß“. Eigene Auflösung und vorausgehende Entmachtung betreibt die Volkskammer in einem nicht zu überbietenden Tempo. „Uns bleibt kaum Zeit zum Luft holen“, klagt die stellvertretende SPD-Vorsitzende Angelika Barbe. Und die Zeit zum Nachdenken?

Sie scheint mehr als knapp bemessen. Oft bemerkt das Parlament durch puren Zufall, daß der Ministerrat nicht nur einen harmlosen Papierberg ausgestoßen, sondern zielstrebig die Volkskammer ausgetrickst hat. Dann bricht das Chaos aus, wie in der letzten Woche. In einer persönlichen Erklärung teilt ein Liberaler mit, wie Minister Steinberg (CDU) die DDR-Energiebetriebe per Anordnung den BRD-Stromgiganten zugeschustert hat. Wohl wissend, daß die Volkskammer etwas ganz anderes beschlossen hatte, stellt sich der Herbeizitierte doof, sein Staatssekretär nicht minder. Schreie, Gelächter, Fingerschnippen, vier Geschäftsordnungsanträge an drei Mikrophonen — der Tagungspräsident rauft sich die Haare: Eine persönliche Erklärung darf nicht diskutiert werden. Im lärmenden Tohuwabohu hat der Abgeordnete Konrad Weiß die rettende Idee. Punkt 18.05 Uhr beantragt er sofortigen Schluß der 19. Tagung der Volkskammer und die Einberufung des 20. Meetings für 18.10 Uhr. Unter brüllendem Gelächter stimmt die Volkskammer zu. Ihre folgende Sitzung dauert exakt vier Minuten: Eine neue Arbeitsgruppe wird beim nächsten Mal über die „Lage im Energiesektor“ berichten.

Es sind ja bekanntlich die parlamentarischen Ausschüsse, in denen nicht nur nach Ansicht des Abgeordneten Thietz „die eigentliche Arbeit geleistet wird“. Er selbst ist Mitglied des Rechtsausschusses, in dem vom Schornsteinfegergesetz bis zum Staatsvertrag nahezu alle der über 100 Anträge und Gesetze behandelt werden. Thietz' Leidenschaft gehört eher der Außenpolitik inclusive deutscher Einheit, „aber als Patentingenieur komme ich ja irgendwie aus dem Rechtsgebiet und deshalb sitze ich nun im Rechtsausschuß“. Ein Thema, das Patentgesetz, „hab ich fast allein bearbeitet, denn da war ich ja in meinem Element“. Ansonsten hilft ihm bei der Bewältigung der gigantischen Materialfülle „der Sinn für das Wesentliche und Machbare“. Manche Abgeordnete, wie Ibrahim Böhme (SPD), lesen angeblich zwölf Stunden am Tag — und trotzdem überschaut Böhme „oft nicht die Konsequenzen dessen, worüber ich abstimmen soll“. Wer von den parlamentarischen Amateuren sollte das auch schaffen?

Niemand. Es ist unmöglich. Erstaunlich indes, wie schnell PolitikerInnen aller Fraktionen gelernt haben, an die Stelle eigener Kompetenz einen grenzenlosen Pragmatismus und das Vertrauen auf „Experten“ zu setzen — und daran ebenso Gefallen zu finden wie an den neuen Freifahrtscheinen der Bundesbahn. Vielleicht muß man aus der (minimalen) Distanz eines Fraktionsmitarbeiters ohne Parlamentssessel agieren, um zu bemerken, „daß die westdeutschen Mitarbeiterstäbe des Ministerrates die Gesetze machen und sich DDRler nur für die Transformation auf den DDR-Duktus heranholen“, so Wolfgang Templin vom Bündnis 90; „die überfordern Parlament und Regierung gleichermaßen“. Demgegenüber ist Peter Thietz der festen Überzeugung, daß etwa „im Rechtsausschuß um jeden Satz gekämpft wird“. Und wenn abends mangels Präsenz aller CDU-ler und Liberalen „marktwirtschaftlich bedenkliche Dinge in ein Gesetz formuliert werden, dann korrigieren wir das durch einen Änderungsantrag in der Volkskammer“. Überfordert fühlen sich weder Peter Thietz noch seine Ausschußkollegin Luise Morgenstern (SPD). Im Gegenteil, die

58jährige Hausfrau — „ich hab immer nur oppositionell gedacht und im Wohnzimmer die Welt auseinandergenommen und wieder zusammengesetzt“ — ist „erstaunt darüber, wieviel man in meinem Alter noch lernen kann“. Getreu ihrem Motto „jetzt krempelst du die Ärmel auf und mischst mit“ wirbelt Luise Morgenstern in drei verschiedenen Ausschüssen. Ihr resolutes Auftreten verschafft Respekt. Die Fraktion hat sie in den Ausschuß geschickt — mit dem Argument: „Wir brauchen da auch Leute mit normalem Menschenverstand“; jetzt freut sich die Köpenicker Hausfrau über die mittlerweile gezollte Anerkennung.

Und sie zieht ein Fazit: „Wenn es hier bald vorbei ist, kann ich nicht einfach wieder als Hausfrau agieren“. Ob Luise Morgenstern ein Mandat im ersten gesamtdeutschen Parlament anstrebt, verrät sie allerdings nicht. Die Herren der Schöpfung machen in der Regel keinen Hehl aus ihren Ambitionen. In der „Pausenversorgung“ — das ist der Raum vor einer Theke mit marktwirtschaftlicher Preisexplosion und mittäglichem Senf-Mangel — ist die Zukunftssicherung der Parlamentarier regelmäßig Gesprächsthema. Nicht jeder hat ausgesorgt, wie die Familie des Außenministers Meckel: Bruder und Cousin nebst Freundin hocken auf Schlüsselpositionen in der Meckel-Behörde. Unter den Abgeordneten wird heftig getuschelt, wer in welchen Aufsichtsräten Platz findet. Manche Lehrer und Ärzte gehen in weiser Voraussicht ihrem alten Beruf nach. Diejenigen, die wie SPD-Genosse Frank Bogisch (34) aufgrund diverser Partei- und Parlamentsfunktionen „nicht das letzte Glied in der Kommunikationsstrecke sind“, glauben, berechtigte Hoffnungen auf eine „Perspektive als Berufspolitiker“ zu haben. Bogisch wird „für den Bundestag und Parteivorstand kandidieren“. Wer sich dort keine Chancen ausrechnet, spekuliert auf die Länderparlamente. Der Run auf diese Posten ist so heftig, daß ein Abgeordneter bereits jetzt prophezeit: „Nach den Landtagswahlen wird die Volkskammer ziemlich leer sein. Da will dann doch niemand mehr nachrücken für die zwei Monate“. Einer bleibt mit Sicherheit bis zum Schluß: Peter Thietz. Er möchte zwar „verantwortlich in der vereinigten FDP arbeiten. Aber dort wird das Gedränge sehr groß sein“. Sein Ziel: „Der Sprung in den Bundestag wäre die Krönung meines Lebens“.

DDR / Volkskammer diskutiert den Einigungsvertrag —

Trotz Kritik zeichnet sich Zweidrittelmehrheit ab

HANDELSBLATT, Donnerstag, 13.9.1990

fmd OST-BERLIN. In der Volkskammer zeichnet sich eine breite Zustimmung zum Einigungsvertrag ab. Da die Fraktionsvorsitzenden der SPD, Wolfgang Thierse, der FDP, Rainer Ortleb, und der Deutschen Sozialen Union (DSU), Hansjoachim Walther, für ihre Parteien trotz Kritik ein positives Votum signalisierten, dürfte bei der geplanten Verabschiedung am 19. September gemeinsam mit der CDU die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht werden.

Während der CDU-Fraktionsvorsitzende und Chefunterhändler Günther Krause meinte, mit dem Vertrag seien die wesentlichen Anliegen der DDR-Regierung durchgesetzt worden, verweigerte der PDS-Chef Gregor Gysi die Zustimmung seiner Fraktion mit dem Hinweis, daß die Arbeit der Volkskammer seit dem 18. März durch den Einigungsvertrag weitgehend negiert werde. Ein kapitaler Fehler sei es gewesen, bei der Vereinigung auf den Art. 23 statt auf Art. 146 GG zu setzen, der eine neue deutsche Verfassung vorsehe.

Gysi sprach von einem „Anschlußvertrag“, in dem die Interessen der DDR-Bürger nur unzureichend geregelt worden seien. Auch Teile des Bündnis '90/Grüne werden dem Einigungsvertrag nicht zustimmen. Durch den Beitritt blieben viele Probleme ungelöst, so daß „jetzt etwas zusammenwuchert, was zusammenwachsen sollte“, meinte Werner Schulz.

Positiv hob Thierse hervor, daß die Bodenreform verfassungsrechtlich gesichert sei. DDR-Bürger, die ein Grundstück oder ein dauerndes Nutzungsrecht in gutem Glauben erworben hätten, seien in ihren Rechten geschützt. Gysi vermutete, daß die Beweislast hinsichtlich des gutgläubigen Erwerbs bei dem Erwerber liegen würde.

Thierse machte darauf aufmerksam, daß der Weg zu einer vom vereinten deutschen Volk in freier Selbstbestimmung beschlossenen Verfassung erhalten bliebe, da der Art. 146 GG nicht gestrichen worden sei. Die Empfehlung einer Verfassungsrevision sei Bestandteil des Einigungsvertrages. Der Vertrag sei zwar ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit, doch wahrhaftig kein Wunschergebnis, was bei zwei konservativen Regierungen auch nicht zu erwarten gewesen sei, meinte Thierse.

Als schwerwiegendsten Mangel kennzeichnete der SPD-Chef die völlig unzureichende finanzielle Ausstattung der künftigen Bundesländer auf dem Boden der DDR. Sie kämen sowohl bei der Aufteilung des staatlichen Vermögens auf Bund, Länder und Gemeinden zu kurz wie auch bei der Ausstattung mit Steuermitteln. Zudem würden die Länder mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes allein gelassen. Sie seien nicht in der Lage, einen Personalbestand zu finanzieren, der über das Zwei- bis Dreifache ihre Bedarfs hinausginge. Thierse sprach sich für Berlin als Hauptstadt und Regierungssitz aus. Er wurde darin von Ortleb unterstützt.

Gysi kritisierte wie Thierse, daß einzelne „soziale Errungenschaften“ der DDR nicht von einem geeinten Deutschland übernommen werden. „Ideologische Scheuklappen“ hätten wohl dafür gesorgt.

Der Chef der Liberalen, Ortleb, wandte sich dagegen, von einer Vereinnahmung durch die Bundesrepublik zu sprechen. Die Vereinigung vollziehe sich auf eine geordnete Weise. Vorrangig sollten die Effizienz der Treuhandanstalt verbessert, der Aufbau der Länderstruktur vorangebracht sowie für eine größere Rechtssicherheit gesorgt werden.

Der CDU-Fraktionsvorstand Krause unterstrich, daß die Verhandlungen zum Vertrag partnerschaftlich geführt worden seien. „Erhobenen Hauptes“ könnten die DDR-Bürger in die deutsche Einheit gehen. Die Eigentumsverhältnisse würden nicht auf den Kopf gestellt werden. Gleichwohl könnten Entscheidungen im Einigungsvertrag rückgängig gemacht werden, das sei rechtsstaatliche Realität. Dennoch seien die „fast 1 000 vereinbarten Seiten“ mehr wert als ein alternativer Überleitungsvertrag, wie er zeitweise zur Diskussion stand. Bei der Rechtsangleichung sei ein „vernünftiger Anpassungsprozeß“ vorgesehen, der das Entstehen rechtsfreier Räume verhindere.

Eine „annehmbare Lösung“ kündigte Krause hinsichtlich des Umgangs mit den Stasi-Akten und der Rehabilitierung von Opfern des Terrorregimes an, über die derzeit noch „nachverhandelt“ werde. Im direkten Kontakt zwischen dem Bundesinnenministerium und dem Volkskammer-Ausschuß sei das bestehende „Patt“ überwunden worden.

Positiv strich Krause heraus, daß der Versuch der Bundesregierung abgewehrt werden konnte, aus den Privatisierungserlösen der Treuhandanstalt Entschädigungszahlungen zu leisten.

Auf einer ihrer letzten Sitzungen hat sich die Volkskammer wieder eine umfangreiche Tagesordnung vorgenommen. Beschlossen werden sollen u.a. das Rechtsanwaltsgesetz, das Gesetz zur Aufhebung der Versicherung der volkseigenen Wirtschaft sowie das Gesetz über die Errichtung des Ausgleichsfonds Währungsumstellung. In der Präambel des ebenfalls zu verabschiedenden Rundfunküberleitungsgesetzes heißt es, der DDR-Rundfunk solle in eine staatsunabhängige, föderale und gemeinschaftliche Einrichtung überführt werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk habe die Aufgabe der Grundversorgung, der private Rundfunk soll zum publizistischen Wettbewerb beitragen.

Anwälte der Menschen in den neuen Bundesländern

155 Abgeordnete des neuen Bundestages kommen aus dem Osten der Bundesrepublik / Von Peter Jochen Winters

BERLIN, 4. Dezember. Von den 662 Abgeordneten des gesamtdeutschen Bundestages, der sich am 20. Dezember im Berliner Reichstagsgebäude konstituieren wird, kommen 127 aus den fünf neuen Ländern und 28 aus Berlin. Diese 155 Bundestagsabgeordneten werden in der parlamentarischen Arbeit vor allem die Interessen der Menschen im Osten Deutschlands vertreten, in ihren Fraktionen sowohl wie den den Ausschüssen und im Plenum des Parlaments. Die leidvollen Erfahrungen, die diese Abgeordneten im SED-Staat gesammelt haben, verbinden sie über Fraktionsgrenzen hinaus. So wird es künftig bei manchen Sachfragen im Parlament, die speziell die Interessen der fünf neuen Länder und Berlins betreffen, Konstellationen geben, die bisher dem Bundestag fremd waren. Fraktionsübergreifend werden Parlamentarier aus dem Osten gegen Parlamentarier aus den alten Ländern debattieren und gelegentlich auch abstimmen.

Von den 155 Abgeordneten aus dem Ostteil Deutschlands haben 68 der ersten frei gewählten Volkskammer angehört, 50 von ihnen gehörten zu den 144 Abgeordneten, die im Oktober von der Volkskammer in den Bundestag entsandt wurden. In der Fraktion der CDU/CSU des neuen Bundestages sitzen nun die frühere Volkskammerpräsidentin Bergmann-Pohl sowie der letzte DDR-Ministerpräsident de Maizière und fünf seiner Minister und Staatssekretäre: Eppelmann (früherer Abrüstungs- und Verteidigungsminister), Gibtner (Verkehrsminister), Reichenbach (Minister beim Ministerpräsidenten), Krause (Staatssekretär, Verhandlungsführer beim Einigungsvertrag und Vorsitzender der CDU-Volkskammerfraktion) sowie Wieczorek (Parlamentarischer Staatssekretär beim Minister für Abrüstung und Verteidigung).

Die FDP-Fraktion des Bundestages, deren bisheriger Vorsitzender Mischnick in Sachsen gewählt wurde, hat künftig mit Bruno Menzel den Gründer der Ost-FDP und mit Rainer Ortleb den früheren Partei- und Fraktionsvorsitzenden der östlichen Schwesterpartei in ihren Reihen. Ebenfalls FDP-Bundestagsabgeordneter ist jetzt Jürgen Schmieder von der früheren Deutschen Forumpartei, einer der Vizepräsidenten der Volkskammer.

In der SPD-Fraktion des Bundestages finden sich aus den Gründerzeiten der Ost-SPD Markus Meckel, der unter de Maizière Außenminister der DDR war, Stephan Hilsberg und Angelika Barbe. Ebenfalls im Bundestag sind der letzte Vorsitzende der Ost-SPD, Thierse, sowie der Postminister im Kabinett von de Maizière, Emil Schnell aus dem Land Brandenburg.

Die Abgeordneten von zwei oppositionellen Gruppen im neuen Deutschen Bundestag kommen fast alle aus dem Ostteil der neuen Bundesrepublik, die acht vom Bündnis 90/Grüne und die 17 von der PDS, der SED-Nachfolgeorganisation. Die acht Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne kommen alle aus den neuen Bundesländern und dem Ostteil Berlins, und sie vertreten vor allem die Bürgerbewegungen, die im Herbst 1989 das SED-Regime gestürzt und die revolutionäre Wende herbeigeführt haben. Der Diplom-Physiker Gerd Poppe aus Berlin, der zur „Initiative Frieden und Menschenrechte", der ältesten Bürgerbewegung in der ehemaligen DDR gehört, war am Zentralen Runden Tisch aktiv und trat im Februar 1990 als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung Modrow ein. Zuletzt war er Abgeordneter der ersten frei gewählten Volkskammer. Für das Neue Forum, im Herbst 1989 die größte oppositionelle Gruppe in der DDR, sind Ingrid Köppe, die ebenfalls am Zentralen Runden Tisch in Berlin eine Rolle spielte, und Werner Schulz im neuen Bundestag. Schulz war ebenfalls Volkskammerabgeordneter und einer der 144 Volkskammerabgeordneten, die am 4. Oktober in den Bundestag entsandt wurden. Die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt" ist im Bundestag durch die Abgeordneten Wolfgang Ullmann und Konrad Weiß vertreten. Ullmann, Theologe und einst Dozent an einer Kirchlichen Hochschule in Ost-Berlin, war eine der beherrschenden Figuren am Zentralen Runden Tisch in Berlin, Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow, Abgeordneter und einer der Vizepräsidenten der Volkskammer und zuletzt ab Oktober Mitglied des Deutschen Bundestages. Der Dokumentarfilmer Konrad Weiß, ebenfalls Abgeordneter der frei gewählten Volkskammer galt zuletzt zusammen mit Ullmann als der authentische Sprecher der Bürgerbewegungen des Herbstes in der DDR. Während der Unabhängige Frauenverband durch Christa Schenk aus Brandenburg vertreten wird, haben die Ost-Grünen zwei Abgeordnete im Deutschen Bundestag: Klaus Feige aus Mecklenburg-Vorpommern und Vera Wollenberger, einst Mitbegründerin der „Kirche von unten" in der alten DDR und eine derjenigen, die nach der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 verhaftet, verurteilt und zeitweise ins Ausland abgeschoben worden waren.

Von den 17 Mitgliedern der PDS, die um den Fraktionsstatus kämpfen, wurde eine Abgeordnete im Westteil Deutschlands gewählt: Die 39 Jahre alte Buchhändlerin und Studentin Ulla Jelpcke in Nordrhein-Westfalen. Zwei PDS-Abgeordnete wurden zwar im Osten gewählt, stammen aber aus dem Westen: Die 33 Jahre alte Rechtsanwältin Andrea Lederer, gewählt in Mecklenburg-Vorpommern, stammt aus Hamburg und ist im Westen Vorkämpferin für die „Linke Liste". Der 51 Jahre alte Volkswirt Ulrich Briefs, in Sachsen gewählt, war bis zu seiner Kandidatur für die PDS Mitglied der Grünen im Westen.

Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS, Teilnehmer am Zentralen Runden Tisch in Berlin, Volkskammerabgeordneter und seit Oktober Bundestagsabgeordneter, ist der einzige Abgeordnete aus dem linken Spektrum jenseits der SPD, der seit dem Bestehen des Bundestages ein Direktmandat gewonnen hat. Ihm gelang das im Ostteil Berlins, im Bundestagswahlkreis 261, der die riesigen Neubaugebiete Marzahn und Hellersdorf umfaßt. Als einziger Amtsträger der alten SED und Mitglied ihres Zentralkomitees seit 1967 sitzt Hans Modrow im Bundestag. Er war lange Jahre 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, dann nach der Wende DDR-Ministerpräsident. Modrow gehörte der alten Volkskammer seit 1957 an, war Abgeordneter der frei gewählten Volkskammer und saß seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Bundestag. Bundestagsabgeordneter ist auch der Kulturminister in der Regierung Modrow, Dietmar Keller, der vor der Wende Staatssekretär in diesem Ministerium war. Keller war ebenfalls Abgeordneter der frei gewählten Volkskammer und saß seit Oktober im Bundestag. Sechs weitere PDS-Abgeordnete gehörten zu jenen 144 Volkskammerabgeordneten, die nach dem Beitritt der DDR in den Bundestag entsandt wurden. Bemerkenswert ist noch, daß drei PDS-Abgeordnete auf den Listen dieser Partei in den Bundestag gelangt sind, obwohl sie ihr nicht angehören: Die 26 Jahre alte Petra Bläss vom Unabhängigen Frauenverband, die bei der ersten freien Volkskammerwahl Vorsitzende der Wahlkommission der DDR war; der 39jährige Ilja Seifert, Präsident des „Behindertenverbandes in Deutschland e.V.", sowie die 41 Jahre alte Jutta Braband von der „Vereinigten Linken".

Bundesarchiv Berlin

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A)

Die bisher angelegte **Vertragspolitik der Bundesregierung** gegenüber der Sowjetunion und allen anderen Warschauer-Pakt-Staaten hat dieser Entwicklung wichtige Impulse gegeben.

Aber, meine Damen und Herren, zu den Ursachen der jüngsten Veränderungen gehört vor allem auch die konsequente Politik für den Zusammenhalt unserer Nation. Wenn wir etwa den Aufforderungen — auch aus Ihren Kreisen — gefolgt wären, die Genscher-Forderungen von Herrn Honecker zu akzeptieren, wären wir längst nicht dort, wo wir heute — Gott sei Dank — stehen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Seit 1987 haben uns jährlich viele Millionen Landsleute aus der DDR besucht, darunter zahlreiche junge Leute. Diese „Politik der kleinen Schritte" hat in schwierigen Zeiten das **Bewußtsein für die Einheit der Nation** wachgehalten und gefördert und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen vertieft.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, die Entwicklungen der letzten Jahre, die **Besuchszahl** von weit über 10 Millionen bis zum Sommer dieses Jahres seit 1987, widerlegt alle düsteren Prognosen aus dem Jahr 1983, die wir hier hörten und die immer wieder vorgetragen wurden, daß mit dieser Bundesregierung und dieser Koalition eine „neue Eiszeit" in den West-Ost-Beziehungen kommen würde.

(B)

(Lachen bei der CDU/CSU)

Ich darf hier noch einmal die besonders infame Unterstellung erwähnen, wir seien „nicht friedensfähig".

Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil von all dem, was Sie vorausgesagt haben, ist eingetreten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Heute haben wir — und wir sind glücklich darüber — mehr Verständigung und Gemeinsamkeit in Deutschland und in Europa als jemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Heute stehen wir, für jedermann erkennbar, am Beginn eines neuen Abschnitts der europäischen und der deutschen Geschichte — eines Abschnitts, der über den Status quo, über die bisherigen politischen Strukturen in Europa hinausweist.

Dieser Wandel ist zuallererst ein Werk der Menschen, die auf der Gewährung von Freiheit bestehen, auf der Achtung ihrer Menschenrechte und auf dem Recht, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Alle, die in und für Europa Verantwortung tragen, müssen diesem Willen der Menschen und Völker Rechnung tragen. Wir alle sind jetzt aufgerufen, eine neue Architektur für das europäische Haus, für eine dauerhafte und für eine gerechte Friedensordnung auf unserem Kontinent zu gestalten, wie es ja auch Generalsekretär Gorbatschow und ich in unserer gemeinsamen Erklärung hier in Bonn am 13. Juni bekräftigt haben.

(Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: „Gorbatschow und ich"! Ist doch lachhaft!)

— Ich weiß nicht, ob Sie während dieser Zeit nicht hier waren. Die Unterschriften sind von den beiden, die ich eben genannt habe.

Dabei müssen, meine Damen und Herren, die legitimen Interessen aller Beteiligten gewahrt werden. Das gilt selbstverständlich — ich betone dies — auch für die deutschen Interessen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir nähern uns damit dem Ziel, das sich das Atlantische Bündnis bereits im Dezember 1967 gesetzt hatte. Herr Abgeordneter Vogel, wenn Sie die Unterschriften nachlesen, werden Sie unschwer feststellen, wer damals für die Bundesrepublik gezeichnet hat.

Dort heißt es — ich zitiere —:

> Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist ... nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und gewaltsamsten offenbaren.

Meine Damen und Herren, wenn das unsere gemeinsame Grundlage ist, dann können Sie, wie ich hoffe, auch dem Folgenden zustimmen:

(C)

(D)

Der Weg zur deutschen Einheit, das wissen wir alle, ist nicht vom grünen Tisch oder mit einem Terminkalender in der Hand zu planen. Abstrakte Modelle kann man vielleicht polemisch verwenden, aber sie helfen nicht weiter.

Aber wir können, wenn wir nur wollen, schon heute jene Etappen vorbereiten, die zu diesem Ziel hinführen.

(Dr. Vogel [SPD]: Sehr gut!)

Ich möchte diese Ziele an Hand eines **Zehn-Punkte-Programms** erläutern.

Erstens. Zunächst sind **Sofortmaßnahmen** erforderlich, die sich aus den Ereignissen der letzten Wochen ergeben, insbesondere durch die Fluchtbewegung und die neue Dimension des Reiseverkehrs. Die Bundesregierung ist zu sofortiger konkreter Hilfe dort bereit, wo diese Hilfe jetzt benötigt wird. Wir werden im humanitären Bereich und auch bei der medizinischen Versorgung helfen, soweit dies gewünscht wird und auch nützlich ist.

Wir wissen auch, daß das **Begrüßungsgeld,** das wir für jeden Besucher aus der DDR einmal jährlich zahlen, keine Lösung für die Finanzierung von Reisen sein kann. Letzlich muß die DDR selbst ihre Reisenden mit den nötigen Devisen ausstatten.

Wir sind aber bereit, für eine Übergangszeit einen Beitrag zu einem **Devisenfonds** zu leisten. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß der **Mindestumtausch** bei Reisen in die DDR entfällt, Einreisen dorthin erheblich erleichtert werden und die DDR einen eige-

(A) nen substantiellen Beitrag zu einem solchen Fonds leistet.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD — Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Und wieviel zahlen Sie?)

Unser Ziel ist und bleibt ein möglichst ungehinderter Reiseverkehr in beide Richtungen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Zweitens. Die Bundesregierung wird wie bisher die Zusammenarbeit mit der DDR in allen Bereichen fortsetzen, die den Menschen auf beiden Seiten unmittelbar zugute kommt. Das gilt insbesondere für die **wirtschaftliche, wissenschaftlich-technologische und kulturelle Zusammenarbeit**. Besonders wichtig ist eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich des **Umweltschutzes**. Hier kann schon in aller Kürze, wie immer sonst die Entwicklung sein mag, über neue Projekte entschieden werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Das gleiche gilt — der Bundespostminister hat die entsprechenden Gespräche eingeleitet — für einen möglichst baldigen umfassenden Ausbau der **Fernsprechverbindungen** mit der DDR und des Telefonnetzes der DDR.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Über den Ausbau der Eisenbahnstrecke Hannover–Berlin wird weiter verhandelt. Ich bin allerdings der (B) Auffassung, daß dies zu wenig ist und daß wir angesichts der jetzt eingetretenen Entwicklung

(Zuruf von der SPD)

— nein; ich meine etwas anderes — uns einmal sehr grundsätzlich über die **Verkehrs- und Eisenbahnlinien in der DDR** und in der Bundesrepublik Deutschland unterhalten müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD sowie der Abg. Frau Garbe [GRÜNE])

Vierzig Jahre Trennung bedeuten ja auch, daß sich die Verkehrswege zum Teil erheblich auseinanderentwickelt haben. Das gilt nicht nur für die Grenzübergänge, sondern beispielsweise auch für die traditionelle Linienführung der Verkehrswege in Mitteleuropa, für die Ost-West-Verbindungen. Es ist nicht einzusehen, weshalb die klassische Route Moskau–Warschau–Berlin–Paris, die ja immer über Köln führte und zu allen Zeiten große Bedeutung hatte, im Zeitalter schneller Züge und am Vorabend des Ausbaus eines entsprechenden europäischen Verkehrswesens nicht mit eingebracht werden sollte.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Drittens. Ich habe angeboten, unsere Hilfe und unsere Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, wenn ein **grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR** verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt wird. „Unumkehrbar" heißt für uns und vor allem für mich, daß sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf eine Verfassungsänderung und auf ein neues Wahlgesetz verständigt. (C)

Wir unterstützen die Forderung nach freien, gleichen und geheimen Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, das heißt selbstverständlich auch nichtsozialistischer, Parteien. Das Machtmonopol der SED muß aufgehoben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD sowie der Abg. Frau Garbe [GRÜNE])

Die geforderte Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse bedeutet vor allem die Abschaffung des politischen Strafrechts und als Konsequenz die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FPD sowie der Abg. Frau Garbe [GRÜNE] und der Abg. Frau Eid [GRÜNE] — Frau Oesterle-Schwerin [GRÜNE]: In der Türkei sind Sie nicht so pingelig!)

— Daß Sie, die Sie hier eingezogen sind, Zeichen des Friedens zu setzen, protestieren, wenn ich über die Freilassung politischer Gefangener spreche, entspricht der Entwicklung, die Sie genommen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wirtschaftliche Hilfe kann nur dann wirksam werden, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgen. Dies zeigen die Erfahrungen mit allen RGW-Staaten; mit Belehrungen von unserer Seite hat das nichts zu tun. Die bürokratische Planwirtschaft muß abgebaut werden. (D)

Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Wir wissen: Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht. Wer in diesem Zusammenhang den Vorwurf der Bevormundung erhebt, den verstehe ich nicht.

(Dr. Rose [CDU/CSU]: So ist es!)

In Ungarn und in Polen gibt es jeden Tag Beispiele dafür, an denen sich doch die DDR — ebenfalls Mitgliedstaat des RGW — ohne weiteres orientieren kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Stahl [Kempen] [SPD])

Unser und mein dringender Wunsch ist es, daß es möglichst rasch zu einer solchen Gesetzgebung kommt. Denn es wäre für uns ein wenig erfreulicher Zustand, wenn — was ich ebenfalls wünsche — Privatkapital aus der Bundesrepublik Deutschland in Polen und noch mehr — die Dinge entwickeln sich sehr erfreulich — in Ungarn investiert würde und mitten in Deutschland diese Investitionen ausbleiben. Wir wollen, daß möglichst viele derartige Investitionen von möglichst zahlreichen Unternehmen getätigt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will es noch einmal klar unterstreichen: Dies sind keine Vorbedingungen, sondern das ist schlicht

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) und einfach die sachliche Voraussetzung, damit Hilfe überhaupt greifen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Im übrigen kann kein Zweifel daran bestehen, daß dies auch die Menschen in der DDR wollen. Sie wollen wirtschaftliche Freiheit, und sie wollen damit die Früchte ihrer Arbeit endlich ernten und mehr Wohlstand gewinnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn ich heute die Diskussion zu diesem Thema — der künftigen **Wirtschaftsordnung** in der DDR — innerhalb der SED selbst verfolge — wir werden es in ein paar Tagen auf dem Parteitag der SED vor aller Öffentlichkeit erleben können —, dann kann ich beim besten Willen nicht erkennen, daß derjenige, der das hier ausspricht, sich in die inneren Angelegenheiten der DDR einmischt. Ich finde das ziemlich absurd.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe des Abg. Dr. Lippelt [Hannover] [GRÜNE])

— Es lohnt sich wirklich nicht, auf die Beiträge, die Sie dazwischenrufen, einzugehen. Bloß, es bedrückt mich, wie weit Sie in Tat und Wahrheit von der inneren Situation der Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland entfernt sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FPD)

Viertens. Ministerpräsident Modrow hat in seiner Regierungserklärung von einer **Vertragsgemeinschaft** gesprochen. Wir sind bereit, diesen Gedanken (B) aufzugreifen. Denn die Nähe und der besondere Charakter der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland erfordern ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen.

Diese Zusammenarbeit wird zunehmend auch **gemeinsame Institutionen** erfordern. Bereits bestehende Kommissionen könnten neue Aufgaben erhalten, weitere könnten gebildet werden. Ich denke dabei insbesondere an die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur. Ich brauche nicht zu betonen, daß bei all dem, was jetzt zu geschehen hat, für uns **Berlin** voll einbezogen bleiben muß. Das war, ist und bleibt unsere Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Fünftens. Wir sind aber auch bereit, noch einen entscheidenden Schritt weiterzugehen, nämlich **konföderative Strukturen** zwischen beiden Staaten in Deutschland zu entwickeln mit dem Ziel, eine Föderation, d. h. eine bundesstaatliche Ordnung, in Deutschland zu schaffen. Das setzt aber eine demokratisch legitimierte Regierung in der DDR zwingend voraus.

Dabei könnten wir uns schon bald nach freien Wahlen folgende Institutionen vorstellen: einen gemeinsamen Regierungsausschuß zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung, gemeinsame Fachausschüsse, ein gemeinsames parlamentarisches Gremium — und manches andere mehr angesichts einer völlig neuen Entwicklung. (C)

Die bisherige Politik gegenüber der DDR mußte sich angesichts der Verhältnisse im wesentlichen auf kleine Schritte beschränken, mit denen wir vor allem versuchten, die Folgen der Teilung für die Menschen zu mildern und das Bewußtsein für die Einheit der Nation wachzuhalten und zu schärfen. Wenn uns künftig eine demokratisch legitimierte, d. h. frei gewählte Regierung als Partner gegenübersteht, eröffnen sich völlig neue Perspektiven. Stufenweise können **neue Formen institutioneller Zusammenarbeit** entstehen und ausgeweitet werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ein solches Zusammenwachsen liegt in der **Kontinuität der deutschen Geschichte.** Staatliche Organisation in Deutschland hieß in unserer Geschichte fast immer auch **Konföderation** und **Föderation.** Wir können doch auf diese historischen Erfahrungen zurückgreifen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand. Daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Beifall bei der SPD)

Sechstens. Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den **gesamteuropäischen Prozeß,** d. h. immer auch in die West-Ost-Beziehungen. (D) Die künftige Architektur Deutschlands muß sich einfügen in die künftige Architektur Gesamteuropas. Hierfür hat der Westen mit seinem Konzept der dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung Schrittmacherdienste geleistet.

Generalsekretär Gorbatschow und ich sprechen in der Gemeinsamen Erklärung vom Juni dieses Jahres, die ich bereits zitiert habe, von den Bauelementen eines „gemeinsamen europäischen Hauses". Ich nenne beispielhaft dafür die uneingeschränkte Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates. Jeder Staat hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen. Ich nenne die uneingeschränkte Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts, insbesondere Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Ich nenne die Verwirklichung der Menschenrechte. Ich nenne die Achtung und Pflege der geschichtlich gewachsenen Kulturen der Völker Europas. Mit alledem wollen wir — so haben es Generalsekretär Gorbatschow und ich festgeschrieben — an die geschichtlich gewachsenen europäischen Traditionen anknüpfen und zur Überwindung der Trennung Europas beitragen.

Siebtens. Die Anziehungs- und Ausstrahlungskraft der Europäischen Gemeinschaft ist und bleibt eine entscheidende Konstante der gesamteuropäischen Entwicklung. Wir wollen und müssen sie weiter stärken. Die **Europäische Gemeinschaft** ist jetzt gefordert, mit Offenheit und Flexibilität auf die reformorientierten Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zuzugehen. Dies haben die Staats- und Regierungschefs der

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) EG-Mitgliedstaaten kürzlich bei ihrem Treffen in Paris ja auch so festgestellt.

Hierbei ist die DDR selbstverständlich eingeschlossen. Die Bundesregierung befürwortet deshalb den baldigen **Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der DDR,** das den Zugang der DDR zum Gemeinsamen Markt erweitert, auch was die Perspektive 1992 betrifft. Wir können uns für die Zukunft sehr wohl bestimmte Formen der Assoziierung vorstellen, die die Volkswirtschaften der reformorientierten Staaten Mittel- und Südosteuropas an die EG heranführen und damit das wirtschaftliche und soziale Gefälle auf unserem Kontinent abbauen helfen. Das ist eine der ganz wichtigen Fragen, wenn das Europa von morgen ein gemeinsames Europa sein soll.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, den Prozeß der **Wiedergewinnung** der deutschen Einheit verstehen wir immer auch als europäisches Anliegen. Er muß deshalb auch im **Zusammenhang mit der europäischen Integration** gesehen werden. Ich will es ganz einfach so formulieren: Die EG darf nicht an der Elbe enden, sondern muß die Offenheit auch nach Osten wahren.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD — Dr. Vogel [SPD]: Sehr gut!)

(B) Nur in diesem Sinne — wir haben das Europa der Zwölf immer nur als einen Teil und nicht als das Ganze verstanden — kann die Europäische Gemeinschaft Grundlage einer wirklich umfassenden europäischen Einigung werden. Nur in diesem Sinne wahrt, behauptet und entwickelt sie die Identität aller Europäer. Diese Identität, meine Damen und Herren, ist nicht nur in der kulturellen Vielfalt Europas, sondern auch und vor allem in den Grundwerten von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Selbstbestimmung begründet.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Was wird aus den anderen Teilen der Welt? — Unruhe)

Soweit die Staaten Mittel- und Südosteuropas die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, würden wir es auch begrüßen, wenn sie dem Europarat und insbesondere auch der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten beiträten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Achtens. Der **KSZE-Prozeß** ist ein Herzstück dieser gesamteuropäischen Architektur. Wir wollen ihn vorantreiben und die bevorstehenden Foren nutzen: die Menschenrechtskonferenzen in Kopenhagen 1990 und in Moskau 1991, die Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn 1990, das Symposion über das kulturelle Erbe in Krakau 1991 und nicht zuletzt das nächste Folgetreffen in Helsinki. Dort sollten wir auch über neue institutionelle Formen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachdenken. Wir könnten uns eine gemeinsame Institution zur Koordinierung der West-Ost-Wirtschaftszusammenarbeit sowie die Einrichtung eines gesamteuropäischen Umweltrates sehr gut vorstellen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Neuntens. Die Überwindung der Trennung Europas und der Teilung Deutschlands erfordern weitreichende und zügige Schritte in der **Abrüstung und Rüstungskontrolle.** Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen mit der politischen Entwicklung Schritt halten und, wenn notwendig, beschleunigt werden. Dies gilt im besonderen für die Wiener Verhandlungen über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa und für die Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen ebenso wie für das weltweite Verbot chemischer Waffen, das, wie ich hoffe, 1990 kommen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies erfordert auch, daß auch die Nuklearpotentiale der Großmächte auf das strategisch erforderliche Minimum reduziert werden können.

Das bevorstehende Treffen zwischen Präsident Bush und Generalsekretär Gorbatschow bietet eine gute Gelegenheit, den jetzt laufenden Verhandlungsrunden neue Schubkraft zu geben. Wir bemühen uns — auch in zweiseitigen Gesprächen mit den Staaten des Warschauer Paktes einschließlich der DDR —, diesen Prozeß zu unterstützen.

Zehntens. Mit dieser umfassenden Politik wirken wir auf einen Zustand des Friedens in Europa hin, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann. Die **Wiedervereinigung,** d. h. die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung. (D)

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind dankbar, daß wir in der Erklärung des Brüsseler NATO-Gipfels vom Mai dieses Jahres dafür erneut die Unterstützung unserer Freunde und Partner gefunden haben.

Meine Damen und Herren, wir sind uns bewußt, daß sich auf dem Weg zur deutschen Einheit viele schwierige Fragen stellen, auf die korrekterweise heute niemand eine abschließende Antwort geben kann.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Dazu gehört vor allem auch — ich betone das — die ebenso schwierige wie entscheidende Frage übergreifender Sicherheitsstrukturen in Europa.

Die Verknüpfung der deutschen Frage mit der gesamteuropäischen Entwicklung und den West-Ost-Beziehungen — wie ich sie soeben in zehn Punkten erläuterte — ermöglicht eine organische Entwicklung, die den Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt und — dies ist unser Ziel — einer friedlichen und freiheitlichen Entwicklung in Europa den Weg bahnt. Nur miteinander und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens können wir die Teilung Europas, die immer auch die Teilung Deutschlands ist, friedlich überwinden.

Bundeskanzler Dr. Kohl

(A) Das heißt, wir brauchen auf allen Seiten Besonnenheit, Vernunft und Augenmaß, damit die jetzt begonnene — so hoffnungsvolle — Entwicklung stetig und friedlich weiterverläuft. Was diesen Prozeß stören könnte, sind nicht Reformen, sondern deren Verweigerung. Nicht Freiheit schafft Instabilität, sondern deren Unterdrückung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jeder gelungene Reformschritt bedeutet für ganz Europa ein Mehr an Stabilität und einen Zugewinn an Freiheit und Sicherheit.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in wenigen Wochen beginnt das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, ein Jahrhundert, das so viel Elend, Blut und Leid sah. Es gibt heute viele hoffnungsvolle Zeichen dafür, daß die 90er Jahre die Chancen für mehr Frieden und mehr Freiheit in Europa und in Deutschland in sich tragen. Es kommt dabei — jeder spürt dies — entscheidend auch auf unseren, den deutschen Beitrag an. Wir alle sollten uns dieser Herausforderung der Geschichte stellen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU/CSU und der FDP, Beifall bei der SPD — Die Abgeordneten der CDU/CSU erheben sich)

Vizepräsident Cronenberg: Das Wort hat der Abgeordnete Vogel (Frankfurt).

(Dr. Rose [CDU/CSU]: Was kann uns der noch bieten? — Carstensen [Nordstrand] [CDU/CSU]: Gib die Rede zu Protokoll!)

(B)

Vogel (Frankfurt) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bundeskanzler, Sie sind mit den zehn Punkten, die Sie hier vorgetragen haben, in vielen Begriffen — Politik der kleinen Schritte, KSZE — auf uns zugegangen. In einer solchen Situation, vor solchen Herausforderungen werden wir Sozialdemokraten auch nicht davor zurückscheuen, auf Sie zuzugehen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Sie werden gemerkt haben, daß zwischen den Ausführungen von Jochen Vogel heute morgen und dem, was Sie jetzt in den zehn Punkten vorgetragen haben, keine konzeptionellen Differenzen zu erkennen sind.

(Zuruf von der CDU/CSU: Bravo!)

Deshalb stimmen wir Ihnen in allen zehn Punkten zu.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP — Zuruf von der CDU/CSU: Wiedervereinigung!)

Und bei allem Streit, der im einzelnen bei der Umsetzung dieser Punkte oder bei der Interpretation des einen oder anderen Punktes bleiben wird, bieten wir Ihnen unsere Zusammenarbeit bei der Verwirklichung dieses Konzeptes, das auch unser Konzept ist, an.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

(C) Es ist wahr: Die **demokratische Revolution** in Osteuropa eröffnet jetzt eine realistische Perspektive für eine neue Einheit unseres bisher gespaltenen Kontinents und damit auch für eine **Einheit der Deutschen**. Die Deutschen in der DDR haben dadurch, daß sie friedlich Freiheitsrechte erkämpften, der deutschen Nation mehr geholfen als die gesamte nationale Rhetorik von bestimmten Gruppen der Rechten seit dem Untergang des Hitlerreiches.

(Beifall bei der SPD)

Die Deutschen in der DDR üben ihr **Selbstbestimmungsrecht** in Formen aus, die eher an die Form von Kirchentagen und der Friedensbewegung erinnern als an die von Vertriebenenverbänden.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Nationales geschieht, aber Nationalisten werden isoliert. In Berlin vereinen sich die Bürger einer bisher geteilten Stadt, zahlreiche neue Grenzübergänge werden geschaffen, die getrennten Teile der Stadt werden durch neue Verbindungen und Bindungen wieder zusammengefügt. Ohne staatliche Neuorganisation von oben, ohne daß Statusfragen oder völkerrechtliche Fragen bereits aufgeworfen werden, vollzieht sich der Prozeß des Wiedersehens und der Wiedervereinigung von langgetrennten Freunden und Familien. Das ist die Einheit, die aus Freiheit und Menschenrechten und nicht aus Staatsrecht entsteht. Das ist die Einheit, die wir Sozialdemokraten wünschen und die wir unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Aber in dem **Prozeß der Demokratisierung** in der DDR, in Polen, in der Sowjetunion, in Bulgarien und jetzt in der Tschechoslowakei beginnt auch die **Überwindung der** bisherigen **Spaltung** Berlins, der beiden deutschen Staaten und der beiden Teile Europas. Die Deutschen und die Europäer gewinnen so durch Freiheitswillen und durch Demokratie an Einheit. Dieser Einigungsprozeß kann, wenn wir den Begriff des neuen Ministerpräsidenten der DDR aufgreifen, erst einmal zu einer „Vertragsgemeinschaft", zum engen Miteinander zweier völkerrechtlich getrennter deutscher Staaten, dann zu einer Konföderation zweier gleichberechtigter deutscher Staaten mit gemeinsamen Institutionen, wie Johannes Rau das vor einer Woche auf dem Landesparteitag auch vorgeschlagen hat, oder schließlich auch zu einem in einer europäischen Struktur eingebundenen Bundesstaat führen. Keine dieser Entwicklungen ist ausgeschlossen, keine möchten wir von vornherein ausschließen. Aber wir sollten wir den Bürgerinnen und Bürgern der DDR vorzuschreiben versuchen, wie sie sich entscheiden sollen. Das **Recht auf Selbstbestimmung** schließt das Recht auf unterschiedliche Ergebnisse bei der Ausübung dieses Rechts ein.

Wir Sozialdemokraten sind für das jeweils erreichbare Höchstmaß an Einheit. Aber dabei sollten wir alle — Sie von den Regierungsparteien und wir in der Opposition — beachten: Die Deutschen können nur an Einheit gewinnen, wenn Europa durch diese Einheit auch an Frieden gewinnt.

(Beifall bei der SPD)

Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7465

21. 06. 90

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses Deutsche Einheit

Gemeinsame Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze

- **Anträge der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN im Ausschuß Deutsche Einheit**

- **Antrag der Fraktion der SPD**
  — Drucksache 11/6237 —

  Garantie der polnischen Westgrenze

- **Antrag der Fraktion der SPD**
  — Drucksache 11/6951 —

  Vertrag über die polnische Westgrenze

- **Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN**
  — Drucksache 11/6250 —

  Endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens

- **Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN zur Erklärung der Bundesregierung**
  — Drucksache 11/7016 —

  Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag

- im Bewußtsein seiner Verantwortung vor der deutschen und europäischen Geschichte,
- fest entschlossen, dazu beizutragen, die Einheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden, damit Deutschland als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa des Rechts und der Menschenrechte dem Frieden und der Freiheit der Welt dienen wird,
- in dem Bestreben, durch die deutsche Einheit einen Beitrag zum Aufbau einer Europäischen Friedensordnung zu leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammenleben und umfassende Zusammenarbeit zum Wohle aller sowie dauerhaften Frieden, Freiheit und Stabilität gewährleistet,
- im Bewußtsein, daß dem polnischen Volk durch Verbrechen, die von Deutschen und im deutschen Namen begangen worden sind, schreckliches Leid zugefügt worden ist,
- in dem Bewußtsein, daß Millionen von Deutschen, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben wurden, großes Unrecht geschehen ist,
- in dem Wunsche, daß im Gedenken an die tragischen und schmerzlichen Seiten der Geschichte auch ein vereintes Deutschland und die Republik Polen die Politik der Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen konsequent fortsetzen, ihre Beziehungen im Blick auf die Zukunft gestalten und damit ein Beispiel für gute Nachbarschaft geben,
- in der Überzeugung, daß dem Engagement der jungen Generation bei der Aussöhnung beider Völker besondere Bedeutung zukommt,
- in der Erwartung, daß die frei gewählte Volkskammer der DDR gleichzeitig eine gleichlautende Entschließung abgibt,

gibt seinem Willen Ausdruck, daß der Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen durch einen völkerrechtlichen Vertrag endgültig wie folgt bekräftigt wird:

Der Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen bestimmt sich nach dem „Abkommen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze" vom 6. Juli 1950 und den zu seiner Durchführung und Ergänzung geschlossenen Vereinbarungen (Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht vom 22. Mai 1989; Akt über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen vom 27. Januar 1951) sowie dem „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volks-

republik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen" vom 7. Dezember 1970.

Beide Seiten bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer Souveränität und territorialen Integrität.

Beide Seiten erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Entschließung der Republik Polen förmlich als Ausdruck auch ihres Willens mitzuteilen.

Bonn, den 20. Juni 1990

Der Ausschuß Deutsche Einheit

Frau Dr. Süssmuth	**Lintner**	**Stobbe**	**Hoppe**	**Frau Dr. Vollmer**
Vorsitzende	Berichterstatter			

Drucksache 11/7465 Deutscher Bundestag — 11. Wahlperiode

Bericht der Abgeordneten Lintner, Stobbe, Hoppe und Frau Dr. Vollmer

Der Ältestenrat hat am 17. Mai 1990 gemäß der ihm vom Deutschen Bundestag am 27. April 1990 erteilten Ermächtigung, den Antrag der Fraktion der SPD „Vertrag über die polnische Westgrenze" — Drucksache 11/6951 — sowie den Entschließungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Bericht über den Stand der Verhandlungen mit der DDR" — Drucksache 11/7016 — jeweils dem Ausschuß Deutsche Einheit zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Die Anträge der Fraktion der SPD „Garantie der polnischen Westgrenze" — Drucksache 11/6237 — und der Fraktion DIE GRÜNEN „Endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Westgrenze Polens" — Drucksache 11/6250 — sind in der 212. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. Mai 1990 federführend an den Ausschuß Deutsche Einheit und an den Auswärtigen Ausschuß zur Mitberatung überwiesen worden.

In dem Bemühen, zu einer von allen Fraktionen getragenen Entschließung zur deutsch-polnischen Grenze zu gelangen, haben sich die Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN auf den in der Beschlußempfehlung wiedergegebenen Text geeinigt. Der Ausschuß hat am 20. Juni 1990 in Berlin (Ost) in einer Sitzung mit dem Ausschuß Deutsche Einheit der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik gemeinsam beraten. Das Ergebnis ist der vorliegende Text der Beschlußempfehlung.

An der Vorbereitung der Beschlußempfehlung waren die Bundesregierung und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beteiligt.

Mit der Annahme der Beschlußempfehlung bezeichnete die Fraktion der SPD ihre Anträge als erledigt. Das gleiche gilt für die Anträge der Fraktion DIE GRÜNEN mit der Maßgabe, daß die Frage der Entschädigung für polnische Zwangsarbeiter im Zweiten Weltkrieg in einer neuen Initiative aufgegriffen wird. Die Fraktion der SPD kündigte eine ähnliche Initiative an. Die Fraktion DIE GRÜNEN betonte, daß sie weiterhin die Paraphierung eines deutsch-polnischen Grenzvertrags als integralen Bestandteil des Schlußdokuments der 2 plus 4 Verhandlungen fordert.

Der Auswärtige Ausschuß hat am 15. Juni 1990 auf eine Beratung und Abstimmung in der Sache verzichtet.

Der Ausschuß Deutsche Einheit hat am 20. Juni 1990 der Beschlußempfehlung ohne Gegenstimmen und Enthaltungen zugestimmt.

Bonn, den 20. Juni 1990

Lintner **Stobbe** **Hoppe** **Frau Dr. Vollmer**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333

Schlußwort der Präsidentin der Volkskammer der DDR, Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum letzten Mal kommen wir heute als Abgeordnete des ersten freigewählten Parlaments in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik zusammen. Unser Abschied in dieser Stunde ist so ungewöhnlich wie unser Auftrag, der uns vor sieben Monaten von den Wählerinnen und Wählern auf den Weg gegeben wurde. Er bestand darin, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir heute die Arbeit beenden können. Wann war eine demokratische Volksvertretung jemals in der Geschichte mit einer solchen Aufgabe beauftragt worden? Mit dem morgigen Tag können wir sagen: Wir haben unseren Auftrag erfüllt, die Einheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung zu vollenden.

(Beifall)

Blicken wir auf die vergangenen Monate zurück. Für jeden einzelnen von uns ist diese Zeit mit völlig neuen Erfahrungen und Einsichten verbunden. Keiner von uns konnte vor einem Jahr ahnen, auf welche Weise die Geschichte einmal seinen Lebensplan durchkreuzen würde, vor welche Anforderungen er im März dieses Jahres gestellt werden sollte. Die Herausforderung war groß, die politischen Erfahrungen für die meisten von uns gering. Alle mußten lernen, die Regeln einer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie einzuüben. Kühne Entscheidungen und zugleich nüchterne Urteile wurden von uns verlangt. Bei allen politisch unterschiedlichen Überzeugungen durften wir das große Ziel nicht aus den Augen verlieren. Und so notwendig es war, dieses Ziel mit allem Nachdruck zu verfolgen, so lebenswichtig war es, die vielen Fragen des Alltags, die Sorgen und Ängste der Menschen in unsere Arbeit einzubeziehen. Wir hatten die Freiheit gewonnen, und mit ihr wuchs die Verantwortung. Jeder von uns hat sich auf seine Weise bemüht, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Jeder hat dabei sein eigenes Urteil gefunden, jeder seine eigene Wahrheit gesucht. Eine Garantie für den besten Weg konnte es dabei nicht geben. Auch unser Werk ist nur Menschenwerk. Es schließt Fehler und Irrtümer nicht aus, und doch haben wir immer wieder versucht, ein Zeichen der Wahrhaftigkeit zu setzen.

Bei allem Hader über uns selbst, bei aller Unzufriedenheit über die Ergebnisse im einzelnen haben wir doch immer wieder im entscheidenden Moment die Kraft für die gemeinsame Verantwortung aufgebracht. Es hat wichtige und auch bewegende Augenblicke dieser Gemeinsamkeit gegeben. Ich denke an die auf Antrag aller Fraktionen der Volkskammer zustande gekommene Gemeinsame Erklärung vom 12. April, in der wir uns zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte bekannten, in der wir deutsche Schuld während der Zeit des Nationalsozialismus und danach bekannten. Wir haben diesen Weg beschritten in der Einsicht, daß die wahrhaftige Erinnerung an das Geschehene uns Verantwortung für die Zukunft auferlegt. Niemals habe ich dies deutlicher verspürt als bei meinem Besuch in Israel.

Wir haben in einer Sondertagung der Volkskammer des 8. Mai 1945 gedacht. Auch gegenüber unserer eigenen Geschichte in den vergangenen 40 Jahren waren wir gefordert. Ich erinnere an den 17. Juni, an dem wir des Aufstandes der Arbeiter im Jahre 1953 gedachten. Sie kämpften damals noch vergeblich für das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung unseres Volkes. Von den ehemaligen Machthabern wurde die historische Wahrheit dieses Tages verdrängt. In den Herzen der Menschen aber blieb die Hoffnung lebendig.

Am 21. Juni entschieden wir über das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Am gleichen Tage gaben wir eine Erklärung zur politischen Westgrenze ab, mit der die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze bekräftigt wurde.

Ich denke in dieser Stunde an die in großer Verantwortung geführte nächtliche Debatte der Volkskammer am 22. zum 23. August, in der wir den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 beschlossen.

Ich denke schließlich an die Verabschiedung des Einigungsvertrages in der Tagung der Volkskammer am 20. September. Leicht haben wir es uns dabei wahrlich nicht gemacht. Dafür waren die Probleme, die wir zu lösen hatten, auch zu schwer. Aber dennoch sind wir mit großer Mehrheit zu der Überzeugung gekommen: Der Einigungsvertrag ist eine solide Grundlage und ein tragfähiges Gerüst für Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands. Der eigentliche Prozeß der Vereinigung aber liegt noch vor uns. Wir brauchen dafür nicht nur viel Zeit, sondern auch gegenseitiges Verständnis. Es gibt eine Reihe ungelöster Fragen, die es notwendig machen, sie erneut im gesamtdeutschen Parlament zu prüfen. Auch hier werden wir wieder vor schwierige Entscheidungen gestellt. Die Lösung dieser vor uns liegenden Aufgaben werden wir finden, wenn wir nicht der Versuchung unterliegen, sie dem Kampf um die Macht unterzuordnen. Wir sollten uns davon leiten lassen, was den Aufbruch unserer jungen Demokratie so nachhaltig geprägt hat: der Wille zur gemeinsamen Verantwortung und der Einsatz für eine Politik, die das Vertrauen der Menschen in die Zukunft stärkt. Dieses Vertrauen ist in unseren Gemeinden und Städten durchaus vorhanden. Aber mit der Freude über die neugewonnene Freiheit und die wiedergefundene Einheit verbinden sich auch existentielle Sorgen um den Arbeitsplatz, um Eigentum und Wohnung. Diese Sorgen zu vernachlässigen, wäre schädlich, nicht nur für uns selbst, sondern auch für den demokratischen Aufbau in unserem Teil Deutschlands. Wir werden den Menschen die Sorgen nicht nehmen können, wenn ihre Zukunft von sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit überschattet wird. Sie brauchen eine klare Perspektive, die konkrete Erfahrung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der sozialen Gerechtigkeit. Ebenso wichtig aber ist es, die neugewonnene Freiheit auch zu nutzen, Initiative zu ergreifen, jetzt anzupacken und nicht abzuwarten, was von oben angeordnet wird.

Über 40 Jahre haben wir unter der fürsorglichen Bevormundung eines Staates gelitten, der alles für uns regelte, und dafür dem einzelnen jedes Recht nahm. Nun, da diese Fremdherrschaft abgeschüttelt ist, entscheidet nicht mehr ein verordneter Lebensplan über unsere Zukunft, sondern die Selbstbestimmung und die Selbstverantwortung des einzelnen. In Zeiten des Wandels kommt es darauf an, die eigenen Fähigkeiten und Einsichten einzubringen. Wir können dabei auf wertvolle Erfahrungen zurückblicken. Es ist die Erfahrung einer friedlichen Revolution, in der die Menschen aus eigener Kraft sich von der erzwungenen Lüge befreiten, in der sie die Freiheit ohne Gewalt erstritten.

Diese Revolution war ein Akt demokratischer Selbstbestimmung im besten Sinne. Sie ging von den Menschen aus, die die Politik zu ihrem Anliegen machten, indem sie die Chance zur Freiheit nutzten, indem sie den offenen Dialog forderten und sich für eine friedliche Regelung von Konflikten einsetzten. Die neuen Bürgerbewegungen haben an dieser Revolution von unten einen entscheidenden Anteil. Am Runden Tisch haben sie auf eindrucksvolle Weise in einer schwierigen Zeit den demokratischen Neubeginn in unserem Land mitgestaltet. Wir haben in Erinnerung gerufen, daß die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung immer im eigenen Lebenskreis beginnt. Sie haben bewußtgemacht, daß Wandel sich nur einstellen wird, wenn wir selbst dazu beitragen. Letzten Endes leben die Freiheit und die Rechte auf ein menschenwürdiges Dasein, auf Gerechtigkeit und Solidarität von dem, was wir selbst daraus machen. Diese Rechte verkümmern, wenn wir sie nur als Ansprüche gegenüber dem Staat einfordern. Wir selbst müssen das Leben aufrichten - in unserem eigenen Innern, im Verhältnis zu unseren Mitmenschen und Nachbarn, im Verhältnis zu unserer natürlichen Umwelt.

Was wir als Erfahrung aus unserer friedlichen Revolution auch hinübernehmen in die Einheit, ist die Freiheit zur Wahrheit aus eigener Kraft. Sie bestärkt uns nicht nur in unserem Zutrauen, sondern auch in der Notwendigkeit, die Akten der Vergangenheit als einen Teil unserer Geschichte anzunehmen und aufzuarbeiten. Wie wichtig dies ist, aber wie schwierig zugleich, haben gerade die zurückliegenden Wochen und insbesondere die Tagung am letzten Freitag gezeigt.

Einerseits sollen der Erhalt und die Nutzung der Stasi-Akten dazu dienen, Unrecht zu benennen und den Opfern Recht und Entschädigung zukommen zu lassen. Andererseits haben wir erfahren müssen, wie die gleichen Akten aus Opfern Täter machten und die Wahrheit über die wirklichen Täter verschleierten. Diese Akten der Vergangenheit werden uns noch für eine unabsehbare Zeit in die Zukunft begleiten, aber sie dürfen diese Zukunft nicht auf Dauer belasten.

Wo Unrecht geschehen ist, muß Unrecht benannt werden. Doch so, wie wir das Recht achten wollen, so müssen wir uns vor Selbstgerechtigkeit hüten, um nicht neues Unrecht zu schaffen. Nur dann werden wir der Gerechtigkeit ihren Weg bahnen, werden wir uns von den Belastungen der Vergangenheit befreien und dem inneren Frieden einen Dienst leisten.

Diese Vorgeschichte ist nur ein Bereich, der uns noch im vereinten Deutschland trennt. Wir sind in den vergangenen Jahren in beiden Teilen von ganz unterschiedlichen Lebens- und Erfahrungswelten geprägt worden. Jetzt, wenn wir zusammenwachsen, werden diese Unterschiede deutlicher als zuvor. Morgen wird die staatliche Einheit vollendet. Mit der Einheit in unseren Köpfen und Herzen stehen wir jedoch noch am Anfang unseres Vereinigungsprozesses.

Viel Geduld und Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten werden notwendig sein, damit keine Seite Schaden nimmt, damit alte Gräben zugeschüttet werden und neue nicht entstehen können.

Was wir von unserer Seite mitnehmen wollen aus der Zeit unseres demokratischen Neubeginns, ist die Hoffnung auf bessere menschliche Beziehungen, ist die Achtung vor dem Andersdenkenden, ist der Respekt vor der unveräußerlichen Würde des Menschen und seiner Individualität. Darauf hoffen wir nicht nur, darauf wollen wir uns auch verpflichten. Die Maßstäbe dafür müssen wird selbst finden, indem wir unsere Herzen öffnen, nicht gleichgültig nebeneinander leben, sondern uns gegenseitig annehmen und helfen.

Gerade gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern sind wir hier gefordert. Wir wollen nicht neue Mauern aufbauen, unter deren Lasten wir in der Vergangenheit selbst so gelitten haben.

Meine Damen und Herren! In dieser letzten Sitzung der Volkskammer werden sich nun unsere Wege wieder trennen. Die einen werden in ihren privaten Beruf zurückkehren, die anderen wird die Politik von neuem fordern - in Gemeinden, in Städten und in Ländern. Für 144 Abgeordnete ist dieser Abschied mit der Übernahme eines Abgeordnetenmandats im ersten gesamtdeutschen Parlament verbunden.

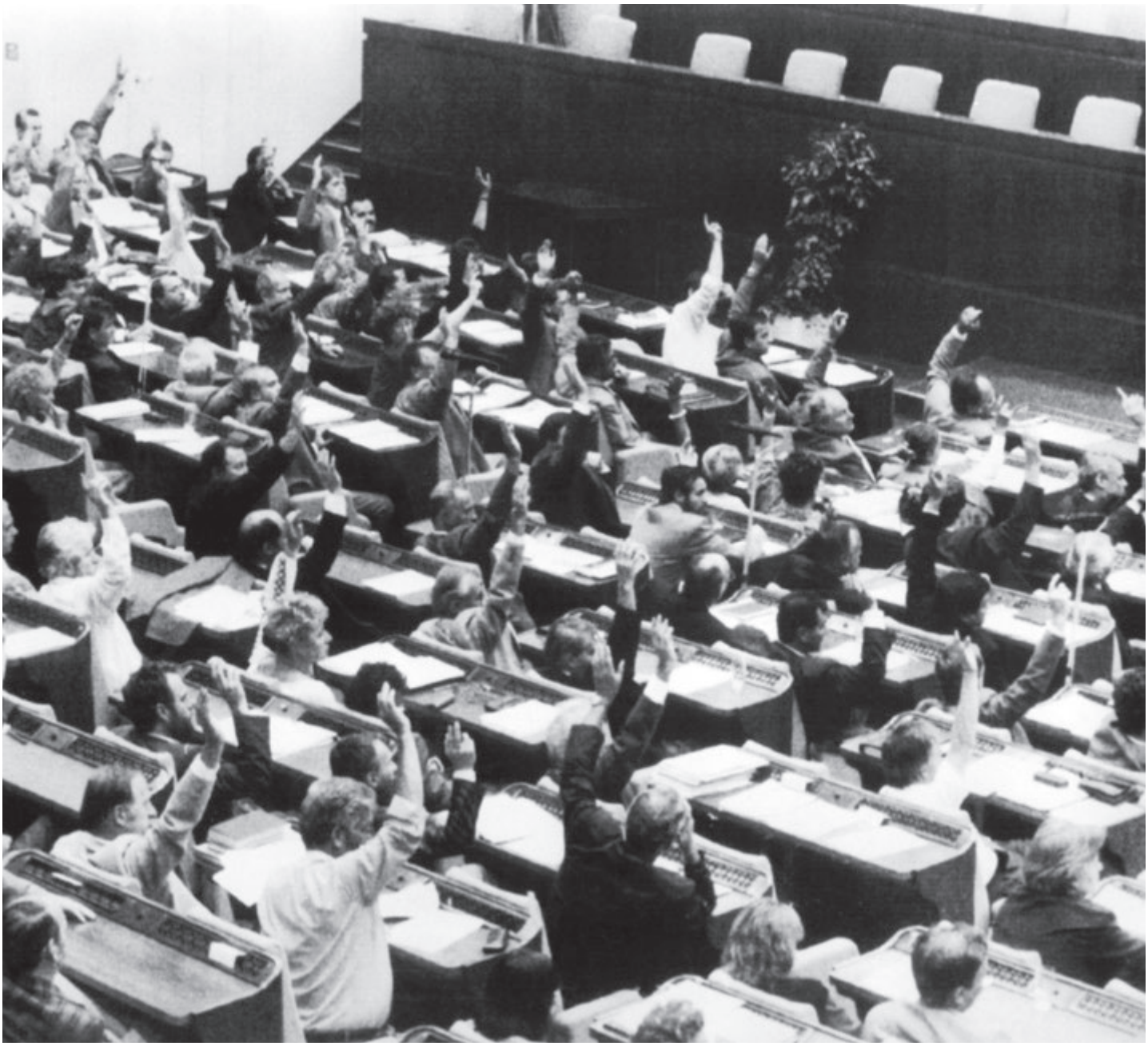
Wo immer Sie Ihr Weg hinführen mag, ein reicher Schatz an Erfahrungen wird Sie dabei begleiten, neue Herausforderungen werden sich stellen. Ich wünsche Ihnen auf diesem Weg von ganzem Herzen Glück und Erfolg. Vielen Dank.

(Starker Beifall)

Seit 1990 erinnert der 3. Oktober an den „Tag der Deutschen Einheit“.

Informationen zur Arbeit der 10. Volkskammer:

Alle Sitzungen der 10. Volkskammer vom 5. April bis zum 2. Oktober 1990 sind als Video online abrufbar. Zudem sind sämtliche Drucksachen, Tagungsberichte und Abgeordnetenbiografien online recherchierbar. Eine Übersicht der Quellen finden Sie hier: http://www.bundestag.de/volkskammer



Die Abgeordneten der Volkskammer stimmen in einer Sondersitzung am 23. August 1990 für den Beschluss zum Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland.

FREIHEIT

Chronik[63]

7. Mai 1989 Gefälschte Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen in der DDR: Mitglieder der Bürgerbewegung registrieren Unregelmäßigkeiten bezüglich der offiziellen Wahlbeteiligung und des Anteils der Neinstimmen.

7. Juni 1989 Der Staatssicherheitsdienst löst in Ost-Berlin eine von der Bürgerrechtsbewegung initiierte Protestversammlung gegen die Fälschung der Kommunalwahlergebnisse auf.

8. August 1989 Die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin wird zeitweilig für den Besucherverkehr geschlossen, nachdem 130 DDR-Bürger dort Zuflucht gesucht hatten.

13. August 1989 Die bundesdeutsche Botschaft in Budapest wird geschlossen, nachdem sich mehr als 100 DDR-Bürger dorthin geflüchtet haben.

19. August 1989 Ca. 600 DDR-Bürger nutzen ein Picknick der Paneuropa-Union zur Flucht in den Westen und überwinden die ungarisch-österreichische Grenze.

22. August 1989 Die bundesdeutsche Botschaft in Prag wird für den Publikumsverkehr geschlossen, da dort mehr als 100 DDR-Bürger auf die Ausreise warten.

24. August 1989 Ungarn gewährt den 108 in der bundesdeutschen Botschaft festsitzenden DDR-Bürgern die Ausreise über Österreich.

4. September 1989 Montagsdemonstration in Leipzig: Rund 1.200 Menschen demonstrieren für ihre Ausreise.

9./10. September 1989 Gründung der Oppositionsgruppe Neues Forum.

11. September 1989 Ungarn gewährt DDR-Bürgern die Ausreise in den Westen, woraufhin die ca. 7.000 wartenden DDR-Bürger über Österreich ausreisen.

25. September 1989 Große Montagsdemonstration in Leipzig: Ca. 8.000 Teilnehmer treten für Reformen und Meinungsfreiheit in der DDR ein.

30. September 1989 6.000 DDR-Flüchtlinge aus den Botschaften in Prag und Warschau dürfen in verriegelten Sonderzügen in die Bundesrepublik ausreisen. Beim Transit durch die DDR versuchen Ausreisewillige, auf die Züge aufzuspringen. Innerhalb weniger Tage füllt sich die Prager Botschaft der Bundesrepublik mit mehr als 7.600 Ausreisewilligen.

2. Oktober 1989 25.000 Menschen nehmen an der Montagsdemonstration in Leipzig teil. Es kommt zu schweren Übergriffen der Polizei.

3. Oktober 1989 Die DDR-Regierung setzt den visumfreien Reiseverkehr in die Tschechoslowakei aus.

4. Oktober 1989 Mehrere tausend Flüchtlinge aus der Prager Botschaft reisen erneut in Sonderzügen aus. Am Dresdner Hauptbahnhof werden mehr als 3.000 Menschen von Sicherheitskräften davon abgehalten, in die Züge mit den ausreisenden DDR-Bürgern aus Prag zu gelangen.

7. Oktober 1989 Die SED-Führung begeht den 40. Gründungstag der DDR. Demonstrationen in Ostberlin und anderen Städten werden gewaltsam aufgelöst.

7. Oktober 1989 Die Sozialdemokratische Partei (SDP) wird in Schwante bei Berlin gegründet.

9. Oktober 1989 Die Montagsdemonstration in Leipzig mit 70.000 Teilnehmern wird entgegen Befürchtungen nicht gewaltsam von Staatssicherheit und Volkspolizei aufgelöst.

16. Oktober 1989 Großdemonstration in Leipzig mit mehr als 100.000 Teilnehmern: Das DDR-Fernsehen berichtet erstmals über Massenproteste in anderen Städten.

63 Autorin: Antje Kästner

18. Oktober 1989 Erich Honecker verliest auf einer Sondersitzung des ZK der SED sein Rücktrittsgesuch und schlägt Egon Krenz als seinen Nachfolger vor. Krenz wird vom ZK einstimmig zum neuen Generalsekretär der SED gewählt.

23. Oktober 1989 Massendemonstrationen in vielen Städten der DDR, allein in Leipzig nehmen 100.000 Menschen teil.

24. Oktober 1989 Die Volkskammer wählt Egon Krenz zum Staatsratsvorsitzenden und zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrats. 12.000 Ost-Berliner demonstrieren gegen die Wahl.

4. November 1989 Auf dem Berliner Alexanderplatz findet die größte nicht staatlich gelenkte Demonstration in der Geschichte der DDR statt. Hunderttausende demonstrieren für demokratische Reformen und freie Wahlen.

8. November 1989 Das gesamte SED-Politbüro tritt auf der 10. Tagung des ZK der SED zurück. Ein verkleinertes Politbüro mit Krenz als Generalsekretär wird gewählt. Gegen Erich Honecker wird ein Ermittlungsverfahren wegen Amtsmissbrauch und Korruption eingeleitet.

9. November 1989 Grenzöffnung: SED-Sprecher Günter Schabowski verkündet auf einer Pressekonferenz, dass Privatreisen ins Ausland mit sofortiger Wirkung ohne Vorliegen von Voraussetzungen kurzfristig beantragt werden können. Der darauf einsetzende Massenansturm auf Grenzübergänge führt zur Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin.

13. November 1989 Die Volkskammer wählt (nach dem Rücktritt Horst Sindermanns) Günther Maleuda zum neuen Volkskammerpräsidenten und Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrats.

22. November 1989 Die SED-Spitze geht auf die Forderung der Opposition ein, sich an Gesprächen am Runden Tisch zu beteiligen.

28. November 1989 Bundeskanzler Helmut Kohl schlägt dem Bundestag in seinem 10-Punkte-Programm zur Deutschlandpolitik vor, dass sich die deutsche Wiedervereinigung schrittweise und innerhalb eines allgemeinen europäischen Einigungsprozesses vollziehen soll.

1. Dezember 1989 Der Führungsanspruch der SED wird auf gemeinsamen Antrag aller zehn Volkskammerfraktionen aus der DDR-Verfassung gestrichen.

3. Dezember 1989 Das SED-Politbüro und das ZK der SED treten geschlossen zurück. Egon Krenz verliert die Parteiführung. Erich Honecker, Willi Stoph, Günter Mittag, Erich Mielke, Harry Tisch und sieben weitere Spitzenfunktionäre werden aus der SED ausgeschlossen.

6. Dezember 1989 Egon Krenz tritt von seinen Staatsämtern zurück. Der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach wird amtierendes Staatsoberhaupt.

7. Dezember 1989 Konstituierung des „Zentralen Runden Tisches“: Ein Gesprächskreis aus Vertretern der etablierten Parteien und der neuen oppositionellen Bewegungen tritt unter der Moderation von Kirchenvertretern zu Beratungen zusammen.

17. Dezember 1989 Gründungsparteitag des Demokratischen Aufbruchs in Leipzig

19. Dezember 1989 Bei ihrem ersten Treffen beschließen Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Hans Modrow die Bildung einer Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten.

15. Januar 1990 Tausende DDR-Bürger stürmen die Stasi-Zentrale in Ost-Berlin.

28. Januar 1990 Vierpunkteprogramm: Der Runde Tisch zieht die Volkskammerwahlen vom 6. Mai auf den 18. März vor. Er setzt die Kommunalwahlen für den 6. Mai fest und beschließt, dass Vertreter der neuen Parteien als Minister ohne Geschäftsbereich am 5. Februar in eine Regierung der nationalen Verantwortung eintreten. Ein Regierungsvertreter soll ständig an den Beratungen des Runden Tischs teilnehmen.

7. Februar 1990 Die Bundesregierung erklärt sich bereit, Gespräche über eine Wirtschafts- und Währungsunion aufzunehmen.

10. Februar 1990 Der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow erteilt Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Zusage, dass die UdSSR die Entscheidung der Deutschen, in einem wiedervereinigten Staat zu leben, respektieren werde.

13. Februar 1990 Ministerpräsident Hans Modrow reist mit großer Regierungsdelegation nach Bonn, um die Verhandlungen für eine Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft vorzubereiten.

14. Februar 1990 Die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und die beiden deutschen Staaten vereinbaren die Aufnahme von Verhandlungen über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit.

18. März 1990 Erste demokratische Volkskammerwahlen: Wahlbeteiligung 93,4 Prozent, Allianz für Deutschland (DA, DSU, CDU) 48,0 Prozent, SPD 21,9 Prozent, PDS 16,4 Prozent, Bund Freier Demokraten (LDP, FDP, DFP) 5,3 Prozent, Bündnis 90 2,9 Prozent, DBD 2,2 Prozent, Grüne-UFV 2,0 Prozent, NDPD 0,4 Prozent, Demokratischer Frauenbund 0,3 Prozent.

22. März 1990 Bildung einer Koalitionsregierung in der DDR: Die Allianz für Deutschland und der Bund Freier Demokraten verständigen sich auf Zusammenarbeit.

5. April 1990 Sabine Bergmann-Pohl (CDU) wird zur Präsidentin der Volkskammer gewählt und agiert übergangsweise als Staatsoberhaupt.

12. April 1990 Lothar de Maizière (CDU) wird von der Volkskammer zum Ministerpräsidenten der DDR gewählt.

23. April 1990 Die Bundesregierung verständigt sich mit der DDR-Regierung auf die Grundzüge eines Staatsvertrags und schlägt der DDR eine Währungsunion mit einem Umtauschkurs von 1:1 für Löhne, Gehälter und Renten sowie für Bargeld und Sparguthaben bis 4000 Mark pro Kopf vor.

28. April 1990 EG-Mitgliedstaaten stimmen auf dem Sondergipfel in Dublin einer Vereinigung Deutschlands zu. Das Europäische Parlament verabschiedet eine entsprechende Entschließung.

5. Mai 1990 Erste Runde der Zwei-plus-Vier Verhandlungen in Bonn.

6. Mai 1990 Erste freie Kommunalwahlen in der DDR: CDU 34,4 Prozent, SPD 21,3 Prozent, PDS 14,6 Prozent.

11. Mai 1990 Der Ausschuss „Deutsche Einheit“ im Deutschen Bundestag konstituiert sich. Der bereits bestehende „Koordinierungsausschuss für Deutsche Einheit“ in der Volkskammer benennt sich um. Vorsitzende der beiden jetzt gleichnamigen Ausschüsse sind die Parlamentspräsidentinnen Rita Süssmuth und Sabine Bergmann-Pohl.

17. Mai 1990 Die Volkskammer verabschiedet das Gesetz über die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise und beendet zum 31. Mai 1990 die Legislaturperiode der Bezirkstage.

18. Mai 1990 Die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg unterzeichnen den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

23. Mai 1990 Erste gemeinsame Sitzung der Ausschüsse „Deutsche Einheit“ des Deutschen Bundestages und der Volkskammer in Bonn.

17. Juni 1990 Treuhandgesetz: Die Volkskammer beschließt die Privatisierung der volkseigenen DDR-Wirtschaft.

17. Juni 1990 Die DSU-Fraktion in der Volkskammer stellt einen Antrag auf Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 GG. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Volkskammer gedenken im Ost-Berliner Schauspielhaus gemeinsam der Opfer des Aufstandes vom 17. Juni 1953.

21. Juni 1990 Die Volkskammer und der Deutsche Bundestag verabschieden zeitgleich den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion sowie eine gleichlautende Erklärung zur Anerkennung der polnischen Westgrenze.

22. Juni 1990 Zweite Runde der Zwei-plus-Vier Gespräche in Ost-Berlin.

25. Juni 1990 Die Parlamentspräsidentinnen Sabine Bergmann-Pohl und Rita Süssmuth reisen für einen dreitägigen offiziellen Besuch gemeinsam nach Israel.

1. Juli 1990 Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion: Die D-Mark wird als offizielles Zahlungsmittel in der DDR eingeführt.

6. Juli 1990 Aufnahme deutsch-deutscher Regierungsgespräche über den Einigungsvertrag

16. Juli 1990 Helmut Kohl und Michail Gorbatschow vereinbaren in Stawropol, dass Deutschland mit der Wiedervereinigung die volle Souveränität erhalten solle und somit frei über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden könne.

17. Juli 1990 Dritte Runde der Zwei-plus-Vier Gespräche in Paris.

22. Juli 1990 Ländereinführungsgesetz: Die Volkskammer beschließt, dass die 14 Bezirke der DDR zum Zeitpunkt der deutschen Einheit in fünf Bundesländer umgewandelt werden sollen.

19. August 1990 Die SPD-Fraktion der Volkskammer beschließt, ihre Minister und Staatssekretäre aus der DDR-Regierung zurückzuziehen.

23. August 1990 Die Volkskammer beschließt, dass die DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 gemäß Artikel 23 Grundgesetz beitritt.

31. August 1990 Unterzeichnung des Einigungsvertrages durch die Verhandlungsführer Wolfgang Schäuble und Günther Krause.

6. September 1990 Rehabilitierungsgesetz: Die Volkskammer rehabilitiert ehemals politisch Verfolgte.

12. September 1990 Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier Vertrags in Moskau: Die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs verzichten auf ihre Vorbehaltsrechte für Berlin und Deutschland als Ganzes, so dass Deutschland mit der bevorstehenden Wiedervereinigung seine volle Souveränität zurückerhält.

20. September 1990 Bundestag und Volkskammer stimmen dem Einigungsvertrag mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zu. Im Bundestag stimmen 442 Abgeordnete mit Ja, 47 mit Nein, drei Abgeordnete enthalten sich. In der Volkskammer gibt es 299 Ja-Stimmen, 80 Nein-Stimmen, eine Stimmenthaltung.

3. Oktober 1990 Staatsakt zur deutschen Wiedervereinigung in Berlin: Die fünf neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen treten der Bundesrepublik bei.

4. Oktober 1990 Erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Berliner Reichstagsgebäude: 144 ehemalige DDR-Abgeordnete beraten gemeinsam mit den 519 bundesdeutschen Abgeordneten.

5. Oktober 1990 Billigung des Zwei-plus-Vier Vertrags durch den Bundestag.

14. Oktober 1990 Landtagswahlen in den fünf neuen Bundesländern und in Bayern: In Brandenburg bildet sich eine Koalition aus SPD, FDP und Bündnis 90 unter Manfred Stolpe (SPD), in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen entstehen Koalitionen aus CDU und FDP, in Sachsen erringt die CDU unter Kurt Biedenkopf eine absolute Mehrheit, in Bayern die CSU unter Max Streibl.

14. November 1990 Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrags in Warschau: Die Oder-Neiße-Grenze wird anerkannt.

2. Dezember 1990 Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen: Wahlbeteiligung 77,8 Prozent. Die CDU/CSU erreicht 43,8 Prozent der Stimmen, SPD 33,5 Prozent, FDP 11,0 Prozent, Grüne 3,8 Prozent, PDS 2,4 Prozent. Bei diesen Wahlen gelten die alten und die neuen Bundesländer als getrennte Wahlgebiete. Die Fünfprozent-Hürde wird für Ost und West gesondert angewendet. PDS und Bündnis 90/Die Grünen erringen daher aufgrund ihrer Stimmenanteile im Osten jeweils Mandate im ersten gesamtdeutschen Bundestag. (Siehe Seite 57 mit der ausführlichen Darstellung des Wahlergebnisses.)

Umschlag-Innenseite: Am 9. November 2014 erinnerte eine 15 Kilometer lange Lichtinstallation in Berlin an den Fall der Mauer vor 25 Jahren.

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Fachbereich WD 1 – Geschichte, Zeitgeschichte und Politik
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.bundestag.de

Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele
Fotos: 1. Umschlagseite ullstein bild – Bodig; 2. Umschlagseite ullstein bild – Röhrbein;
S. 5, 92 / 3. Umschlagseite Deutscher Bundestag (DBT) / Achim Melde; S. 6 Bundesregierung / Evelyn Richter;
S. 8 ullstein bild – Zöllner; S. 10 ullstein bild – dpa; S. 12 epd-bild / Hans-Jürgen Röder; S. 16 Bundesregierung / Christian Seebode;
S. 18 ullstein bild – Christian Günther; S. 21, 45 Bundesarchiv / Bernd Settnik; S. 22 Bundesarchiv / Thomas Lehmann;
S. 24 Bundesarchiv / Klaus Oberst; S. 30 Bundesarchiv; S. 33 Bundesregierung / Klaus Lehnartz; S. 35 Bundesarchiv / Karl-Heinz Schindler;
S. 39, 41, 47, 49 DBT / Hans-Günther Oed; S. 42 Bundesregierung / Engelbert Reineke; S. 50, 51 Bundesregierung / Wolfgang Lemmerz;
S. 52 Bundesregierung / Harald Kirschner; S. 54 Bundesarchiv / Hubert Link; S. 56 Bundesarchiv / Peer Grim; S. 58 Deutsches Historisches Museum, Berlin;
S. 81 epd-bild / Andreas Schoelzel; S. 83, 84 ullstein bild – dpa;
Gestaltung: Deutscher Bundestag, Referat BL 5 – Zentrale Bedarfsdeckung und Logistik
Druck: Ortmaier Druck GmbH, Frontenhausen

3. Auflage
Stand: Mai 2020; © Deutscher Bundestag, Berlin
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

PUMA

„Gleich welche Herausforderungen die Zukunft für unsere Demokratie bereithält: Was auf dem Weg zur Einheit geleistet wurde, zeigt, wieviel wir gemeinsam erreichen können.“

Dr. Wolfgang Schäuble